Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 123 Januar 2006 2,50 Euro



- Der Staat schult seine Banden
- ... warum macht man den Weg nicht frei für uns?

In dieser Ausgabe berichten wir über:

Kurdistan Report Nr. 123 Januar 2006

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich,

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement (6 Exempl. inkl. Porto)
20,- Euro (Deutschland)
25,- Euro (Europa)

Einzelexempl. 2,50 Euro
Dänemark 20 dkr.
Großbritannien 2 bp.
Norwegen 20 nkr.
Schweden 20 skr.
Schweiz 4 sfr.

Titelbild:
Denkmal in Diyarbakır für den ermordeten Jungen Uğur Kaymaz

Rückseite:
Newroz 2006

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung: Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



Ziviler Protest in Şemdinli Foto: DIHA


Lebende Schutzschilde Foto: DIHA



Die Auseinandersetzung um die Vorfälle in Şemdinli ist noch nicht am Ende Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit dem ersten Kurdistan Report in diesem Jahr möchten wir Ihnen Erfolg und alles Gute wünschen. Der Jahreswechsel bringt immer auch ein Überdenken des Alten mit sich. Und so wird diese Ausgaben auch mit einem kurzen Rückblick beginnen. Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns mit vielen Höhen und Tiefen. Vielen werden bestimmt noch die Bilder der Newrozfeierlichkeiten des letzten Jahres vor Augen erscheinen mit ihrer Vielfalt, den vielen Menschen auf den Straßen in Kurdistan und der Türkei. Dort tauchte auch ein neues Symbol auf mit denen geschmückt viele Menschen zu den lokalen Feierlichkeiten und Protesten gingen. Es war die Geburtsstunde der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (Koma Komelên Kurdistanê) über die wir im Kurdistan Report auch ausführlich berichteten. Einen Monat später dann wurde die Neugründung der PKK bekannt gegeben. Und noch ein Geburtstag konnte 2005 gefeiert werden – die Bewegung für eine demokratische Gesellschaft (DTH) hat sich als Partei (DTP) konstituiert. Deniz Bahadır stellt uns die Besonderheiten dieser Partei vor.

Natürlich hat es noch weitere Erneuerungen und legitime Forderungen gegeben, die wir hier nicht alle aufzählen werden können. Eine Forderung aber wird bis zur Erfüllung zentral bleiben: Die Forderung der Bevölkerung nach Freiheit für Abdullah Öcalan. Wenn Kurdinnen und Kurden feiern oder protestieren, die gefallenen Angehörigen zu Grabe getragen werden oder für legitime Rechte gestritten wird, die zentralste Forderung bleibt die Freiheit von Abdullah Öcalan. Auch wenn sich die Bedingungen seiner Haftsituation weiter verschlechtert haben (die Besuche seiner Angehörigen oder AnwältInnen bei ihm im Jahr 2005 lassen sich an zwei Händen abzählen) und er in noch strengerer Isolation leben muss, sind seine Ideen und konstruktiven Vorschläge zum Aufbau einer neuen demokratischen Gesellschaft ebenso präsent wie die Forderung nach seiner Freilassung. Und so staunten viele nicht schlecht, als nach dem erstem Besuch der Anwälte nach einem Zeitraum von über sechs Monaten, in der Hürriyet, der viel gelesenen Tageszeitung der Türkei, Auszüge aus dem Gesprächsprotokoll mit ihm zu lesen waren. In der Türkei ist eine Diskussion über Identität und Demokratie entbrannt in die uns Seyit Evran, Journalist der Nachrichtenagentur ANF, im Gespräch mit Atakan Deniz einführt.

Ein Schwerpunkt dieser Ausgabe ist die Auseinandersetzung mit den Ereignissen in Şemdinli. Demonstrationen, die diese Ereignisse ausgelöst haben, sind in dieser Größenordnung in Kurdistan zumeist zu Newroz zu sehen. Konterguerillaaktionen, die in Şemdinli aufgedeckt werden konnten, haben Hunderttausende in vielen Städten und nicht nur in Kurdistan und der Türkei mobilisiert. Das besonnene und mutige Auftreten der Bevölkerung überführte die bewaffneten Täter eines Anschlags. Sie konnten brisantes Beweismaterial über die Hintergründe und Hintermänner mehrer Bombenanschläge sicherstellen, die eigentlich der kurdischen Guerilla zugeordnet werden sollten. Eine Delegation verschiedener Institutionen berichtet über ihre Recherche vor Ort.

Der Newroz-Aufruf von YEK-KOM ist auf der letzten Seite zu finden. Die Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland ruft auch in diesem Jahr zu Delegationreisen nach Kurdistan auf. Interessierte sollten sich bei der angegebenen Adresse melden.

Auf ein erfolgreiches 2006

Ihre Redaktion

2005 – ein Jahr der Wahlen und Referenda

Ferda Çetin

Die Zentren politischer Auseinandersetzungen und Machtkämpfe im Jahr 2005 waren die Länder, die schon im Vorjahr von Problemen geprägt waren. Durch die Besetzung des Mittleren Ostens durch die USA setzte eine Phase ein, die noch heute von dauerhafter und sicherer Stabilität weit entfernt ist. Trotzdem haben die Wahlen im Irak im Januar 2005 und das Referendum für eine neue Verfassung wichtige Ergebnisse ans Tageslicht gebracht. Diese Ergebnisse spiegeln keineswegs die Forderungen der im Irak lebenden Gemeinschaften oder Machtzentren wieder, sie dienen eher der Politik, die von den USA herheigeführte politische Phase zu legitimieren.

Die Ergebnisse der Irak-Wahl im Januar 2005 hatten weder die Stärke, die durch die US-Besatzung entstandenen Probleme zu lösen, noch hatte die Wahl den Anspruch, eine wirklich irakische Regierung aufzustellen, in der die USA und Großbritannien außen vor gelassen werden. Es wurde deutlich, dass durch den amerikanischen Willen und die amerikanische militärische Gewalt kein neuer Status aufgebaut werden kann, bei dem das irakische Volk, die im Irak existierenden Mächte, der Iran, Syrien und die arabischen Nachbarsstaaten außer Acht gelassen werden. Die USA und England haben dieser Realität entsprechend eine langfristige Politik entwickelt. Sie beabsichtigen, der politischen Phase Legitimität zu verleihen und die militärische und politische Kontrolle Schritt für Schritt den irakischen Kräften zu übergeben. Wenn die Bereiche Politik und Sicherheit von den Irakern selbst kontrolliert werden, stellen die USA keine Zielscheibe mehr da. Statt dessen nehmen sie mit der Rolle als Planungsinstanz eine höhere Stellung ein.

Nach den Wahlen Anfang des Jahres 2005 haben Kurden und Schiiten den Plan der USA anerkannt und ihren Platz im Parlament und in der Regierung eingenommen. Die sunnitischen Araber haben die Wahlen boykottiert, sich jedoch am Verfassungsreferendum am 15. Oktober beteiligt und sind Teil der "Legitimierungphase" der USA geworden.

Die Vorbereitung der Wahlen, die Bedingungen des Wahlkampfes, die Auswahl der Kandidaten, die Aufstellung der Wahllisten, die Stimmabgabe und die Kontrollmechanismen waren im Vergleich zu den Notwendigkeiten einer "normalen" Demokratie mangelhaft. Jedoch ist es ein großer Fortschritt, dass die Wahlen überhaupt stattgefunden haben. Wenn man die Wahlen im Irak vom Januar 2005 mit den ganzen Scheinwahlen zuvor vergleicht, die seit der Gründung des Irak und vor allem in der Zeit der Saddam-Diktatur durchgeführt wurden, an denen nur die Baath-Partei teilnehmen konnte, so stellen die letzten Wahlen nicht nur für den Irak, sondern für den gesamten Mittleren Osten, wo Diktaturen und Familiendynastien keine Seltenheit sind, einen historischen Fortschritt dar. Zumindest konnten wirklich verschiedene Parteien und unabhängige Kandidaten zur Wahl antreten, die Wahlergebnisse konnten diskutiert, kritisiert und sogar hinterfragt werden. Dies wäre in der Herrschschaftszeit von Saddam nie möglich gewesen. In Syrien, Jordanien oder Saudi-Arabien sind heute noch demokratische und offene Wahlen eine Illusion. Daher darf der historische Wert der Wahl im Irak im Vergleich zum Mittleren Osten und den arabischen Staaten nicht vernachlässigt werden, auch wenn sie unter US-Besatzung stattfand.

Im Anschluss an die Besetzung des Irak durch die USA entwickelte sich zwischen der Türkei, dem Iran und Syrien eine spontane "Partnerschaft und Solidarität", was nicht nur damit zu tun hatte, dass der Status Quo in der Region gestört wurde oder die Situation der Kurden sich in allen vier Ländern glich. Diese Annäherung entstand auch im Zusammenhang mit dem neuen Regierungssystem im Irak und den damit verbundenen Auswirkungen. Auch wenn sich Syrien, der Iran und die Türkei im Hinblick auf die Problematik im Irak mit dem Verweis "innerpolitische Angelegenheiten" und "geographische Einheit des Irak" angeblich unparteiisch oder desinteressiert zeigen, so ist die mangelnde Stabilität im Irak letztendlich in ihrem Interesse. 2003 warnten die USA die Türkei davor, sich nicht in die innerpolitischen Angelegenheiten des Irak einzumischen und verhafteten in Hewler (Erbil) Mitglieder einer Spezialeinheit des türkischen Militärs, die dort illegal tätig waren. Seit 2004 vermehren sich die Warnungen gegenüber Syrien. Nach dem Attentat auf Hariri im Libanon sprachen die USA sogar offen über die Möglichkeit einer Militärintervention. Schon immer wurde thematisiert, dass die irakischen Aktivisten die durchlässige syrische Grenze nutzen. Die USA und Syrien führen ihre Fehde nicht auf eigenem Territorium. Syrien setzt auf eine Verzögerung der Stabilität der US-Position im Irak und führt im Irak einen "geheimen" Krieg mit den USA.



2005 – nicht nur ein Jahr der Wahlen, sondern ein Jahr des Protestes und der legitimen Forderungen nach Frieden und Gerechtigkeit Foto: DIHA

Die USA verlagerte dagegen ihre "Abrechnung" mit Syrien nach Libanon, das einem Bundesstaat Syriens gleich kommt, und beendete dort die jahrelange Herrschaft Syriens. Einer der wichtigsten Fortschritte seit der Irak-Besetzung ist für die USA die Beendigung der Herrschaft Syriens im Libanon.

Der Druck der USA auf den Iran wird auf eine ganz andere Weise ausgeübt als im Falle Syriens. Statt direkter Begegnungen und Interventionen bevorzugen die USA hier Embargos und wirtschaftliche Niederlagen parallel zu einem Machtwechsel in der Führung der iranischen Opposition. Der Iran eignet sich nicht für einen zweiten Irak und ähnelt ihm auch nicht. Ausgehend von diesem Fakt und der Tatsache, dass der Preis im Irak zu hoch war, versuchen die USA unter dem Vorwand iranischer Atomwaffen die Vereinten Nationen und speziell die Europäische Union zum Teilhaber einer eventuellen Intervention zu machen.

Die diesjährige Staatpräsidenten-Wahl im Iran war nicht nur Schauplatz eines Kampfes zwischen der reformistischen Linie und der Chomeini-Tradition, sie war auch prägend für die nahe Zukunft des Iran. Es ist sicherlich eine Ironie der Geschichte, dass der Reformistenkandidat, der für eine "Verbesserung des Dialogs mit Amerika", für mehr Demokratie und Freiheit stand, ausgerechnet Rafsandschani war. Jedoch ist klar geworden, dass allein mit Worten wie Reformen und Erneuerungen keine Stimmen gewonnen werden konnten. Der ehemalige Bürgermeister Mahmut Ahmetinedschad erklärte öffentlich, dass er die Herrschaft des Irans gegen die USA bis zum Ende verteidigen werde. Weiterhin sprach er häufig aktuelle und drängende Themen an wie Arbeitslosigkeit, Armut, soziale Gerechtigkeit und gewann die Wahl mit großer Mehrheit.

Der kalte Krieg zwischen dem Iran und den USA reift heran. Grundlegende Reformen im Iran oder eine Intervention der USA sind in den nächsten Jahren sehr unwahrscheinlich. Das Eingreifen im Irak, in Syrien und im Libanon werden auf eine andere Art und Weise fortgesetzt. Hier behalten die USA und England die Initiative in der Hand. Die Europäische Union und die Mitgliedsstaaten der Union besitzen in dieser Phase keine besondere Rolle oder Anspruch. Selbst Frankreich und Deutschland, deren Interessen an den jeweiligen Ländern bekannt sind, halten sich zurück. Wie auch die Länder im Mittleren Osten gleichen sie Zuschauern beim Fußball. Fußballfans in Deutschland und Frankreich sind nicht besonders fanatisch. Sie stellen eher den "reifen" Typ Zuschauer dar. Jedoch ist ungewiss, ob Frankreich und Deutschland für ihre "reife Haltung" gegenüber den grenzüberschreitenden Übergriffen der USA im Mittleren Osten einen "fair play"-Preis erhalten werden. Sicher ist, dass im Irak, Syrien oder Libanon nicht nur die lokalen Mannschaften aus der Liste fliegen, sondern auch die "Sponsoren" der Mannschaften wie Frankreich und Deutschland große Niederlagen erfahren.

2005 war für die Europäische Union ein Jahr, in der sie sich mit ihrer eigenen Zukunft auseinandergesetzt hat. Die Beitrittsverhandlungen der Türkei haben zu vielen Diskussionen geführt. Bevor die Türkei ihren Kandidatenstatus erhalten hat, haben die Menschen in Europa intensiv an den Debatten der Kommissionen teilgenommen. Ergebnis der Volksentscheide in Frankreich und Holland war ein deutliches Nein zur EU-Mitgliedschaft der Türkei. Die Unionsparteien in Deutschland lehnten die Türkei nicht direkt ab, benutzten aber dagegen "schöpferische" Argumente wie "die Erweiterungskapazität der Europäischen Union".

2005 war ein Jahr der Wahlen und Referendas. Außer einigen Details und Namensänderungen haben die Wahlen den Arbeitslosen, Jugendlichen, Arbeitnehmern, Frauen, Bauern und den breiten Massen nichts gebracht. Vielmehr dienten sie der Fortsetzung der traditionellen Politik der Staaten. Insbesondere die Wahlen in Deutschland stellen trotz der großen Auseinandersetzungen und Beleidigungen der Kontrahenten vor den Wahlen nichts anderes dar als einen Regierungswechsel, in der das Alte fortgesetzt wird.

Mit dem Wunsch, dass das Jahr 2006 schöner als die vorherigen wird und den Menschen Frieden, Freiheit und Behaglichkeit bringt... ♦

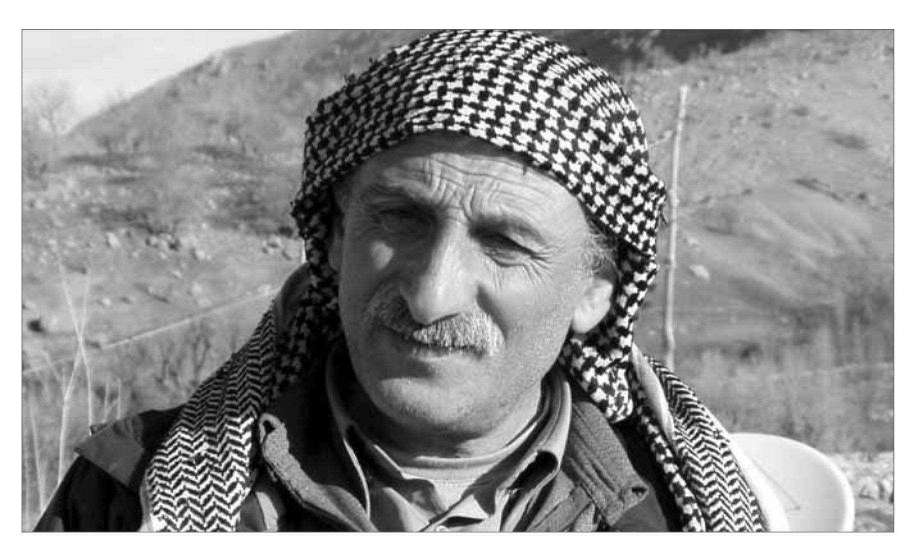
28. November 2005

Der Staat braucht eine neue politische Strategie gegen den Krieg in Kurdistan

Wenn Erdoğan zu dem steht, was er in Diyarbakır gesagt hat...

Duran Kalkan im Interview mit Jehat Berti

Duran Kalkan ist Mitglied des Exekutivrates der *Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan, Koma Komelên Kurdistanê* (KKK) und zugleich Vorsitzender des Verteidigungskomitees.
Mit ihm sprach Jehat Berti, die Nachrichtenagentur *Firat Haber Ajansi* (ANF) veröffentlichte das Interview am 13.11.2005.



Duran Kalkan Foto: ANF

In seinem letzten Gespräch mit seinen Geschwistern sagte Abdullah Öcalan, dass alle Türen zugeschlagen worden seien. Wie bewerten Sie die angewandten harten Isolationshaftbedingungen und die staatlichen Maßnahmen gegen Herrn Öcalan? Ist es nur die Politik der Türkei?

Wie allgemein bekannt sind die Maßnahmen gegen den Volksvertreter Apo nicht nur an die Türkei gebunden, sondern es handelt sich um ein System, das im Rahmen des internationalen Komplotts entwickelt wurde. Abdullah Öcalan hat in der Vergangenheit erläutert, dass sich das System in Imralı auf drei Säulen stützt: die USA, die EU und die Türkei, und auf deren Zusammenarbeit und Entscheidungen. Daher würde es zu kurz greifen, die Liquidierungsphase in Form physischer und psychischer Folter als eine Politik ausschließlich der Türkei zu betrachten. Die Führung in der Türkei besitzt dazu gar nicht die notwendige Kraft ohne die Zustimmung der EU und der USA. Es ist wohl angebracht, die seit dem 1. Juni 2005 gegen den Volksvertreter Apo begonnene Phase als einen neuerlichen und geplanten Angriff im Rahmen des internationalen Komplotts zu definieren. Die Rechtsverletzungen sind dermaßen offensichtlich und grob, dass sie unmöglich zu übersehen sind. Aber weder von Seiten der USA noch der EU kommen Einwände. Nicht nur die staatlichen Repräsentanten, sondern auch internationale Organisationen schweigen. Institutionen wie *Amnesty International* oder das EU-*Komitee zur Prävention von Folter* (CPT) zeigen keinerlei Reaktion, nicht einmal eine Erklärung gibt es dazu. Das alles zeigt auf, inwieweit die Repressalien gegen Abdullah Öcalan planmäßig und besagte Kreise beteiligt sind. Es besteht ein Konsens in dieser Frage. Das ist gemeint, wenn Herr Öcalan von „zugeschlagenen Türen" spricht.

Soll damit Abdullah Öcalans aktive Teilnahme am politischen Geschehen verhindert werden?

Ja, sie wollen keineswegs, dass er Politik macht. Seine Ideen werden von diesen Kreisen als Gefahr gesehen. Sie ertragen es nicht, dass seine Gedanken nach außen dringen und das kurdische Volk, die Völker der Region und im Allgemeinen die Menschen weltweit erreichen. Das fürchten sie und haben aus diesem Grunde seit dem 1. Juni 2005 seine Verbindungen zur Außenwelt vollständig unterbrochen. Früher fanden Gespräche manchmal eine Stunde pro Woche, manchmal eine Stunde im Monat statt. Aber schon diese einstündigen Gespräche im Monat waren für die hierarchischen Regime – die sich als die einzigen Machthaber der Welt sehen – schon Anlass genug, sie als eine Gefahr für ihre Existenz zu fürchten. Also haben sie gegenwärtig alle Türen versperrt und versuchen jedes einzelne Wort von Apo nach draußen zu unterbinden.

Sie haben von einem internationalen Bündnis gesprochen, welche Rolle spielen EU und USA bei der Isolation Öcalans?

Die EU ist doppelzüngig. Obwohl sie selbst das kurdische Problem und das Vernichtungs- und Verleugnungssystem mit geschaffen hat, will sie nun keinerlei Verantwortung für die Lösung übernehmen. Im Gegenteil, sie erhält den Konflikt aufrecht nach dem Motto: „Er soll weiter anhalten und die Auseinandersetzung sich vertiefen, damit wir beide Seiten an uns binden und daraus Profit schlagen können.“ Das ist eine egoistische, ausbeuterische und antidemokratische Politik. Für Zugeständnisse von der Türkei stimmt sie der Liquidierungsphase gegen Apo zu. Es liegt in ihrem Interesse.

Die US-Politik ist etwas anders gelagert. Die USA wollen Kurdistan, die kurdische Gemeinschaft gegen die Türkei, Iran, Syrien und Irak im Rahmen ihrer Absichten funktionalisieren. Sie sehen Kurdistan und die kurdische Gemeinschaft als Hauptstütze gegen den regionalen Status quo, einen anderen strategischen Pfeiler gibt es im Moment nicht. Gegenwärtig sind die Widersprüche zwischen den USA einerseits und Syrien sowie der Türkei tief. Um diese beiden Staaten an sich zu binden, müssen die USA über Kurdistan und die kurdische Gemeinschaft gehen. Sowohl im Norden (türkischer Teil Kurdistans) als auch im Südwesten (syrischer Teil) hat die PKK großen Einfluss auf die kurdische Bevölkerung, dort ist das Volk von ganzem Herzen mit Apo verbunden. Durch Apo und die PKK gewinnen die Kurdinnen und Kurden eine freie und willensstarke Haltung und verhindern, dass das Volk im Interessenskonflikt der Staaten ausgenutzt wird. Weil die USA aber die Kurdinnen und Kurden benötigen, sehen sie in der Linie von Apo und der PKK eine Gefahr. Im Rahmen der Liquidation gegen Apo und die PKK versuchen sie, die kurdische Bevölkerung und Kurdistan in ihrem Interesse gefügig zu machen, indem sie dort die Linie der Kollaboration und des Nationalismus entwickeln. Aus diesem Grunde machen US-Vertreter ganz offen Antipropaganda gegen Apo und die PKK. Sie fordern: „Distanziert euch von Apo und der PKK. Gründet neue Organisationen und arbeitet mit uns zusammen.“ Trotz unterschiedlicher Fernziele scheinen im Rahmen der Interessen von Türkei, EU und USA Gemeinsamkeiten in ihrer aktuellen Politik zu bestehen. Auf dieser Grundlage setzten sie das Imralı-System[1] in Gang.

Es gibt die Einschätzung, dass die türkische Armee nach den Äußerungen Erdoğans zur kurdischen Frage eine neue „28.-Februar-Offensive“[2] begonnen habe. Wie bewerten Sie die Beziehungen der AKP zu den US-Amerikanern und die Stellungnahmen bezüglich der kurdischen Frage? Sind Veränderungen bei der AKP zu verzeichnen?

Dazu sind einige Informationen an die Medien gedrungen. Die islamische Bewegung hat sich der kurdischen Frage angenähert. Die AKP versucht dies in gewisser Weise festzuhalten und verteidigt in diesem Sinne unterschiedliche Ideologien. Weder die islamische Bewegung noch die AKP hat eine einheitliche Haltung. Jede hat einen gewissen Standpunkt, aber sie sind sich einig in der Nutzlosigkeit der Verleugnung: „Die Verleugnung der kurdischen Existenz muss beendet werden. Gewisse kulturelle Rechte würden vielleicht ausreichen, die Gewalt für immer zu verbannen.“ Ministerpräsident Erdoğan wollte im August diese Haltung in Politik umwandeln. Das war bedeutsam und wichtig. Die bisherige Politik hat versagt, der Staat braucht eine neue politische Strategie gegen den Krieg in Kurdistan – entwickelt entsprechend der Freiheitsforderungen des Volkes. Die Armee war für totalen Krieg, die Regierung hingegen der Meinung, dass dies zu nichts führen würde, und suchte daher auf der Grundlage der Anerkennung der Identität und der kulturellen Rechte eine politische Lösung zu entwickeln. Aber sie erfuhr harsche Reaktionen von Generalstab sowie Armee und wurde fast des Verrats bezichtigt. Weil Erdoğan erklärt hatte, es gebe ein kurdisches Problem, das mit demokratischen Methoden gelöst werden müsse, wurde er als Vaterlandsverräter gebrandmarkt. Das wiederum erschreckte die AKP.

Hatte Erdoğan vielleicht Angst, dass ihm am Ende dasselbe widerfährt wie Özal?

Er hat sicherlich Angst, es gibt ja die Vorkommnisse um Menderes[3] und Özal[4]. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass er später nicht mehr zu dem stand, was er anfänglich gesagt hatte. Das Erste repräsentiert seine Meinung, das Zweite seine Schwäche. Wenn er von 35–40 % der Bevölkerung Unterstützung genießt, dürfte er eigentlich nicht so schwach sein. Wenn er seine Äußerungen inhaltlich füllen würde, erhielte er die Unterstützung der meisten Kurdinnen und Kurden, und die Regierung könnte demokratische Reformen verwirklichen. Wäre Erdoğan wirklich konsequent, könnte er die kurdische Frage mit demokratischen Mitteln lösen. Er und seine Partei besitzen die Stärke und die Kraft dazu. Es ist natürlich nicht einfach, es gibt auch Kräfte, die dagegen sind. Er sollte mutig und initiativ sein. Seine Situation sollte nicht mit der von Menderes oder Özal verglichen werden. Die Bedingungen haben sich geändert, er genießt breitere Unterstützung. Wenn er seine Aussagen zur kurdischen Frage umsetzt, kann er sich der Unterstützung der kurdischen Bevölkerung sicher sein, nicht nur der aus dem Norden, sondern aus allen vier Teilen Kurdistans. Zudem verfügt er über eine nicht zu unterschätzende Unterstützung von außen, aus der EU und den USA. Sein Gespräch mit den Intellektuellen und seine anschließende Rede in Diyarbakır empfanden wir als ehrlich, seine spätere Erklärung hingegen: „Solange Leichen kommen, sollte niemand Nachsicht von uns erwarten, wir würden auch in den Süden einmarschieren, wir werden den Terror ausrotten“, als weniger ehrlich. Es ist eine Botschaft an die Armee, als ob die am 23. August 2005 vom *Nationalen Sicherheitsrat* beschlossene Politik mitgetragen würde. Solange die Regierung solche Äußerungen macht, werden die Reaktionen der Kurdinnen und Kurden anwachsen. Dies wiederum wird jetzt schon absehbar zu Stimmenverlusten in Kurdistan führen. Die AKP hat ihren

Zuspruch in den meisten kurdischen Provinzen verloren. Folglich ist ihr Verhältnis zur kurdischen Bevölkerung an einem kritischen Punkt angelangt. Wenn Erdoğan zu dem steht, was er in Diyarbakır gesagt hat, ist ihm die Unterstützung der meisten Kurdinnen und Kurden sicher. Wenn nicht, wird es ihm ergehen wie Demirel, dem Koordinator des Vernichtungs- und Verleugnungskriegs, und die Kurdinnen und Kurden werden sich gegen ihn stellen.

Ihre Äußerung „wenn nötig, trennen wir uns ab" löste in der Türkei heftige Diskussionen aus. In den Bewertungen hieß es sogar, die PKK habe einen Strategiewechsel vorgenommen. Was können Sie dazu sagen?

Die Diskussionsbasis in der Türkei ist wirklich sehr eingeengt und oberflächlich. Kleinigkeiten bestimmen tagelang die öffentliche Debatte. Alle fühlen sich berufen darüber zu schreiben, ohne sich den ernsthaften Themen zu widmen. Sie agieren fast als Berater der Kriegsbefürworter. Ein Beispiel: Einige Medienkreise behaupten, die Armee habe die PKK militärisch besiegt und werde sie nun gänzlich vernichten. Wo aber hat die Armee die PKK militärisch besiegt? Wenn dem so wäre, wie ist es zu erklären, dass die Guerilla weiterhin besteht und sich bewegt? Warum spricht die Armee vom totalen Krieg? Eine solche Realitätsferne dürfte es nicht geben. Es ist nicht nötig, Behauptungen aufzustellen, die man selbst nicht glaubt, und damit die Armee aufzustacheln. Diese Kriegstreiberei ist überflüssig, uneffektiv und provoziert die kurdische Gesellschaft. Es geht sogar so weit, dass die Würde der kurdischen Menschen verletzt wird. Alle sollten wissen: Das kurdische Volk ist keine Mätresse der Türkei. Die unorganisierten Kurden wurden bislang als Mätressen benutzt. Sie fordern jetzt Freiheit, organisieren sich, führen einen demokratischen Kampf, entwickeln ihren Freiheitswillen und ihre Beziehungen. Die Beteuerung, die kurdische Bevölkerung stehe für die Einheit und Geschwisterlichkeit ein, wird als ein der Angst geschuldetes Täuschungsmanöver interpretiert: Egal was passiere, sie sei abhängig und genötigt und werde daher immer wieder Ja sagen. Nein! So ist es eben nicht. Alle müssen wissen, dass dies ein Irrtum ist. Das kurdische Volk kann mit der türkischen Gesellschaft eine freie, gleichberechtigte, geschwisterliche Beziehung eingehen. Es befürwortet sie mehr als andere, das ist gleichzeitig eine strategische Haltung. Das heißt aber nicht, dass es keine anderen Beziehungen entwickeln kann oder keine Alternative hat.

Wenn die Türkei dermaßen beleidigend und verletzend agiert und die Kurdinnen und Kurden unterdrückt werden, können sie sich andere Geschwister, andere Beziehungen und andere Verbündete suchen. Niemand kann es verbieten. Sie könnten sich dem Iran zuwenden und ihr Problem z. B. mit denen angehen, das läge aus ethnischer Sicht näher. Sie könnten es mit den AraberInnen versuchen, in ideologischer Hinsicht verbindet sie eine lange Periode des Zusammenlebens. Sie könnten eine Zusammenarbeit mit anderen Gesellschaften auf der Welt eingehen. Global gesehen kooperieren alle mit den USA und kümmern sich um ihre Angelegenheiten. Die US-Amerikaner empfangen die Kurden im Weißen Haus und nennen den von der kurdischen Bevölkerung gewählten Repräsentanten „Präsident". Das kurdische Volk wird das natürlich auch beachten. Das ist selbstverständlich und hat nichts mit einem Strategiewechsel zu tun.

Da es noch keine Einheit gibt, kann es auch nicht zu einer Trennung kommen. Die „Beziehung" ist geprägt von Massakern und Repressionen. Die Haltung in der Türkei gegenüber dem kurdischen Volk kann vielleicht so beschrieben werden: Einige Kreise gehen davon aus, dass die Kurdinnen und Kurden, egal was ihnen angetan wird, keine Alternative haben. Das stimmt so nicht. Sie können vieles machen. Sie haben mehrere Alternativen und ihr politisches Blickfeld ist weiter geworden, denn die politische Bühne des Mittleren Ostens öffnet sich. Wenn die Türkei keine freiheitliche, demokratische und geschwisterliche Herangehensweise wählt, wird sie die Kurdinnen und Kurden vollständig verlieren. Die Verantwortung hierfür liegt nicht beim kurdischen Volk. Wir wollen uns nicht loslösen. Die Türkei aber isoliert uns, lehnt uns ab, wirft uns raus. Wenn ein Mensch ständig Ablehnung erfährt, wird er eines Tages gehen. Das ist überall so, sogar in einer Familie. Man muss wissen, dass das kurdische Volk nicht alternativlos ist und daher all diese Erniedrigungen nicht über sich ergehen lassen muss.

Die chauvinistische, rassistische, nationalistische und faschistische Politik reißt die türkische und die kurdische Gesellschaft auseinander. Wenn das anhält, wenn eine Lösung in der Türkei sich nicht entwickelt, wenn die türkischen Intellektuellen, SchriftstellerInnen, DemokratInnen, PolitikerInnen nicht dieser Politik entgegentreten und wenn keine demokratische Einheit und geschwisterliche Denkweise entwickelt werden kann, dann werden die Kurdinnen und Kurden unter einem solchen Regime nicht gehalten werden können.

Seit einiger Zeit wird der Amtsbesuch Mesut Barzanis in den USA diskutiert. Während sich manche Kreise in der Türkei ablehnend äußerten und entsprechend reagierten, erklärte der Generalstabschef: „Wir müssen unsere Politik gegenüber dem Irak und Südkurdistan verändern." Ist in absehbarer Zeit ein Wandel in der Politik der Türkei im Hinblick auf den Irak und Südkurdistan und im Allgemeinen in der kurdischen Frage möglich?

Die Reise des KDP-Vorsitzenden Barzani als Präsident der Föderation Südkurdistan wirkte sich am heftigsten auf die Türkei aus und führte zu ernsthaften Diskussionen. Der Presse war zu entnehmen, dass die Türkei in den USA angefragt haben soll, als was Barzani denn empfangen worden sei. Es ist ganz offensichtlich, dass diese Reise die politische Führung der Türkei sehr gestört hat. Denn noch immer werden Konzepte der Verleugnung und Vernichtung ausgearbeitet.

Noch immer wird Abdullah Öcalan, der die Zustimmung des kurdischen Volkes in allen vier Teilen Kurdistans genießt, auf Imralı mit der Absicht der Vernichtung festgehalten. Gleichzeitig haben die USA Jelal Talabani und Mesut Barzani empfangen. Die kurdische

Diplomatie ist bis ins Weiße Haus gelangt. Während der Pressekonferenz wurde sogar kurdisch gesprochen. Dabei gibt es in der Türkei noch Generäle, die behaupten, Kurdisch gebe es gar nicht. Man staunt über diese Mentalität und fragt sich zwangsläufig, ob sie nicht von diesem Planeten stammen. Dabei sehen sie sich gern als modern. Wir beobachten eine sehr große Kluft zwischen dem politischen Verhalten der Türkei und dem der USA. Eine Fortsetzung der türkischen Politik scheint vor diesem Hintergrund schwer vorstellbar. In diesem Zusammenhang haben der Generalstab und andere Kreise eine andere Diskussion geführt. Ich weiß nicht, was sie mit Politikwechsel meinen. Aber einige Vertreter des Militärs forderten: „Wir müssen jetzt im Nordirak militärisch intervenieren, und wenn es die Amerikaner nicht machen, dann eben wir." Diese Stimmung ließ sogar Außenminister Gül und Ministerpräsident Erdoğan ähnliche Erklärungen abgeben. Wenn das mit Politikwechsel gemeint sein sollte, dann muss klar sein, dass es sich um keinen Wechsel handelt. Seit dem Mai 1983 hat die türkische Armee des Öfteren in Südkurdistan grenzüberschreitende Operationen durchgeführt. Die Politik der letzen 22 Jahre war doch davon geprägt. Daher wäre es kein Wechsel, sondern die Fortführung der bisherigen Politik.

Ist diese Politik unter den jetzigen Bedingungen überhaupt noch möglich?

Schwerlich. Weder die USA noch die irakische Führung könnten dem zustimmen, auch die KDP und PUK nicht. Denn ein solches Vorhaben würde Südkurdistan, die bisher einzige relativ stabile Region im Irak, in einen Kriegszustand versetzen. Das wiederum würde sowohl die Strategie der US-amerikanischen als auch der irakischen Regierung erfolglos machen und ins Leere laufen lassen. Zudem weiß man auch aus bislang annähernd 100 solcher Aktionen, dass der Türkei mit einer grenzüberschreitenden Operation kein Erfolg beschieden sein wird. Aus diesem Grunde macht es keinen Sinn, dass die Türkei ständig grenzüberschreitende Militäraktionen beschwört. Es würde sie in eine noch größere Ausweglosigkeit treiben. Wir sind der Meinung, dass eine solche Operation der Türkei mehr schaden als nutzen wird. Wenn sie trotzdem anderer Ansicht ist, so kann sie es ja mal versuchen.

Ginge es bei dem angeblichen Politikwechsel um Änderungen in der bisherigen Politik, wäre das etwas anderes. Es darf aber nicht so aussehen, dass sie in Südkurdistan den Föderalismus anerkennen und KDP und PUK in den Kampf gegen die PKK treiben. Ich denke, dass auch die südkurdischen Parteien in dieser Hinsicht etwas schlauer geworden sind und wissen, wie Politik betrieben wird. Sie haben das notwendige Bewusstsein und die Fähigkeit erlangt, solche Fehler nicht zu wiederholen. Außerdem wäre dies auch keine Veränderung, denn das wird seit 1992 ständig ergebnislos versucht. Was übrig bleibt, ist ein wirklicher Wandel in ihrer Kurdenpolitik, die Abkehr von Verleugnung und Vernichtung. Nur diese Strategie wäre eine nützliche Veränderung für die Türkei. Ein wirklicher Strategiewechsel würde die Anerkennung der kurdischen Identität und eine verfassungsrechtliche Garantie bedeuten und zulassen, dass die Kurdinnen und Kurden frei leben und sich nach ihrem eigenen Willen organisieren, bilden und selbst verwalten, damit sie ihre Sprache, ihre Kultur und ihr Leben entfalten können.

Barzani hat sich während seines Aufenthalts in den USA für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage ausgesprochen und erklärt, die Türkei dabei zu unterstützen, wenn nötig. Wie bewerten Sie diesen Aufruf?

Die Reise Barzanis war wichtig. Zum einen aus der Sicht des Iraks, damit das System im Irak Klarheit gewinnt und der Föderalismus sich entwickeln kann. Zum anderen auch aus der kurdischen Sicht. Zudem sind Neuerungen in Barzanis Erklärungen zu entdecken. Er opfert die anderen Teile Kurdistans nicht mehr wie früher für die Interessen Südkurdistans. Kurdistan wird als eine Einheit begriffen, es gibt Lösungsvorschläge für alle Teile Kurdistans. In dieser Hinsicht sind Veränderungen zu verzeichnen. Wenn das Gesagte sich zu einem beharrlichen Politikwechsel der KDP verdichten würde, wäre es bedeutsam. Barzani hat auf dieser Grundlage einige Realitäten zur Sprache gebracht. Er definierte das „PKK-Problem" als kurdische Realität. Er bezeichnete die PKK als eine Bewegung in Reaktion auf die Verleugnung und Vernichtung und erklärte, dass das Problem nicht mit Gewalt, sondern über den politischen Dialog gelöst werden könne. Ansonsten würde die Gewalt allen Beteiligten Kopfschmerzen bereiten. Sein Appell, die Türkei solle das „PKK-Problem" lösen, ist eine Forderung nach einer demokratischen und friedlichen Lösung der kurdischen Frage, denn in Nordkurdistan bildet die kurdische Bevölkerung eine solche organische Einheit mit der PKK. Das alles ist eine neue und bedeutende Annäherung, die die Gewalt beenden will und die Perspektive für eine Einheit des kurdischen Volks eröffnet. Wir erachten dies für wichtig und denken, dass sich diese Politik noch vertiefen muss. Diese Herangehensweise wird auch die KDP einer demokratischen Öffnung näher bringen. Folglich ist es eine problemlösende Haltung. ♦

Anmerkungen:

1.- Gemeint ist eine Hinrichtung auf Raten durch die andauernde unmenschliche Isolationshaft.
2.- Am 28. Februar 1997 verfasste der Nationale Sicherheitsrat der Türkei, ein Gremium aus hochrangigen Militärs und Regierungsvertretern, ein „Memorandum gegen den Fundamentalismus". In dem darin enthaltenen 20-Punkte-Programm wurde die damalige Regierung unter Necmettin Erbakan gezwungen, Maßnahmen zur Eindämmung islamistischer Aktivitäten zu ergreifen. Dies führte später zum Rücktritt von Erbakan und zum Verbot seiner islamistischen Wohlfahrtspartei (RP, Refah Partisi).
3.- Am 27. Mai 1960 wurde die Regierung von Adnan Menderes (später zum Tode verurteilt und hingerichtet) durch den ersten Militärputsch in der Türkei unter Führung von General Cemal Gürsel (später Staatspräsident) gestürzt.
4.- Turgut Özal war 1983-89 Ministerpräsident und bis zu seinem Tod Staatspräsident der Türkei. Er eröffnete einen Dialog zwischen Ankara und Mesut Barzani (KDP) und Jelal Talabani (PUK). Auch verhandelte er mit der PKK um eine Waffenruhe. Turgut Özal starb am 17. April 1993 angeblich an einem Herzinfarkt. Bis heute wird über Mord spekuliert.

Das Interview wurde leicht gekürzt und redaktionell überarbeitet.

Der Vorfall in Şemdinli ist von historischer Bedeutung

Der Staat schult seine Banden

aus einem Interview mit Cemil Bayık



Cemil Bayık Foto: ANF

Eine Zusammenfassung eines Interviews mit Cemil Bayık, Exekutivrat der Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan (KKK), zu den Ereignissen von Şemdinli. Das Interview führte Seyit Evran, es erschien am 23.11.2005 bei der Ajansa Nûçeyan a Firatê ANF.

Unser Vorsitzender Abdullah Öcalan unterliegt in der Türkei einer äußerst grausamen Eliminierungspolitik. Ebenso muss die Bevölkerung Liquidierungs-, Vernichtungs-, Repressionsmaßnahmen, Folter und Festnahmen ertragen, gegen die Guerilla laufen massive Militäroperationen. Wenn die Leichname gefallener Guerillas verstümmelt und ihnen verschiedene Körperteile wie Nasen und Ohren abgetrennt werden, verfolgt der türkische Staat damit ein konkretes Ziel. Zudem wird er von bestimmten Kreisen darin ermutigt, denn allein wäre er dazu nicht fähig.

Die Türkei versucht die kurdische Freiheitsbewegung zu unterdrücken, zu schwächen und sie als Lösungskraft zu isolieren. Dabei kann sie sich auf die Unterstützung der USA, der EU und anderer kurdischer Kreise stützen. Resultate dieser Politik sind die Bombenexplosionen in Şemdinli, Yüksekova und Hakkari, vom Generalstab entwickelt, geplant und ausgeführt. Der Generalstabsvize und Oberkommandierende des Heeres Yaşar Büyükanıt selbst war in der Vergangenheit kommandierender General in Diyarbakır. Seitdem zählt er zum aktivsten Personal des Krieges in Kurdistan, er bahnt der türkischen Politik den Weg. Er bezieht immer als erster Stellung zur kurdischen Sache oder zu anderen Themen und interveniert ständig in die türkische Politik. Im Frühling hatte Büyükanit behauptet, dass PKK-Einheiten vom Irak aus in die Türkei eingedrungen seien, eine große Menge C4-Sprengstoff ins Land gebracht hätten und Anschläge damit zu erwarten seien. Das wurde mehrfach wiederholt, anschließend ging immer wieder durch die Presse, dass PKKler mit C4 festgenommen worden seien. Angeblich wurde bei jeder Festnahme auch C4 beschlagnahmt. Das war die Vorbereitung für die Umsetzung eines Plans.

Mit diesen Falschmeldungen sollte die Grundlage dafür geschaffen werden, die Öffentlichkeit auf etwas einzustimmen, sie ohne weiteres glauben zu lassen, die PKK stünde hinter den Anschlägen, die sie selbst durchführen würden. Das wurde von Büyükanıt inszeniert und die Presse sollte es der Öffentlichkeit vermitteln. Uns liegen Informationen vor, dass Korkut Eken, ehemaliger Vorsitzender der Kontra-Zentrale und wegen Susurluk verurteilt [*Verkehrsunfall in der Nähe dieser westtürkischen Stadt brachte 1996 die Verfilzung zwischen türkischem Staatsapparat, organisiertem Verbrechen und Killerbanden ans Tageslicht*], aus einigen Überläufern, MHPlern [*extrem nationalistische „Partei der nationalen Bewegung"*], Zivilisten und Mitgliedern des öffentlichen Dienstes Gruppen zusammenstellt und in Düzce und Ankara-Gölbası ausbildet. Es gibt konkrete Hinweise darauf, dass diese Gruppen in der Anwendung von C4 sowie in der Durchführung von Attentaten und Massakern instruiert und mit dem notwendigen Material versorgt werden. Die Veröffentlichung angeblicher Todeslisten der PKK bildete die Grundlage zur Vorbereitung auf ihre geplanten Massaker. Alle dort aufgeführten Personen sind KurdInnen, ein Teil von ihnen positiv, die anderen negativ gegenüber unserer Sache eingestellt. Es stellt sich natürlich die Frage nach der Absicht hinter all dem.

Zwei Ziele werden hierbei verfolgt: Zum einen sollen die ausgebildeten Gruppen einige KurdInnen ermorden, was dann anschließend der PKK in die Schuhe geschoben werden würde. Damit soll die Einheit der Kurden gespalten und ein Teil von ihnen gegen die PKK mobilisiert werden. Geplant ist, somit die möglichen kurdischen Reaktionen auf die Massaker und die Unterdrückung der Türkei in Kurdistan auf die PKK zu lenken, um diese in die Ecke zu treiben. Parallel dazu sollen die der PKK angelasteten zunehmenden Attentate und Bombenangriffe gegen

ZivilistInnen auch die internationale Reaktion gegen die PKK richten und sie international isolieren. Somit wäre die PKK in die Ecke gedrängt und als Lösungskraft nicht mehr relevant. Die jüngsten Entwicklungen bestätigen dies. In Şemdinli, Yüksekova und Hakkari sowie in vielen anderen Orten explodierten mehrere Bomben, was über die Medien der PKK angehängt wurde und eine entsprechende Öffentlichkeit schuf. Aber unsere tapferen Leute haben diese Vorfälle aufgedeckt und dokumentiert. Die Täter wurden mitsamt den entsprechenden Dokumenten, Listen, Skizzen und Tatwerkzeugen der Weltöffentlichkeit vorgeführt.

Die schmutzigen Krieger wurden von unseren Menschen auf frischer Tat ertappt. Aus diesem Grunde ist der Vorfall in Şemdinli von historischer Bedeutung. Bei seinem schmutzigen Krieg in Kurdistan verschließt der türkische Staat im Kampf gegen die kurdische Befreiungsbewegung seine Augen vor allen möglichen Rechtsbrüchen und erklärt alle Methoden für legitim. Daraus resultieren Bandenwesen und Regellosigkeit. Der Staat entwickelt in Kurdistan grausame Praktiken, die in keinster Weise den Regeln der Menschlichkeit entsprechen. Er hat Tausende von Dörfern und Ortschaften entvölkert, verbrannt, zerstört. Ohne eine Zukunftsperspektive wurden die Menschen aus ihren Dörfern und Häusern geworfen. Um die kurdische Freiheitsbewegung zu bekämpfen, hat der türkische Staat das kurdische Volk einer planmäßigen Katastrophe ausgesetzt. Es ist eine grausame Plage, die all das mutwillig entwikkelte Leid produziert. Millionen zwangsvertriebener Menschen haben und verursachen natürlich psychische, soziale, politische und wirtschaftliche Probleme. Diese Probleme in der Türkei stehen in unmittelbarer Verbindung mit dem Krieg in Kurdistan und den Methoden, mit denen dieser Krieg geführt wird. Sie sind dessen direkte Resultate.

Die Hintergründe von Susurluk sind nicht aufgedeckt worden, sie wurden erneut vertuscht. Wäre die Sache aufgeklärt worden, würden sich Tausende von Ereignissen eigentlich als Susurluk-Fälle erweisen. Şemdinli ist nur einer davon. Der Staat wurde auf frischer Tat ertappt, er geriet in Panik. Anschließend suchte er den Vorfall zu kaschieren, sich, die Streitkräfte, die Justiz und die Politik reinzuwaschen. Das Geschehen sollte als Einzellfall dargestellt werden, um seine wahre Dimension verheimlichen zu können. Sogar auf die Bevölkerung, den Staatsanwalt und den Abgeordneten der *Republikanischen Volkspartei* CHP, Esat Canan, wurde willkürlich geschossen, zur Verhinderung der Beweissicherung ihr Tod in Kauf genommen. Dabei wurde ein Mensch tödlich getroffen. Auf der anderen Seite riskierte die Bevölkerung ihr Leben, überführte die Täter und übergab sie den offiziellen Stellen. Der Staat hingegen ließ die Täter laufen. Deren Anwalt entpuppte sich als ein Oberstleutnant im Ruhestand, der früher in Kurdistan Krieg geführt und dabei Kriegsverbrechen begangen, Dörfer verbrannt, Menschen gefoltert und ermordet hatte, und gegen den vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein Verfahren läuft. Generalstabsvize Yaşar Büyükanıt äußerte sich zu dem in flagranti erwischten Unteroffizier: „Ich kenne ihn, er ist ein sehr wertvoller Soldat und ein guter Mensch, er würde so etwas nicht tun", und setzte damit schon von Anfang an die Justiz und das Volk von Şemdinli unter Druck. Diese Inschutznahme offenbart die eigentliche Dimension des Vorfalls und die Vertuschungsanstrengungen werden deutlich. Eine Aufklärung des Vorfalls in allen Einzelheiten würde aufdecken, dass der türkische Staat, die türkische Armee hinter diesen Angriffen stecken, dass sie es selbst geplant haben. Somit würde die Verantwortung des Staates und der Streitkräfte für die vielen Mordfälle, die in Kurdistan als „Morde unbekannter Täter" bezeichnet werden, dokumentiert werden. Für das jüngste Ereignis hat das Volk diese Verbindung belegt, somit ist der Terror des türkischen Staates bewiesen, ein rechtswidriger, schmutziger Terror. Bislang konnte es ohne weiteres vertuscht und die Weltöffentlichkeit getäuscht werden, indem alle seine schmutzigen Taten der kurdischen Freiheitsbewegung angelastet wurden. Das türkische Regime ist Profi bei der Manipulation der Realität.



Demonstration in Van gegen die Politik Ankaras nach den Ereignissen in Şemdinli Foto: DIHA

Mit JITEM [*„Jandarma Istihbarat Terör Mücadele"; Geheimdienst der Jandarma*], Kontraguerilla und Hizbullah schuf die Staatsmacht eigentlich Ungeheuer. Und ging nie ernsthaft gegen diese Monstren vor. Im Gegenteil, sie war stets bedacht, sie zu beschützen und sich reinzuwaschen. Einmal, im Jahr 2000, schritt sie gegen die Hizbullah ein, wollte sich vom Schmutz befreien. Dabei war es der türkische Staat selbst, der die Hizbullah produziert hatte. Er handelte sehr geschickt, um nicht in Schwierigkeiten zu geraten und international nicht zur Verantwortung gezogen zu werden und Sanktionen auferlegt zu bekommen. Zahlreiche Morde ließen sich durch die Hizbullah ausführen und ihr nachher auch noch die Verantwortung für all die Schrecken in die Schuhe schieben. Die Hizbullah ist eine Kontraguerilla-Organisation. Das kurdische Volk nennt sie „Hizbulkontra". Viele Morde geschahen vor den Augen der Bevölkerung. Die Täter im Namen der Hizbullah suchten anschließend Zuflucht in Polizeiwachen, Militärstationen oder an ähnlichen kontrollierten und geschützten Orten. Das ist dokumentiert. Das behaupten nicht nur wir, sondern auch einige Offizielle der türkischen Administration, die selbst einmal in Kurdistan Dienst taten. Sie sagten aus, dass sie die eingestandenermaßen vom JITEM ausgebildete und geschützte Hizbullah gegen die PKK und gegen das kurdische Volk benutzt haben. Diese Tatsachen können heute nicht mehr verheimlicht werden. Der türkische Staat hat dem Anschein nach zivile Deckorganisationen entwickelt, die nicht mit ihm in Verbindung gebracht werden sollten, um den JITEM, den *Nationalen Nachrichtendienst* MIT [*„Milli Istihbarat Teşkilatı"*] und die Kontraguerilla abschirmen zu können. Die Aufmerksamkeit wurde auf die Hizbullah gelenkt, alle Taten hängte man ihr an. Dem Staat ist es gelungen, die Öffentlichkeit so weit zu täuschen, dass diese glaubte, die begangenen Morde stünden nicht mit ihm in Verbindung. Wie gesagt, er ist Profi. Als sich der Krieg in Kurdistan zu unterschiedlichen Zeiten zuspitzte, wurden alle illegalen Organisationen mobilisiert, ihnen jegliche Möglichkeiten gewährt. Die Beziehungen des heutigen Vorsitzenden der *Partei des rechten Weges* DYP, Mehmet Agar, zu den Mordbanden, der von vielen dieser Organisationen wusste und einige sogar selbst anführte, wurde durch sein Telefongespräch mit den Tätern von Şemdinli während des Vorfalls erneut belegt. Er führte selbst aus: „Nach 1994 haben wir einen umfassenden Kampf geführt. Wenn dieser Kampf Erfolg hatte, dann nur deshalb, weil wir uns zusammengeschlossen haben, vom Staatspräsidenten über Regierung und Parlament bis hin zur Justiz." Außerdem sei den gegen die Freiheitsbewegung in Kurdistan kämpfenden Kräften jede erdenkliche Unterstützung geleistet worden. In den 90er Jahren, bis zum internationalen Komplott, wurden in Kurdistan verstärkt Dörfer zerstört, die Menschen vertrieben, waren Morde unbekannter Täter, Folter, Festnahmen, Repression, Einschüchterungsversuche zu verzeichnen, weil der türkische Staat hierfür JITEM, MIT, Kontraguerilla und Hizbullah benutzte.

Nachdem durch das internationale Komplott unser Vorsitzender verhaftet worden war und der Strategiewechsel anstand, d. h. als unser bewaffneter Kampf eingestellt war und stattdessen die friedlichen, legalen demokratischen Kampfmethoden in den Vordergrund traten, stellte der Staat diese Organisierungen zurück. Er ging nicht gegen sie vor, sondern fror nur ihre Aktivitäten ein und wälzte in genau dieser Zeit die Verantwortung für alle begangenen Verbrechen auf die Hizbullah ab. Da nun erneut unsere Bewegung mit der bekannten ausweglosen Politik eliminiert werden soll und wir dagegen Widerstand leisten und uns verteidigen, werden dieselben Mechanismen wieder in Gang gesetzt. Sie existierten ja bereits, nur deshalb können sie im Nu reaktiviert werden. Massive Liquidierungsversuche werden als „Reaktion" der Bevölkerung zu vermitteln versucht, haben damit aber nichts zu tun, sondern werden direkt von Yasar Büyükanit unter den Namen angeblicher Vereine des nationalen Kampfes organisiert. Viele Vorsitzende dieser Gruppen sind ehemalige Generäle. (...) Mit den Bomben, Massakern, Drohungen, Repressionen und Folter soll die Bevölkerung eingeschüchtert und zur Distanzierung vom Kampf veranlasst werden.



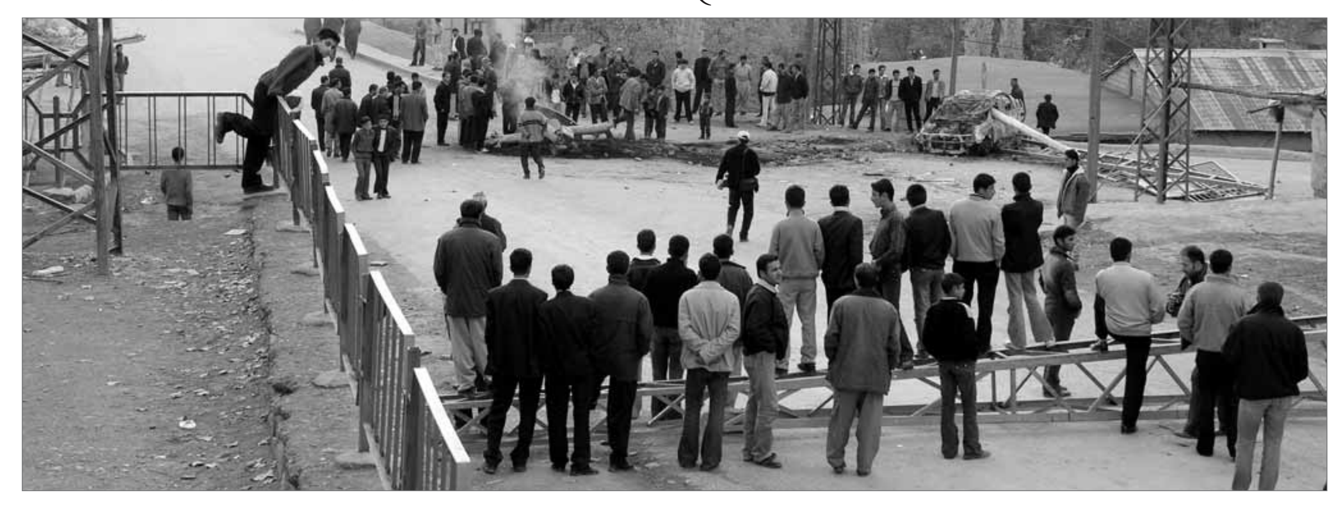
Hunderttausende demonstrierten täglich nach den Ereignissen in Şemdinli – hier 80 000 in Yüksekova. Foto: DIHA

Dass sie sich gegen die Grausamkeiten auflehnt, soll so bestraft werden, sie soll ihren Widerstand aufgeben.

In der Türkei existiert noch immer keine Mentalität, vor deren Hintergrund die kurdische Frage Anerkennung und Lösungsbereitschaft findet. Vielmehr soll immer noch die kurdische Seite überwältigt oder mit Morden wirkungslos gemacht werden. Diese Denkweise verleugnet die KurdInnen, erklärt die PKK zu einer terroristischen Organisation und versucht sie unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung zu liquidieren. Vielleicht hat die Gegenseite hierbei einiges geschafft, aber erfolgreich war sie nicht. Denn das Volk und die PKK haben einen außergewöhnlichen Widerstand geleistet und leisten ihn noch immer. Als realisiert werden musste, dass die Vernichtungspolitik keinen Erfolg zeigt, hieß es zum Schein, die Existenz der KurdInnen würde anerkannt. Diese politische Schiene wird zurzeit zu entwickeln versucht. Die Türkei stellt es sich so vor: Die USA, die EU und sogar einige kurdische Kollaborateurskreise behaupten, Apo und die PKK verträten nicht die KurdInnen, seien Terroristen, die kurdische Frage müsse von ihnen getrennt werden. Solle das Problem gelöst werden, dann nur ohne Apo und ohne PKK. Das wird ständig wiederholt. Die PKK beanspruche für sich ein Monopol, dieses müsse gebrochen werden, vorher könne die kurdische Demokratie sich nicht entwickeln. Damit werden die KurdInnen getäuscht und aufgerufen, Front zu machen gegen Apo und die PKK. Angriffsziel ist die kurdische Einheit. Eine andere Gruppe von KurdInnen soll gegen die PKK installiert werden und deren Lösungspotential durch eigene Vorstellungen ersetzt werden.

Alle KurdInnen sollen unter die Fuchtel des Systems gezwungen und ausgenutzt werden. Der freie kurdische Mensch, durch Apo und die PKK geschaffen, funktioniert aber nicht so, er ist ein Mensch, der sich die Befreiung und die Freiheit der Menschheit und seines Volkes zur Aufgabe gemacht hat. Natürlich wird seine Existenz als Gefahr betrachtet. Aus der Sicht des Regimes müssen eine solche Bewegung, ein solches Volk und ein solcher Widerstand unschädlich gemacht werden. Das sieht die Türkei, akzeptiert daher Apo und die PKK nicht als Lösungsfaktoren und versucht ihre Wirkung zu schmälern. Dagegen will sie vom Zusammengehen mit den internationalen Kräften profitieren, weil ihre Stärke allein nicht reicht. Jene hingegen suchen ihre eigene Macht zu vergrößern, indem sie über die Unterstützung der Türkei in dieser Frage die PKK ausbooten. Wie wäre es sonst möglich, dass unmittelbar nach dem Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen solche Grausamkeiten gegen die Bevölkerung verübt werden?

Im letzten EU-Fortschrittsbericht wird die PKK als die Quelle des Terrors benannt. Durch die Vorfälle in Şemdinli, Hakkari und Yüksekova sind die staatlichen Morde aufgedeckt worden und zugleich offenbart, wer hier die Quelle des Terrors ist. Folglich haben die Vorfälle in Şemdinli, Yüksekova und Hakkari nicht nur den türkischen Staat auf frischer Tat ertappt, sondern gleichzeitig auch die Mittäterschaft der EU enthüllt. Auch sie wurde vorgeführt und muss nun die Urheberschaft des Terrors benennen. Sie muss ihren Fehler korrigieren und sich beim kurdischen Volk und bei dessen Vertreterin, der kurdischen Freiheitsbewegung, entschuldigen. Wenn nicht, wird sie sich vorwerfen lassen müssen, Mitverantwortliche im schmutzigen Krieg des türkischen Staates in Kurdistan zu sein. Davon wird sie sich nicht leicht befreien können. Vor den letzten Ereignissen in Şemdinli detonierte am 1. November eine viel größere Bombe. Diese Explosion kurz vor der Veröffentlichung des EU-Fortschrittsberichts war taktisch geschickt gewählt: Sie wurde der PKK zugeschrieben. Die EU hat in ihrem Bericht, sich auf diesen Anschlag stützend, die PKK als die Quelle des Terrors definiert. Die Türkei schmiedet Pläne, wie sie die PKK international isolieren, ihr die Solidarität und die Unterstützung des Volkes entziehen könnte, d. h. wie die PKK zu marginalisieren, zu übernehmen und folglich zu eliminieren sei. Auf dieser Grundlage entwickelt sie ihre Ziele. ♦



In Şemdinli errichtet die Bevölkerung Straßenkontrollen. Unter anderem werden die Fahrzeuge nach Waffen durchsucht. Foto: DIHA

Ich bemerkte eine Handgranate auf dem Fußboden

Bericht der Untersuchungsdelegation zu Şemdinli

Zusammenfassende und redaktionell überarbeitete Version des Berichts über die Untersuchungen und Befragungen zu den Vorfällen des 9. und 10. November in Şemdinli

Von:
Menschenrechtsverein (İHD); Verein für Menschenrechte und Solidarität mit Unterdrückten (MAZLUM-DER); İNSAN-DER; Zeitgenössische Vereinigung der JuristInnnen, Van; Handels- und Kunsthandwerkskammer Esnaf ve Sanatkarlar Odası, Hakkari; Gewerkschaft der Beschäftigten im Staatsdienst (MEMUR SEN), Hakkari; Öffentliche Dienstleistungsgewerkschaft (KESK), Hakkari; Elternverein Öğrenci Velileri Derneği (ÖVDER), Hakkari, 12.11.2005

Die Presse meldete, dass in Şemdinli am 9. November 2005 drei Attentäter eine Handgranate in einen Buchladen warfen. Einer von drei im Buchladen anwesenden Menschen wurde bei diesem Anschlag getötet, ein weiterer verletzt. Es hieß ebenfalls, dass die Attentäter durch das schnelle Handeln der dritten Person im Buchladen und die AnwohnerInnen auf der Straße festgenommen werden konnten. Im Kofferraum des Autos der Attentäter wurden drei AK-47-Sturmgewehre gefunden. Der Staatsanwalt veranlasste daraufhin die Untersuchung des Falls. Den Berichten zufolge wurden jedoch währenddessen ein weiterer Einwohner der Stadt ermordet und vier Menschen, auf die „unbekannte Täter“ schossen, verletzt.

Die Zusammensetzung der Delegation

Um die Sachlage vor Ort zu recherchieren und zu verifizieren und der Öffentlichkeit die Sachinformationen zugänglich zu machen sowie einen Beitrag zum Schutz des Rechts auf Leben zu leisten, das in einer Vielzahl nationaler und internationaler Abkommen garantiert wird, wurde eine Menschenrechtsdelegation mit folgenden Mitgliedern ins Leben gerufen:

***Abdulvahap Ertan**, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des Menschenrechtsvereins IHD; **Abdulbasit Bildirici**, Vorstandsmitglied und Leiter der Sektion Van des Menschenrechtsvereins Mazlum-Der; **M. Yasin Haskanli**, Vorsitzender von Insan-Der; **Murat Timur**, Vorsitzender der Zeitgenössischen Juristenvereinigung von Van; **Arif Koparan**, Vorsitzender der Handels- und Kunsthandwerkskammer von Hakkari; **Ahmet Ediş**, Vorsitzender der Gesundheitsgewerkschaft SES, im Auftrag der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes KESK; **Cüneyt Caniş**, Vorsitzender des IHD Van; **Übeydullah Dündan**, Vorsitzender des Ökologischen Vereins ÖVDER Hakkari; **Abidin Engin**, Vizevorsitzender des Mazlum-Der Van; **Necibe Günes**, Vorsitzende des IHD Hakkari; **Abdulcebbar Yakar**, Vorsitzender von Memur-Sen Hakkari*

Eindrücke

Am Morgen des 10. November 2005 startete die Delegation von Hakkari über Yüksekova nach Şemdinli im südöstlichsten Eck der Türkei und beobachtete, dass die Sicherheitsmaßnahmen in Richtung Şemdinli ständig zunahmen. 22 km vor Şemdinli blockierten Jandarma (eine Sondereinheit des türkischen Militärs) die Straße in die Stadt. Auch der Delegation sollte die Weiterfahrt verwehrt werden. Nach Verhandlungen, in denen die Delegation verdeutlichte, dass ihre Ankunft offiziell genehmigt war, konnte sie ihre Fahrt mit drei Fahrzeugen fortsetzen. Nachdem die Jandarma die Kennzeichen notiert hatten, konnten die Fahrzeuge auch die weiteren Kontrollpunkte bis Şemdinli passieren. Am Eingang der Stadt war allerdings nur ein verlassener Polizeikontrollpunkt zu sehen.

In Şemdinli selbst waren alle Geschäfte geschlossen, es waren keine Sicherheitskräfte im Stadtzentrum zu sehen. Die EinwohnerInnen der Stadt hatten sich in der Cumhurriyet-Straße, im Zentrum von Şemdinli, ruhig versammelt. Als die Delegation sich vorstellte, wurde sie mit Applaus empfangen. Der Versuch der Delegation, das Einkaufszentrum, in dem die Explosion im Buchladen stattgefunden hatte, zu betreten, um die Ereignisse zu rekonstruieren, scheiterte daran, dass der Staatsanwalt das Gebäude hatte absperren lassen, um weitere Vorfälle zu verhindern. Aufgrund dieser nachvollziehbaren Erklärung verließ die Delegation den Ort, um weitere Recherchen anzustellen, und besuchte das Büro des Landrats. Bewaffnete Polizisten bewachten das Gebäude. Das Wachhäuschen hatte von Steinen zerworfene Fensterscheiben. Fast alle Fenster des Gebäudes im Hof waren zerbrochen. Es standen auch zwei beschädigte Fahrzeuge im Hof des

Landratsamtes. An einem Haus vor diesem Gebäude waren Einschusslöcher zu sehen.

Die Sicherheitskräfte bewachten ausschließlich das Polizeigebäude, das Landratsamt sowie das Gerichtsgebäude. Ansonsten waren keine Sicherheitskräfte zu sehen. Es war VertreterInnen von NGOs und des Bürgermeisters überlassen, andere Gebäude zu bewachen und die Menschenmenge zu beruhigen, die sich in der Stadt versammelt hatte.

Während wir Befragungen durchführten, konnten wir feststellen, dass die Spannung in der Stadt anhielt und die Menschen darauf bestanden, auf den Hauptstraßen zu bleiben. Eine Gruppe von Menschen hielt einen kontinuierlichen Protestmarsch ab; Fenster des Gerichts und der AKP-Zentrale waren eingeworfen worden und Kinder mussten von Erwachsenen davon abgehalten werden, weitere Steine zu schmeißen; die Sicherheitskräfte setzten Pfefferspray ein, anstatt zu deeskalieren, auch die Delegation war davon betroffen.



Şemdinli Foto: DIHA

Befragungen:

Die Delegation verlangte mit dem verantwortlichen Landrat, dem Staatsanwalt, dem Polizeipräsidenten und verantwortlichen Militärs zu sprechen, was allerdings vorerst von den Sicherheitskräften vor Ort verwehrt wurde, da diese in einer Sitzung beschäftigt gewesen sein sollen. Ein Vizepolizeipräsident gab an, nichts über den Vorfall sagen zu können.

Auszüge aus den Befragungsprotokollen:

Hurşit Tekin
(Bürgermeister von Şemdinli):

„Ich befand mich während der Vorfälle nicht in der Stadt, da ich ein Dorf besuchte. Der Gouverneur rief mich telefonisch nach Şemdinli, um die Bevölkerung zu beruhigen. Ich beeilte mich und war 15 Minuten später in der Stadt und sah, dass die Menschen in Panik waren. Ich versuchte die Menge zu beruhigen. (…) Bei einem Schlichtungsversuch zwischen der aufgebrachten Menge und den Sicherheitskräften wurde ich verletzt und musste im Krankenhaus behandelt werden. Einige Zeit später wurde ich zur Jandarma gerufen, um mit dem Bürgermeister von Hakkari, Metin Tekce, dem Polizisten aus Hakkari, Esat Canan, dem Bürgermeister von Yüksekova, Salih Yildiz, und AnwältInnen aus Yüksekova, die sich gerade in Şemdinli aufhielten, die Situation zu evaluieren. An dem Treffen nahmen auch der Gouverneur von Hakkari, der Landrat von Şemdinli, der Staatsanwalt und weitere Offizielle teil. Wir diskutierten eine mögliche Entspannung der Situation. Einige der Anwesenden merkten an, dass drei Personen (die Täter) an die Polizei ausgeliefert worden seien und es sich bei dem Tatfahrzeug um ein Polizeifahrzeug gehandelt habe. Der Polizeichef und der Gouverneur unterbrachen und sagten, dass es sich bei dem Auto nicht um ein Fahrzeug der Polizei gehandelt habe und nur eine Person den Sicherheitskräften übergeben worden sei.“

Zeydan Özel
(Augenzeuge, Geschäftsmann):

„Ich sah die drei Personen, die später den Sicherheitskräften übergeben wurden. Sie kamen mir auffällig vor. Ich sah sie in einem Auto sitzen. Einer von ihnen hatte einen gelblichen Mantel an und eine Plastiktüte in der Hand, als er aus dem Auto stieg. (...) Ich sah das Nummernschild des Fahrzeugs; es lautete: 30 AK 933, es handelte sich um einen Renault 19. (...) Einige Minuten später hörte ich einen lauten Explosionsknall. Als viele Menschen zum Ort der Explosion rannten, ging auch ich dort hin und sah den Mann im gelblichen Mantel telefonieren und seine Komplizen nach ihrem Standort fragen. Ich fing an den Mann zu verfolgen. Er stieg in das Auto und ich sagte den Menschen, dass dies der Mann sei, der für die Explosion verantwortlich sei. Die aufgebrachte Menge versperrte die Straße und begann die Männer zu schlagen. Daraufhin kamen Polizisten, die in die Luft schossen und zwei Personen festnahmen.“

Muharrem Tekin
(Vorsitzender der Handels- und Kunsthandwerkskammer von Şemdinli):

„Der Vorfall fand direkt vor unserem Büro statt. Das Auto stand direkt vor meinem Zimmer und ich begab mich dazu, als die Menschen sich dort sammelten. Einer der drei Männer sagte auf unverschämte Weise: ‚Was ist hier los?’ Dann versuchten die drei Männer im Auto zu flüchten, wurden aber aufgehalten. (…) Die Menge wusste noch nicht, dass ein Mensch bei der Explosion ums Leben gekommen war. Sie zerbrachen die Frontscheibe des Autos. Einer der Männer, die vorne saßen, nahm eine AK-47 Kalashnikov und ich sah drei Kalashnikovs im Kofferraum, dort befand sich auch Munition für die Gewehre. Einer der Passanten nahm dem Attentäter das Gewehr ab, bevor er es benutzen konnte. (…) Plötzlich kamen 30 Polizeibeamte und ein Panzer;

einer der Passanten wurde in den Panzer gezogen. Eine detaillierte Landkarte, eine Namensliste und ein Buch wurden aus dem Auto beschlagnahmt. Der Landrat der Stadt Şemdinli kam und versuchte etwas zu den aufgebrachten Menschen zu sagen. Zur gleichen Zeit verbreitete sich die Nachricht, dass ein Mensch bei dem Attentat ermordet worden sei, und die Menge bewegte sich in Richtung des Landrats, der daraufhin weglief, ohne mit den Menschen zu sprechen. Darauf kamen 15 maskierte Polizisten und schossen in die Luft. (…) Nach einer zwischenzeitlichen Deeskalation der Lage kamen 40 bis 50 Soldaten, die erneut das Feuer eröffneten. Ein leitender Offizier unterband dann auf Bitten der Menge das Schießen. Später setzte sich die Menge in Gruppen in Richtung Polizeistation in Gang, während einige erboste Menschen Steine auf das Polizei- und Landratsgebäude warfen. Drei Panzer der Polizei und des Militärs eröffneten das Feuer auf die Menge. Zwei Menschen wurden dabei verletzt. Als die gesamte Menge die Polizeistation erreichte, setzten die Polizisten Pfeffergas ein und zerstreuten so die DemonstrantInnen. (…) Zwischen vier und fünf Uhr nachmittags kam der in der Stadt bekannte Agent einer Spezialeinheit, Tanju Çavuş, in einem weißen Tofas Doğan [Automarke], stieg aus und schoss in die Menge, obwohl diese ihm gegenüber keine aggressiven Reaktionen gezeigt hatte. Er verschoss alle seine Kugeln und verletzte fünf Personen. Ali Yilmaz, einer der Verwundeten, erlag später seinen Verletzungen. Tanju Çavuş floh in das Gebäude der Jandarma, nachdem er geschossen hatte."

Seferi Yilmaz
(Inhaber des Umut-Buchladens):

„Wir waren zu dritt und saßen in meiner Buchhandlung. (…) Metin Korkmaz, ein Schuhhändler, und sein Sohn Mehmet Zahir Korkmaz und ich. (…) Als ich losgehen wollte, um Freunde zum Essen einzuladen, sah ich eine Fensterscheibe meines Buchladens zerbrechen. Ich bemerkte eine Handgranate auf dem Fußboden. Verzweifelt warf ich mich aus dem Laden und sah einen Mann in einer gelblichen Jacke weglaufen. Die Granate war noch nicht explodiert, als ich rief: ‚Haltet ihn, er hat die Bombe geworfen!' Dann explodierte sie. (…) Bedri Yalcin hatte Metin Korkmaz, der verletzt war, aus dem Buchladen geholt. (…) 30 bis 40 Minuten später holten Verwandte den Körper von Mehmet Zahir aus dem Laden. (…) Das Militär nahm den bärtigen Attentäter mit. Er hatte die Menge, die ihn festhielt und den Soldaten übergab, zuvor mit der Warnung, eine weitere Bombe zu werfen, bedroht."

(Im Übrigen stimmt seine Aussage mit der o. a. von Muharrem Tekin überein.)



Sicherheitskräfte in Van — Foto: DIHA

Mustafa Cihat Feslihan
(Landrat von Şemdinli):

Auf die Frage nach den Festgenommenen:

„Diese Personen sind nicht meine Angestellten, ich kenne sie nicht und weiß nicht, warum sie sich in dieser Provinz aufhalten."

Auf die Frage nach Tanju Çavuş, der als Sergeant in der Provinz arbeitet, der in die Menge schoss, vier Menschen verletzte und einen ermordete:

„Wir haben keine Informationen über seine Identität; mit diesem Fall ist der Staatsanwalt betraut."

Auf die Frage, ob die Vorfälle eventuell von außer Kontrolle agierenden behördlichen Angestellten initiiert worden seien:

„Unseren Informationen zufolge ist das Attentat der PKK zuzuschreiben."

Harun Ayik
(Staatsanwalt von Şemdinli):

„Das Auto der Attentäter gehört den Jandarma. Die Personen, die das Attentat durchführten, sind Spezialagenten der Jandarma und kamen in Ausübung ihres Dienstes mit einem Auto nach Şemdinli. Wir haben ihre Aussagen noch nicht aufgenommen. Es ist noch nicht sicher, ob die festgenommene Person die Bombe geworfen hat. Es gibt niemanden, der gesehen hat, wer die Bombe geworfen hat. Wir kennen die Identität desjenigen, der für den zweiten Vorfall verantwortlich ist. Die Identität von zweien der drei Attentäter kennen wir noch nicht. Überhaupt ist die Angelegenheit nicht dringend, wir werden uns später damit beschäftigen."

Auf die Frage, warum die Aussage von Tanju Çavuş noch nicht aufgenommen worden sei:

„Wir kennen die Identität dieser Person nicht.”,
und auf unseren Hinweis auf den Widerspruch zu seiner ersten Aussage:
„Das ist die Behauptung der Bevölkerung.”

Kerim Kacar
(einer der Verwundeten des zweiten Anschlags, der in das Krankenhaus von Yüksekova gebracht worden war):

„Ich sah das Fußballspiel zwischen Fenerbace und Schalke 04, als wir in der 36. Minute des Spiels eine fürchterliche Explosion hörten. (...) Als ich über die Straße ging, warf ich einen Blick in einen Militärclub, der ansonsten immer überfüllt ist, besonders wenn es Fußball zu sehen gibt. Aber es war niemand in dem Club. (...) Das hat mich verwundert und ich nehme deshalb an, dass es einen Zusammenhang gibt.“

Zusammenfassende Rückschlüsse

♦ Die Vorfälle am 9. November in Şemdinli: Tote und Verletzte waren Opfer dreier unterschiedlicher Taten; eine Person starb durch das Attentat auf den Buchladen, zwei Personen wurden von der Polizei schwer verletzt, der Spezialagent Tanju Çavuş hat vier Menschen angeschossen und einen Menschen erschossen.

♦ Der Aussage des Staatsanwalts zufolge gehört das Auto mit dem Nummernschild 30 AK 933 der Jandarma; die drei Insassen sind Angehörige der Spezialeinheit JİT der Jandarma [*„Jandarma İstihbarat Teşkilatı”, Nachrichtendienst*].

♦ Trotz der Aussagen mehrerer Augenzeugen, die den Namen, die Adresse und den Rang der Person, die später grundlos in die Menge schoss, angaben, sagte der Staatsanwalt, dass die Person noch nicht identifiziert sei. Unsere Delegation hat die widersprüchlichen Aussagen des Staatsanwalts zur Kenntnis genommen.

♦ Der Staatsanwalt hat noch keine Aussage der Verdächtigen.

♦ Weil die Menschen von Şemdinli ihr Vertrauen in die Autoritäten verloren haben, befinden sie sich in einer Welle der Empörung über die Freilassung der Täter.

Offene Fragen

Diverse Punkte müssen noch aufgeklärt werden, insbesondere, auf welche Weise die JİT in die Vorfälle verwickelt war, warum der Staatsanwalt noch nicht ausreichend tätig geworden ist und inwieweit die Täter in andere Anschläge zuvor verwickelt waren.

♦ In welchem Zusammenhang benutzten die Täter die Pläne und Aufzeichnungen über den Buchladen?

♦ Von wem wurde die Aktion geplant oder war sie willkürlich?

♦ Ist es nur ein Zufall, dass die Pläne des Buchladens in dem gleichen Auto waren, das bei einem vorhergegangenen Bombenanschlag beteiligt gewesen war, bei dem 67 Geschäfte beschädigt wurden? (Das wurde von einem Augenzeugen, der nicht namentlich genannt werden will, beobachtet.)

♦ Warum wurden zwei der drei Attentäter und der Spezialagent, der grundlos in die Menge geschossen hat, noch nicht festgenommen?

♦ Haben die drei Attentäter noch andere Anschläge verübt?

Ergebnis

Unsere Delegation ist als Ergebnis der Untersuchung zu folgenden Überzeugungen gelangt:

1. Alle Informationen, wie die Augenzeugenberichte von Seferi Yilmaz, Muharrem Tekin, Zeydan Özel and Tahir Erbas, (...) führen zu dem Schluss, dass sich der Verdacht der Täterschaft des Anschlags auf den Buchladen auf die drei Mitglieder des JİT beschränkt.

2. Dass sich ein Plan der 67 bei einem vorherigen Anschlag beschädigten Geschäfte im gleichen Auto befand, legt den Verdacht nahe, dass die gleichen Täter auch in diesen Anschlag verwickelt waren.

3. Die gesamten Vorfälle bringen uns zu der Auffassung, dass eine illegale Gruppe innerhalb des Staates weiterhin aktiv ist.

4. JİT-Offiziere benutzen noch immer „Informanten”, die in kriminelle Machenschaften wie derartige Attentate verwickelt sind.

Fazit

Unsere Delegation kommt zu der Erkenntnis, dass während dieses Angriffs auf die Zivilbevölkerung das Recht auf Leben, das Recht auf Unversehrtheit und das Recht auf physische Integrität verletzt wurden.

Darüber hinaus haben die Menschen von Şemdinli ihr Vertrauen in die öffentlichen Autoritäten verloren und befinden sich in einem Zustand der Empörung, weil die Sicherheitskräfte die Verdächtigen bereits kurz nach dem Vorfall wieder freiließen. Um diese Situation zu überwinden und die Sicherheit wieder herzustellen sollten Maßnahmen ergriffen werden.

Deshalb verbinden wir zwei Forderungen mit dem Fazit dieses Berichtes:

♦ Es sollte sofort eine parlamentarische Untersuchungskommission gebildet werden, die den Vorfall untersucht. Ansonsten werden die Tatsachen aufgrund der „Besonderheit” des Falles vertuscht werden.

♦ Da der Staatsanwalt von Şemdinli offensichtlich nicht in der Lage ist, den Fall eigenständig zu lösen, sollte das Justizministerium einen Sonderstaatsanwalt damit beauftragen.

♦ Premierminister, Justizminister, Innenminister und Generalstabschef sollten Erklärungen zu dem Vorfall abgeben, die die Öffentlichkeit davon überzeugen, dass die Vorfälle ernsthaft untersucht werden. ♦

Treffen des türkischen Geheimdienstchefs mit Öcalan

... warum macht man den Weg nicht frei für uns?

Kommentar von Reimar Heider



Abdullah Öcalan Foto: Archiv

Verwundert die Augen gerieben haben dürften sich am Nikolaustag die Leser der auflagenstärksten und einflussreichsten Zeitung der Türkei, Hürriyet. Von der Titelseite blickte sie Abdullah Öcalan an, und die Schlagzeile lautete: „Ich erkenne die Staatsbürgerschaft der Republik Türkei als übergeordnete Identität an.“ Dazu wurde ausführlich aus dem letzten Gespräch Öcalans mit seinen Anwälten zitiert, das nach 6,5-monatiger Kontaktsperre letzte Woche erstmals wieder stattfand. Diese Aussage Öcalans ist an sich weder neu noch sensationell. Denn Öcalans Hauptthese seit 1999 ist die einer „demokratischen Republik“, in der sich verschiedene Gruppen mit ihrer jeweils eigenen kulturellen Identität ausdrücken können sollen. Sensationell ist eher, dass sich in besagter Ausgabe der Hürriyet ganze fünf Artikel mit Öcalan und seinen Thesen befassten, von denen vier eine positive Tendenz hatten und der fünfte die Thesen immerhin ernsthaft und ohne übermäßige Hetze diskutierte.

Die absolute Überraschung jedoch stellte die Kolumne des Chefredakteurs Ertuğrul Özkök dar. Özkök „enthüllte“, dass sich der jetzige Chef des Geheimdienstes MIT, Emre Taner, mit Öcalan getroffen hat. Dieses Treffen auf der Gefängnisinsel Imralı soll „in der Amtszeit seines Vorgängers“ stattgefunden haben, also vor Mitte dieses Jahres, weitere Treffen dann vom Militär unterbunden worden sein. Özkök bewertet sowohl Emre Taner als auch dieses Treffen überaus positiv und schließt mit der Aufforderung, doch solche Treffen in Zukunft verstärkt zu nutzen, da die Regierung selbst ja nicht mit Terroristen verhandeln könne.

Am folgenden Tag durfte nicht einmal der berüchtigte nationalistische Scharfmacher Emin Çölaşan in seiner Kolumne gegen Öcalan oder Taner hetzen, sondern musste über die Entwicklung der türkischen Wirtschaft schreiben. Stattdessen werden in allen Blättern über Öcalans Erklärungen und Thesen diskutiert. Hintergrund dessen sind Erklärungen Ministerpräsident Erdoğans, der bei seinem Besuch in der Aufstandsregion Şemdinli erklärt hatte, die übergeordnete Identität als Bürger der Türkei sei allen gemeinsam, Türken und Kurden. Diese Formulierung entspricht exakt den Thesen Öcalans und bricht mit der rassistischen Auffassung, nach der die Grundlage der Türkei das „Türkentum“ bildet und alle Staatsbürger automatisch Türken sind oder zu sein haben. In Şemdinli war zuvor nach der Enthüllung von Sprengstoffattentaten durch den JITEM, einen mit dem MIT konkurrierenden Geheimdienst, ein Aufstand losgebrochen.

Öcalan hatte in der Vorwoche auf diese Identität seiner und Erdoğans Formulierungen hingewiesen und Erdoğan gelobt: „Wenn man eine Lösung will, warum macht man den Weg nicht frei für uns? Die Erklärungen des Ministerpräsidenten finde ich positiv. Die Begriffe, die er verwendet hat, habe zuvor ich verwendet. Seine Begriffe sind meine Begriffe. Der Ministerpräsident versteht diese Begriffe eigentlich auch, aber die AKP ist weder von ihren Kadern noch von ihrer mentalen Struktur her dafür bereit.

Öcalans Modell eines „demokratischen Konföderalismus“ und einer „demokratischen Republik“ sieht vor, bestehende Grenzen nicht anzutasten, aber alle kulturellen Subidentäten zu respektieren und verfassungsmäßig zu verankern. Im Falle der Türkei soll die Grundlage der Staatsbürgerschaft nicht die Zugehörigkeit zur „türkischen Nation“, sondern zur „Nation Türkei“ sein, der eine kurdische Volkszugehörigkeit nicht widerspreche. Diese Begrifflichkeiten hatte sich Ministerpräsident Erdoğan zu Eigen gemacht und damit gegen den bisherigen kemalistischen Konsens verstoßen. Da Erdoğan aber zu verschieden Anlässen durchaus widersprüchliche Erklärungen abgibt, bleibt offen, ob er nur geschickt taktiert und jedem nach dem Munde redet, oder ob er wirklich ein Konzept zur Lösung der kurdischen Frage besitzt, gar zu indirekten Verhandlungen mit der bewaffneten Opposition bereit ist. Jedenfalls ist eine offene, ernsthafte Debatte über Öcalans Vorschläge und die Frage indirekter Gespräche eröffnet, und zwar mit Billigung von ganz oben. ♦

Anerkennung verschiedener kultureller Identitäten tritt in den Vordergrund

Identitätsdiskussion ist den Kurden ein Begriff

Seyit Evran, ANF im Gespräch mit Atakan Deniz

Die Nachrichtenagentur *Firat News Agency* ANF im Interview mit Atakan Deniz, Mitglied des Exekutivrates des Kongra Gel zur Identitätsdiskussion in der Türkei. Wir geben dieses Gespräch in redaktionell überarbeiteter Fassung wieder.

Reicht die Identitätsdiskussion in der Türkei aus, um kurdische Forderungen zu erfüllen?

Die sich in der Türkei entwickelnde Identitätsdiskussion entsteht aus innerem und äußerem Druck. Ministerpräsident Erdogan steht unter verstärktem Druck im In- und Ausland. Die EU äußert sich nicht ausdrücklich zur kurdischen Frage. Das ist auch den Kurden bewusst. Deshalb wird diese Phase auch als zweites Lausanne bewertet. Die EU hat großen Anteil an den Entwicklungen in der kurdischen Frage. Europa befürwortet eine Nicht-Lösung der kurdischen Frage. Von kurdischer Seite wird dies kritisch betrachtet. Die Kurden empfinden es als ungerecht, dass sie von der EU nicht als Dialogpartner betrachtet werden, obwohl sie den EU-Beitritt stark unterstützt haben. Diese Unterstützung wird jetzt überprüft. Die Ungerechtigkeit schafft Zweifel und Misstrauen. Wenn die EU in ihrem eigenen politischen und gesellschaftlichen Projekt eine willensstarke Haltung zeigen will, muss sie eine Lösung vorantreiben. Die kurdische Seite zweifelt inzwischen daran, ob die EU in ihrem eigenen System über Entschlossenheit und Anspruch verfügt.

Die Türkei befindet sich im Beitrittsprozess zur EU. Dadurch entsteht trotz aller Unzulänglichkeiten von Seiten der EU Druck aus dem Ausland. Weder die USA noch die EU zeigen in der neuen Offensive der Globalisierung eine Lösung der kurdischen Frage auf. Aber Vernichtung und Verleugnung kurdischer Identität können auch nicht wie im 20. Jahrhundert fortgesetzt werden. Auch daraus ist die Identitätsdiskussion entstanden. Aus dieser Diskussion wird sich keine Lösung ergeben, wie Kurden und demokratische Kreise sie fordern. Geklärt wurde damit nur, dass das System des 20. Jahrhunderts nicht fortbestehen kann. Und daraus entsteht der Druck.

Aus der Diskussion zu „Unter- und Überidentitäten“ ergibt sich die Debatte, welchen Stellenwert kulturelle Identität hat und wie ein neues System partizipativer Demokratie aussehen könnte. Die Sozialdemokratie in Europa bewegt sich auf den Bankrott zu. Was wird ihren Platz einnehmen? Sogar die grüne Politik wird nicht über Demokratie geführt, sondern über Macht. Welche Form wird das annehmen? Diese Fragen werden automatisch auch zu Diskussionsthemen in den Beitrittskandidaten-Ländern.

Zweitens besteht natürlich ein interner Druck, aus dem diese Diskussionen entstehen. Die Vorfälle in Şemdinli haben dazu den Anlass gegeben. Anlass sind auch alle anderen antidemokratischen Handlungsweisen des Staates. Die Forderung nach Anerkennung verschiedener kultureller Identitäten tritt in den Vordergrund. Diese Forderung wurde lange Zeit vom Staat ignoriert. Die Kurden bezeichnen dies im klassischen Sinne als Verleugnungs- und Vernichtungspolitik. Aber mit welcher Entschlossenheit diese Politik auch fortgesetzt wird, sie passt nicht ins Leben. Irgendwo kommt es dann zu einer Entladung. Und daraus entsteht Druck. Deutlich wird dabei, dass die AKP-Regierung nicht nach eigenem Belieben verfahren kann. Auch daraus entsteht ein Diskussionsthema. Die Suche nach einer Lösung entwickelt sich. Die Diskussionen werden solange andauern, wie die Regierung oder auch der „Staat im Staat“ auf der Nicht-Anerkennung und Unlösbarkeit der kurdischen Frage beharren.

Handelt es sich dabei lediglich um ein Problem der Regierung? In der Vergangenheit leugnete die Regierungsmacht, während die Opposition eine Frage thematisierte. Heute werden diese Diskussionen von der Regierung eingeleitet. Kann dies als eine staatliche Vorgehensweise betrachtet werden?

Im Moment ist der realistischste Gesprächspartner in der Diskussion die Regierung. In der Türkei ist es zu dem unglücklichen Zustand gekommen, dass es keine Opposition mehr gibt.

Die gesellschaftliche Opposition ist unorganisiert, die klassische politische Opposition konservativ und nicht dazu bereit, den Status des 20. Jahrhunderts zu überwinden. Sehr konkret wird dies bei der CHP [*Republikanische Volkspartei unter Führung von Deniz Baykal*]. Sie setzt auf Nationalismus und hat eine Verteidigungshaltung angenommen, die an Faschismus grenzt. Ihr ideologischer Rahmen entspricht dem des 19. und 20. Jahrhunderts und in der Politik geht es nur um Streitereien von Individuen. Für die Gesellschaft kommt nichts dabei herraus. Eine solche Opposition küm-

mert sich nicht um gesellschaftliche Probleme.

Die AKP kann sich dagegen aufgrund ihrer Position eine solche unverantwortliche Haltung nicht leisten, weil sie wie in der Wirtschaft, in der kurdischen oder der Zypern-Frage direkt konfrontiert wird. In verschiedener Form treten Forderungen gesellschaftlicher Gruppen hervor, wie in der Kopftuch-Frage, der Demokratisierung der Bildung und des YÖK [*Hochschulrat*], der Zivilisierung der Armee usw. Die AKP wird dadurch gezwungen, eine neue Politik zu entwerfen. Oft versucht sie es mit Ignoranz, aber sie wird immer wieder auf die Fragen zurückgeworfen. Wenn sie beispielsweise die kurdische Frage ignoriert, wird sie am nächsten Tag wieder dazu gezwungen, sie zu beachten. Egal wie sich die Regierung verhält, ob sie rechts abbiegt oder links, ob sie Ignoranz zeigt oder Einsehen, die Frage taucht immer wieder auf, weil es sich um eine grundlegende Frage der Gesellschaft handelt. Aber auch alle anderen offenen Fragen lassen sich nicht verschieben, weil sie dringend eine Lösung fordern. Wenn die AKP an der Regierung bleiben will, ist sie gezwungen, Lösungen zu finden. Sie muss der gesellschaftlichen Opposition Beachtung schenken, weil aus der parlamentarischen Opposition nichts kommt.

Und genau das versucht sie zurzeit. Aber es herrscht Verwirrung in der AKP, die auch selbst nicht über demokratische Strukturen verfügt. An einigen Punkten finden praktische Konflikte mit der Armee, der Bürokratie, der Justiz statt. Aber sie ist nicht bereit dazu, sich von der Gesellschaft stärken zu lassen. Deshalb gelingt es ihr trotz der Auseinandersetzung mit den bestehenden Probleme nicht, Lösungen zu produzieren. Bei der Suche nach Lösungen lässt sie die Gesellschaft außen vor. Somit strebt sie auch gar keine wirklichen Lösungen an und deshalb werden diese Diskussionen weiterhin auf der politischen Agenda der Türkei bestehen bleiben. Eine Lösung kann nur unter Einbeziehung der CHP, der Armee, der Bürokratie, des Staatspräsidenten und anderer Kreise gelingen.

Nicht einmal innerhalb der Armee herrscht Einstimmigkeit. Im gesamten Staat herrscht Zersplitterung. Aus diesen Spaltungen entsteht eine unentschlossene Politik. Das zeigt sich daran, dass eine Aussage, die heute gemacht wird, morgen schon wieder zurück genommen wird. Am dritten Tag fängt dann die Diskussion von neuem an. Auf der einen Seite wird über Identität diskutiert, auf der anderen Seite wird jemandem der Prozess gemacht, weil er „Rojbaş" gesagt hat. Die unentschlossene Haltung bei der Beschlussfassung spiegelt sich in der Anwendung wieder.

Der Umstand, dass nach sechs Monaten wieder ein Verteidigergespräch mit Abdullah Öcalan stattgefunden hat, ist interessant. In den Medien sind die von Öcalan hervorgebrachten Stellungnah-

Am 6.12.2005 veröffentlichte die türkischsprachige Tageszeitung Hürriyet erstmals Auszüge aus Gesprächsnotizen Abdullah Öcalans mit seinen AnwältInnen

„Wir wollen nicht die Unabhängigkeit"

Die Staatsbürgerschaft der Republik Türkei ist unsere verfassungsmäßige übergeordnete Identität

„Es ist bekannt, was wir wollen. Wir wollen weder wie in Tschetschenien eine Unabhängigkeit, noch eine Föderation. Ich bin für eine demokratische Lösung im Rahmen der Struktur des unitären Staates. Wenn man eine Lösung will, warum macht man den Weg nicht frei für uns? Mein Lösungsstil ist die Lösung des 21. Jahrhunderts. Ich vertrete die These der demokratischen Republik. Wir diskutieren hier nicht über die Verfassung der Republik Türkei, ihr Parlament und ihre Armee. Wir akzeptieren die Staatsbürgerschaft der Republik Türkei als übergeordnete Identität. Wir wollen, dass die Hindernisse für die kulturellen Subidentitäten aufgehoben werden. Der demokratische Konföderalismus ist keine Staatsstruktur. Er ist die Ausdrucksform von Elementen der Wirtschaft, der Kultur, und des Umweltschutzes, von sozialen und Berufsgruppen. Er bedeutet ihre Organisierung in demokratischer Form."

„Diejenigen, die mich als Kemalisten bezeichnen, besitzen selbst die Mentalität von Hitler und Stalin der 1930er und 40er Jahre. Mustafa Kemal ist ein Phänomen. Ohne Mustafa Kemal zu analysieren, können wir kein Problem in der Türkei lösen. Ich betrachte den Kampf, den Mustafa Kemal in den 1920er Jahren gegen den Imperialismus geführt hat, unabhängig von seiner ethnischen Identität. Es war ein Kampf, der beispielhaft für die Völker der Welt war. Die CHP schrumpft heute, weil Deniz Baykal Mustafa Kemal nicht versteht und nicht richtig interpretiert. Baykal müsste als Oppositionsführer zur Lösung beitragen, aber mit dieser Haltung stellt er ein Hindernis für eine Lösung dar. Man braucht einen „kurdischen" Mustafa Kemal, der in den 2000er Jahren die Rolle spielt, die Mustafa Kemal in den 1920er Jahren gespielt hat. Der Kemalismus bedarf dringend einer Modernisierung."

„In S,emdinli hätte die Bevölkerung sich vergessen und die Institutionen des Staates angreifen können. Doch sie hat sich nicht für Gewalt, sondern für Demokratie entschieden. Sie hat ihre Reaktionen nicht gegen den Staat, sondern gegen die Banden gerichtet, die den Krieg wollen und eine Lösung verhindern. Die Bevölkerung hätte die Bandenmitglieder lynchen können. Das hat sie aber nicht getan, sondern sie hat sie festgesetzt und der Justiz übergeben. So hat sie ihre Reaktionen auf ein demokratisches Niveau begrenzt."

„Die Erklärungen des Ministerpräsidenten finde ich positiv. Die Begriffe, die er verwendet hat, habe zuvor ich verwendet. Seine Begriffe sind meine Begriffe. Der Ministerpräsident versteht diese Begriffe eigentlich auch, aber die AKP ist weder von ihren Kadern noch von ihrer mentalen Struktur her dafür bereit. Auch ihre Klassenstruktur ist dafür nicht geeignet. Es kann sein, dass ihre Kraft für eine Lösung nicht ausreicht."

men originalgetreu wiedergegeben worden [siehe Kasten]. Meine Analyse dazu ist folgende: In der Türkei gibt es Kreise, die denken, dass die USA die Türkei spalten wollen. Wie richtig oder falsch das ist, kann ich nicht sagen. Aber es besteht Unzufriedenheit mit der Politik der USA. Einige behaupten, es sei Teil der US-Politik, einen kurdischen Staat im Süden einzurichten und diesen mit dem Norden zu vereinigen.

Daran stimmt folgendes: Die USA verfolgen eine nationalistische Politik. So wie sie manchmal Völker gegeneinander aufbringen, wollen sie auch die Überwindung des Status Quo in der Region. Sie unterstützen Staatsgründungen nach dem Vorbild Israels im Mittleren Osten. Deshalb betrachten sie die Kurden als ein Objekt. Diejenigen in der Türkei, die unzufrieden mit dieser Politik sind, verspüren deshalb den Bedarf nach moderateren kurdischen Stimmen. Wenn sie sich realistisch verhalten und dies in offener Form tun würden, könnte daraus eine Kraft entstehen.

Beispielsweise könnte auch ein demokratisches Bündnis mit den Kurden diskutiert werden. Aber weil sie das nicht hinkriegen, weisen sie lediglich ängstlich darauf hin, dass die Kurden sich gar nicht abspalten wollen, vielleicht ihre Methoden falsch sind, aber ihre Absicht gut. Ob das ausreichend ist oder nicht, darüber lässt sich streiten. Aber diejenigen, die die Kurden immer am lautstärksten als Terroristen beschimpft haben, verspüren jetzt Bedarf nach gesundem kurdischen Menschenverstand. Es wird teilweise zugegeben, dass nicht alle Methoden der Kurden falsch waren.

Was ist die Meinung der kurdischen Seite in der Identitätsdiskussion? Wie wird darüber diskutiert?

Die Identitätsdiskussion ist den Kurden ein Begriff, der ihnen nicht fremd ist. Diese Diskussion wird in kurdischen Kreisen seit zehn Jahren geführt. Wichtig ist in der Türkei, aus welcher Perspektive dieses stattfindet. Es gibt einen faschistischen Blickwinkel, der bis auf Atatürk zurückgeführt wird. Darin wird die Unteridentität als eine von vielen in der Türkei bezeichnet, die letztlich in der türkischen Identität verschmelzen. Es wird also nicht von der gemeinsamen Herkunft Türkei, sondern von gemeinsamer türkischer Identität gesprochen. Die geographische und kulturelle Beschaffenheit wird dabei missachtet.



Hier beginnt der Widerspruch. Das Beharren auf türkischer Identität für alle Bürger der Türkei ist rassistisch. Die Bildung einer türkischen Nation unter Atatürk in den zwanziger Jahren hatte andere Voraussetzungen. Es bestand der Bedarf nach nationaler Motivation. Atatürk selbst sagt, dass sein Nationalismus nicht auf einer Ethnie aufbaut. Bei der Erschaffung der Überidentität hat Atatürk den Unteridentitäten große Autonomie zugedacht.

Heutzutage diskutiert niemand mehr darüber, dass die Begriffe Nation und Ethnie nur an einen Staat gebunden sind. Jemand, der nach seiner Identität gefragt wird, definiert sich nicht über seine Staatsangehörigkeit, denn dem Staat gegenüber besteht großes Misstrauen. Und selbst wenn die Staatsangehörigkeit gefragt wird, ist der Begriff „türkischer Staat" sehr viel reaktionärer als „Staat Türkei". Kurz gesagt, kann die Bindung der Identität einer Ethnie an einen Staat nicht demokratisch sein.

Die Kurden haben begonnen, über eine demokratische Nationwerdung zu diskutieren. Was kann das sein? Eine Definition von Nation könnte die Nationwerdung der Türkei sein. Aber diese darf nicht auf der staatlichen Nationenbildung aufbauen. Wir sprechen von einer demokratischen Nationenbildung. Dabei soll die Nation auf Demokratie aufbauen. Darüber wird in der Türkei nicht viel diskutiert, aber in kurdischen Kreisen schon. Die Nation soll auf Geographie und Kultur beruhen. Und bei der betreffenden Geographie handelt es sich um Anatolien, Mesopotamien oder ganz allgemein die Türkei. Warum sollte diese auf dem Staat aufbauen? Der Staat ist etwas vorübergehendes. Er kann kleiner werden, sich ändern, noch antidemokratischer werden. Aber die auf Kultur beruhende gesellschaftliche Existenz bleibt.

Wie bewerten Sie in dieser Diskussion die Rolle der Demokratie?

Demokratie bedeutet Selbstregierung der Gesellschaft mit all ihren Unterschiedlichkeiten. Der Begriff „türkischer Staat" führt in der Diskussion zu einem Abrutschen in Rassismus, der immer von Teilen der Gesellschaft abgelehnt werden wird. Die Verbindung zur Vielfältigkeit der Gesellschaft dagegen schafft die Möglichkeit, dass jeder sich darin erkennen kann – und damit handelt es sich um eine demokratische Nation.

Wenn eine Community der Gegend, in der sie lebt, einen eigenen Namen gibt und sich dieser Gegend zugehörig fühlt, entsteht noch keine Spaltung. In der Türkei herrscht eine Hypersensibilität zu diesem Thema. Aber auch diese wird verschwinden. So, wie man heute davon spricht, aus einer bestimmten Stadt zu stammen, wird es auch normal werden, von lasischen oder kurdischen Gebieten zu sprechen.

Seperatismus tritt dort auf, wo die Identitätsdiskussion auf Rassen aufbaut. Von kurdischer Seite ist dieses Diskussionsniveau schon lange verlassen worden. Es wird über Selbstverwaltung der Gesellschaft gesprochen, über Rätebildungen, über Konföderationen. Und der größte Teil davon hat nichts mit Grenzen, dem Staat oder den bekannten Machtstrukturen zu tun. ♦

DTP: Neuer Wind in der kurdischen Politik

Deniz Bahadır stellt uns die Partei für eine demokratische Gesellschaft vor

Die Kurdinnen und Kurden haben in der politischen Arena der Türkei jüngst erneut ihren Platz eingenommen. Die Suche nach einer Neuorientierung, vor allem nach den Wahlen 2004, als sowohl die Zahl der gewonnenen Kommunen als auch das Wahlergebnis im Allgemeinen als unzureichend empfunden worden waren, mündete Ende Oktober in die Deklaration der Partei für eine demokratische Gesellschaft (Demokratik Toplum Partisi, DTP).

Dieses Parteiprojekt, dessen groben Rahmen Abdullah Öcalan abgesteckt hatte, konnte nach einer Vorbereitungsphase von einem Jahr verwirklicht werden. Alle sind äußerst gespannt, inwieweit sich diese Partei, die in ihrem Programm ein breites Aufgabenspektrum formuliert hat – von der Übernahme und Umsetzung der EU-Kriterien bis hin zur Anerkennung der kurdischen Identität –, von den bisherigen kurdischen Parteien, die entweder verboten worden sind oder ihre politische Mission erfüllt haben, unterscheiden wird.

Vor allem Kurdinnen und Kurden erwarten mit Spannung, wie die DTP, die schon jetzt Novitäten zur vorhandenen Parteienlandschaft der Türkei aufweist, diese auch in die Praxis umsetzen wird.

Sie beansprucht, eher europäisch geprägte Methoden anzuwenden, so z. B. das System der Doppelbesetzung der Parteispitze. Somit ist die DTP die erste Partei, die eine solche in Europa eher von den Grünen angewandte Regelung in der Türkei nutzt. Es wird diskutiert, ob dieses System, ohne rechtliche Entsprechung in der Türkei, später der Partei juristische Probleme bereiten könnte. Dennoch ist davon auszugehen, dass Ankara, das mit der EU in Beitrittsverhandlungen eingetreten ist, dieser vorbildlichen Maßnahme nicht im Wege stehen wird. Aber in der Türkei sind die Handlungen der Staatsanwälte nie absehbar. Denn die Gerichtsbarkeit dieses Landes, die zu den konservativsten staatlichen Instanzen zählt, besitzt die Eigenart, sogar den Ministerpräsidenten zu überraschen, wie es beim Verfahren gegen den weltberühmten Schriftsteller Orhan Pamuk der Fall war.

Die Unterschiedlichkeit der DTP bezieht sich nicht nur auf das Modell der Parteiführung. Diese Partei hegt zudem den Anspruch, ihre Frauen- und Jugendorgane in einer für die Türkei einzigartigen Weise in den Entscheidungsprozess einzubeziehen. Deshalb hat sie die Frauen und die Jugend in einer Räten vergleichbaren Form organisiert und zudem ein Programm ausgearbeitet, mit dem diesen Organen autonome Handlungsfreiheit zugesprochen wird.

Die DTP, die programmatisch beansprucht, wie die anderen Parteien die Hauptprobleme der Türkei lösen zu wollen, verlautbarte, dass sie energischer als andere Parteien sensible Themen der Türkei angehen werde. Sie wolle in erster Linie die kurdische Frage lösen und zur Demokratisierung des Landes beitragen, dabei aber die bisherigen kurdischen Parteien übertreffen.

Auch mit der gegenwärtigen Besetzung ihres Vorstands zieht die DPT die Aufmerksamkeit auf sich. Sie hat in ihrem Vorstandsorgan, dem 60-köpfigen Parteirat, alle seit 1990 bis heute in den Vordergrund getretenen politischen Köpfe versammelt. Diese Besetzung, deren Mitglieder unterschiedliche Auffassungen und Vorgehensweisen vertreten, wird großen Einfluss in erster Line auf die breite kurdische Öffentlichkeit und andere Kreise gewinnen, wenn sie ihre Ziele verwirklicht.

Die DTP will genau das schaffen, was die kurdischen Vorgängerparteien nicht verwirklichen konnten. Aus diesem Grunde hat sie eine lange Vorbereitungsphase durchlaufen. Sie wollte die direkte Demokratie schon in der Gründungsphase der Partei umsetzen und ihrem Programm zufolge mehr und mehr institutionalisieren.

Die Zeit wird zeigen, inwieweit dies in einem Land wie der Türkei ohne funktionierende innerparteiliche Demokratie realisiert werden kann.

Es scheint, dass die erst kürzlich offiziell auf die politische Bühne getretene DTP zahlreiche Aufgaben zu bewältigen haben wird. Allen voran muss sie sich, um zu den Wahlen antreten zu können, in den wichtigen Gebieten der Türkei organisiert haben. Wenn es auch den Anschein hat, als würde sie keine außergewöhnlichen Schwierigkeiten haben, in den Provinzen und Kreisstädten ihre Parteigliederungen aufzubauen, so wird wahrscheinlich doch die bürokratische Abwicklung dessen eine Menge Zeit in Anspruch nehmen. Aber es ist zu erwarten, dass sie dieses offizielle Organisierungsproblem in nicht allzu langer Zeit lösen kann. Die eigentliche Aufgabe dieser Partei besteht jedoch in diesen Tagen darin, in der zunehmend aufgeheizten politischen Atmosphäre Einfluss zu gewinnen. Es wäre nicht übertrieben zu behaupten, dass die DTP, die seit dem Beginn der Vorfälle in Şemdinli zu den Parteien gehört, welche die Entwicklungen am aufmerksamsten verfolgen, ihren Anspruch der Lösung in dieser gegenwärtigen Phase unter Beweis stellen könnte. Die Kurdinnen und Kurden verlangen den Beginn eines Lösungsprozesses in der kurdischen Frage, die sich mit den Vorfällen von Şemdinli noch dringlicher bemerkbar gemacht hat, und sprechen hierbei der DTP eine wichtige Mission zu. Wir werden sehen, wie dieser Auftrag, vom Parteivorstand auch regelmäßig zur Sprache gebracht, zu realisieren sein wird. ♦

Von den Lebenden Schutzschilden zu bewaffneten KämpferInnen für den Frieden:

Wir werden unsere Körper dem Frieden opfern

Nuri Firat, Helen Sarya

Kandil (1.12.2005) – Şevket Yıldız und Gülistan Basutçu von der Initiative der „Lebenden Schutzschilde", die sich seit dem 10. August im Hoheitsgebiet der Guerilla aufhalten und am 27. November in einer Erklärung ihren Anschluss an die Guerilla bekannt gaben, sprachen mit der Presseagentur ANF (Ajansa Nûçeyan Firatê).

ANF: Seit dem 10. August befindet ihr euch in den von den HPG (Volksverteidigungskräften) kontrollierten Gebieten. Ihr habt viele Aktionen durchgeführt und im Irak und in Südkurdistan Gespräche geführt. Nun seid ihr seit fünf Monaten hier. Könnt ihr eure Aktivitäten bis zum jetzigen Stand zusammenfassen?

Şevket Yıldız: Um unsere Ziele zu erläutern, ist es notwendig, zeitlich etwas zurückzugehen. Die Gründe für unsere Entstehung sind mit der Entwicklung des demokratischen Kampfes verbunden. Heute arbeiten viele unserer FreundInnen, die an den Aktionen teilgenommen haben, in verschiedenen Institutionen oder besuchen die Universität. Es handelt sich hierbei um FreundInnen, die durch den Kampf der KurdInnen der letzten fünf bis sechs Jahre beeinflusst wurden und deshalb in den Einrichtungen zu arbeiten begannen. Um das zu verstehen, müssen wir den 1999 eingeleiteten Prozess begreifen. Unser Kampf begann 1999 in der Türkei. 1999 war das Jahr, in dem unsere Führungskraft Abdullah Öcalan in die Türkei entführt wurde und die kurdische Jugend ihre heftigen Reaktionen auf die Straße trug. Die Aktionen von 1999 waren von großer Tragweite, die kurdische Jugend vermittelte sowohl dem Staat als auch der eigenen Öffentlichkeit Botschaften von immenser Bedeutung. Sie waren eine Antwort auf die seit Jahrzehnten praktizierte Politik der Liquidation, Vernichtung und Leugnung. Die ganze kurdische Jugend ging zu einem umfassenden Widerstand über. Ankara wurde bedeutet, dass bei Nichterfüllung der Forderungen der KurdInnen das Land in chaotische Zustände fallen könnte. Dies deutete sich auch langsam schon in den Metropolen an. Besonders nach dem Aufruf der Führung begann die kurdische Jugend, ihre Bewegung in jeder Hinsicht demokratischer und organisierter zu gestalten, und zeigte sich in den folgenden Jahren mehr und mehr in der Gesellschaft. Die kurdischen Jugendlichen starteten an den Universitäten die Muttersprachenkampagne, womit die 80-jährige Leugnungs- und Assimilationspolitik ganz offen in Frage gestellt wurde. Mit großem Elan wurden unter den Studierenden 30 000 Unterschriften gesammelt. Anschließend begann die „Bewegung des freien Bürgers". Unter dem Motto „Ich akzeptiere Abdullah Öcalan als meine Führungskraft" wurden 300 000 Unterschriften zusammengetragen. Dabei spielte die kurdische Jugend eine vorantreibende Rolle. Wiederum manifestierten kurdische Jugendliche in verschiedenster Form ihren Protest gegen die Isolation des Vorsitzenden. Infolge der alle Lebensbereiche berührenden Aktionen wurden 400 bis 500 Jugendliche verhaftet. Insgesamt bildeten die genannten Aktivitäten aus Sicht der kurdischen Jugendlichen einen einheitlichen Prozess und förderten in qualitativer und in quantitativer Hinsicht kontinuierlich die Organisierung.

Ihr habt die verschiedenen legitimen Aktivitäten der kurdischen Jugendlichen erwähnt und dass äußerst beharrlich versucht wird, diese in legalem Rahmen durchzuführen. Warum habt ihr euch entschieden, hier zu bleiben und nicht in die Türkei zurückzukehren?

Şevket Yıldız: Wir sind in eine neue Phase eingetreten. Wir hatten eine Periode der Reflexion und auf dieser Grundlage entstanden alle Aktivitäten. Mit großer Ausdauer blieb die kurdische Jugend auf der legalen Ebene und setzte verschiedene Aktivitäten durch, die jedoch vom Staat sehr hart beantwortet wurden. Die Forderungen der kurdischen Jugendlichen und aller KurdInnen z. B. im Rahmen der Muttersprachenkampagne wurden kategorisch abgelehnt. Unsere Führung Öcalan genießt die größte Sensibilität von Seiten der kurdischen Bevölkerung. Seine Vorschläge zur Einleitung eines Lösungsprozesses wurden unbeantwortet gelassen. Eine Friedenshand blieb beharrlich ausgestreckt, stattdessen nahm das Maß der staatlichen Gewalt zu. Doch wichen die kurdischen Jugendlichen nicht von ihrer Linie ab.

Wenn wir auf die letzten fünf, sechs Jahre zurückblicken, stellen wir fest, dass von allen dargebotenen Gelegenheiten zum Frieden und zu einer demokratischen Lösung in keinster Weise Gebrauch gemacht wurde, vielmehr die einzige Antwort in militärischen Operationen – insgesamt 700 – bestand, wobei Dutzende Guerillas ihr Leben ließen.

Danach begann eine neue Phase und wir als kurdische Jugendliche mussten entsprechend handeln. Unsere neue Haltung musste radikaler und erschütternder sein, unsere Forderungen mussten klarer gestellt werden. Unser Aufenthalt hier entspricht in gewisser Weise dieser neuen Haltung.

Gülistan Basutçu: Diese Aktion zielt darauf ab, einen Beitrag zur Beendigung des schmutzigen Krieges in Kurdistan und zur Lösung der kurdischen Frage mit demokratischen Mitteln zu leisten. Sowohl Soldaten als auch Guerillas sollen nicht sterben. Als Initiative *„Lebende Schutzschilde"* machten wir uns am 1. September 2004 von Diyarbakır nach Botan auf und stellten ab diesem Zeitpunkt unsere Forderungen. Danach organisierten wir einen Marsch von Istanbul nach Eruh. Doch blieben alle unsere Forderungen unbeantwortet. Jedes Mal wurden wir festgenommen, geschlagen, verhaftet. Dabei wollten wir doch nicht, dass Soldaten und Guerillas sterben. Beispielsweise sind uns viele Soldaten der unteren Ränge gefühlvoll begegnet; als wir dann geschlagen wurden, hatten diese Soldaten Tränen in den Augen. Die höheren Ränge haben uns dagegen hart behandelt. Wir konnten erkennen, dass einige wirklich nicht wollen, dass Soldaten sterben. Dagegen haben wir auch gekämpft.

Wir haben als kurdische Jugendliche ständig unser Leben an die vorderste Front gestellt. Für diejenigen, die wir lieben und die ein wirkliches Verantwortungsgefühl für unsere Zukunft in sich tragen und große menschliche Gefühle aufweisen, setzten wir unser Leben ein. Doch wurden wir jedes Mal mit Gewalt konfrontiert. Aus diesem Grund sagen wir, dass diese Aktionen kaum etwas erreicht haben. Für einen demokratischen Kampf wurde uns in der Türkei kein Raum mehr gelassen. Deshalb entschieden wir uns, unseren Kampf auf den Bergen der Freiheit weiterzuführen. Wir wollten zu einem Ort, wo wir unseren Kampf mit demokratischen und legitimen Mitteln weiterführen können. Hier haben sich die von den HPG kontrollierten Medya-Verteidigungsgebiete als beste Gelegenheit angeboten. Hinzu kommt, dass uns jede Hilfe zur Verfügung gestellt wurde, und die Guerillas nahmen sich unserer Tat an. Wir haben in gewisser Weise gesehen, dass wir auf der Seite derjenigen sind, die Recht haben.



Lebende Schutzschilde in Şirnak — Foto: DIHA

Was meint ihr mit der Seite der Recht Habenden? Sagt ihr das, weil euch von dieser Seite entgegengekommen wurde?

Gülistan Basutçu: Damit meinen wir, dass wir sehen, wie diese Seite einen gerechten und legitimen Kampf führt. Die Guerilla hat zum Beispiel kein zwölfjähriges Kind oder wehrlose ZivilistInnen getötet, Jugendliche mit Schlagstöcken geschlagen, dafür übergab sie den Soldaten Coşkun Kırandi seiner Familie. Dies alles zeigt, dass wir uns auf der gerechteren und demokratischen Seite befinden. Die Armeekräfte hingegen zeigen keinen Respekt gegenüber den Leichnamen von Guerillas, die Menschenwürde und das Kriegsrecht werden offensichtlich verletzt und die Leichen zerstückelt. Weiterhin sahen wir zuletzt in Şemdinli, Yüksekova und Hakkari, dass Zivilisten erschossen und ihre demokratischen Rechte aufgehoben wurden.

Seit wir uns in den Bergen befinden, behandeln uns die Verantwortlichen der KKK (*Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan*) mit Respekt, bringen uns Verständnis entgegen und stellen uns alle Möglichkeiten zur Verfügung. Sie sind immer auf unsere Aufrufe eingegangen. Eine wichtige Antwort der KKK auf unsere Aktionen war der einseitige Waffenstillstand vom 20. August bis zum 3. Oktober, ein bemerkenswerter Ausdruck der Ernsthaftigkeit der KKK für den Frieden. Trotz des Beginns der EU-Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober setzte die Türkei alle Angriffe und militärischen Operationen fort. Şemdinli und Yüksekova sind passende Beispiele für die Handlungsweise. Wir sind wieder in den 90er Jahren angelangt. Der JITEM [*Gendarmeriegeheimdienst: „Jandarma Istihbarat ve Terörle Mücadele Örgütü"*] existiert nach wie vor, das Dorfschützersystem auch. Verantwortlich dafür ist der Staat, er befürwortet den Krieg.

Die uns von der KKK zur Verfügung gestellten Möglichkeiten und die Art des Empfangs überraschten uns, denn in der Türkei haben wir nie solche demokratischen Möglichkeiten und Mittel erfahren. Doch das staatliche Verhalten demgegenüber war nie positiv.

Şevket Yıldız: Der Grund für uns, in die Berge zu kommen, war die Berechtigung des demokratischen friedlichen Kampfes der KurdInnen. Die haben sie ausreichend bewiesen. Ein Ergebnis dessen ist die Tatsache, dass wir uns auf der richtigen Seite befinden. Der Staat hat dagegen immer die kurdische Frage geleugnet und von der Terrorismusfrage gesprochen. Leugnung und Zerstörung gehörten immer zur Politik des Staates.

Der Waffenstillstand der KKK wurde mit Krieg beantwortet. Erdogan stand nicht hinter seinen Worten. Friedliche Lösungsmöglichkeiten wurden immer abgewiesen. So war zu sehen, wer Recht hat und wer nicht. Şemdinli und Yüksekova sind ausgezeichnete Maßstäbe dafür zu erkennen, wer terroristisch handelt. Das wichtigste Ergebnis unserer Aktion ist Folgendes: Am Anfang hatten wir erklärt, dass wir gegenüber jeder Art von Unterdrückung darauf bestehen, unseren Kampf fortzuführen. Unsere Beharrlichkeit und die wachsende Zahl der an unseren Aktionen Teilnehmenden beweisen, dass wir richtig handeln. Anstatt des staatlichen Entgegenkommens ist unser beständiger Kampf von größerer Bedeutung.

In letzter Zeit gab es wieder Tote beim Bombenattentat in Şemdinli und den darauf folgenden Ereignissen, die Unterdrückung der Bevölkerung hat zugenommen und in der Öffentlichkeit ist wieder die Rede von den „dunklen Kräften" des Staates gegen die KurdInnen. Wie seht ihr diese Entwicklung?

Şevket Yıldız: Was sich in Şemdinli, Yüksekova und Hakkari zeigte, waren die Fratze des Staates und dessen Unterdrückungsmaschinerie gegen die kurdische Bevölkerung. Es war der Hass des Staates auf die demokratische Reaktion der KurdInnen. In Şemdinli kamen wieder der staatliche Dreck und Organisationen wie der JITEM zum Vorschein. Auch wurde nochmals klar, wer hinter dem in der Vergangenheit und heute geführten Krieg und seinen Verbrechen steckt: der Staat. Die Bevölkerung von Şemdinli hat ehrenhaft Widerstand geleistet. Ihre Aktionen offenbarten auch, dass die Forderungen nach Frieden und Freiheit nicht unterdrückt werden können. Die Versuche des Staates, dies mit Massakern niederzuwerfen, sind inakzeptabel. Die KurdInnen werden terrorisiert. Natürlich muss sich überall Protest dagegen formieren. In gewisser Weise ist die Teilnahme an unsere Aktionen in den Bergen die passendste Antwort.

Gülistan Basutçu: Şemdinli und die Folgeereignisse sind ein klarer Beweis für die andauernden staatlichen Massaker an den KurdInnen. Dies darf in keinster Weise akzeptiert werden. Den kurdischen Jugendlichen wird nicht erlaubt, ihren demokratischen Protest zum Ausdruck zu bringen. Das ist ein bedeutsames Ergebnis dieser Ereignisse. Wir hatten schon zu Beginn erklärt, dass im Falle einer kategorischen ablehnenden Haltung unsere Adresse die Berge sind. Schließlich trat das auch ein. So kann zum Beispiel die Ermordung von Atilla Geçmiş durch die Polizei am Tag seines Aufbruchs aus Istanbul verstanden werden, dass der Staat uns nur den Weg in die Berge weist. Atilla wurde enormem Druck ausgesetzt, er wollte zu uns in die Berge kommen. Das Gleiche passierte auch in Şemdinli, Yüksekova und Hakkari, wo kurdische Jugendliche erschossen wurden. Die Geschehnisse um Şemdinli stellen klar, dass die einzige Ausdrucksmöglichkeit für kurdische Jugendliche der Weg in die Berge ist und die Begleitung auf unserem ehrenvollen Weg, wie es auch Atilla vorhatte. Wir wollen weder sterben noch töten. Gerade deshalb rufen wir die Jugendlichen in die Freiheitsberge. Nach den Ereignissen in Şemdinli und Yüksekova rufen viele zu Ruhe und Besonnenheit auf, doch ist die Geduld der kurdischen Jugendlichen am Ende. Alle sollen überall protestieren können, niemand soll die KurdInnen zur Entspannung auffordern. Der Staat soll vielmehr seiner eigentlichen Verpflichtung nachkommen. Solange er dies nicht macht, sollen die kurdischen Jugendlichen in die Berge kommen und sich uns anschließen.

Wir werden alles für den Frieden tun

Eine fundamentale Forderung eurer Aktionen war die Aufhebung der Isolation von Abdullah Öcalan. Diese dauert schon Monate an. Was habt ihr dazu zu sagen?

Gülistan Basutçu: Eine Hauptforderung unserer Aktionen war die Aufhebung der Isolation unserer Führungsperson. Die einzige Repräsentationsfigur für den Friedensprozess der letzten fünf, sechs Jahre ist unsere Führungskraft Abdullah Öcalan. Er lehrte uns den Friedenskampf. Genauso ist Öcalan die einzige Ansprechperson für die demokratisch-friedliche Lösung der kurdischen Frage. Seit Monaten erfahren wir nichts von unserer Führung und wissen nicht einmal, wie es um seine Gesundheit bestellt ist. Die Fortsetzung der Isolation bedeutet die Fortführung der Leugnung der kurdischen Frage. Solange die Isolation anhält, werden wir wie überall unseren Protest weiterführen. Unser Leben werden wir für Öcalan hingeben. Es ist die Aufgabe aller KurdInnen, sich seiner anzunehmen, denn er ist praktisch unsere Existenzberechtigung. Wir sind bereit, aus unseren Körpern lebende Schutzschilde zu machen.

Şevket Yıldız: Die Isolation Abdullah Öcalans ist nichts anderes als ein Zerstörungskonzept mit dem Ziel, seine Rolle in der kurdischen Frage zu beenden. Den KurdInnen wird ein umfassender Krieg aufgezwungen. Bei genauerer Betrachtung der Ereignisse um Şemdinli wird die Herangehensweise des Staates an die kurdische Frage deutlich. Dabei geht es ihm in erster Linie um die Vernichtung unserer Führung. Alle Aktivitäten für Abdullah Öcalan werden mit Gewalt beantwortet. Das ist unter keinen Umständen akzeptabel, die Aktionen müssen weitergehen. Mit einem Referendum werden sich die KurdInnen hinter ihn stellen. Wir haben uns auch daran beteiligt, mit unseren Körpern. Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, in die Berge zu kommen. Die Öffentlichkeit muss aufmerksamer sein. Die KurdInnen werden zur Entspannung aufgefordert, doch stattdessen muss der Staat bedrängt werden, die Isolation aufzuheben, die Operationen und die Massaker an den KurdInnen zu beenden.

Ihr habt euch auch mit internationalen Organisationen, Einzelpersonen und politischen Kreisen getroffen. Was waren die Ergebnisse für eure Aktionen?

Şevket Yıldız: Nachdem wir hier angekommen waren, haben wir an eine Reihe von Institutionen Dossiers und Briefe mit unseren Forderungen gerichtet und mit mehreren von ihnen in Europa und auch im Irak Gespräche geführt. Dabei handelte es sich um politische Parteien, Ministerien, Abgeordnete und NGOs. Wir teilten ihnen mit, dass wir unsere Bewegung als Teil der Friedensbewegung verstehen. Die Gespräche sind mit teilweise guten Ergebnissen durchgeführt worden. In verschiedenen Ländern gab es Berichte in den Medien. Wir sind überzeugt davon, dass auch dort unsere Aktionen Widerhall gefunden haben.



Lebende Schutzschilde aus Batman Foto: DIHA

Der Öffentlichkeit habt ihr eure Zahl zunächst mit 222, dann mit 377 beziffert. Hat sich diese Zahl weiter erhöht? Wie bewertet ihr die neuerliche Teilnahme?

Şevket Yıldız: Als wir ankamen, betrug unsere Zahl zunächst 222. Doch die Legitimität unserer Bewegung, die positiven Reaktionen in der Öffentlichkeit und auch der staatliche Druck haben die Zahl der teilnehmenden kurdischen Jugendlichen anwachsen lassen. Unsere Aktionsform war für viele Menschen, die sich in der Türkei nicht artikulieren konnten, etwas Neues, was ihnen gelegen kam. Zuletzt betrug die Anzahl 527 und bald werden wir auch weitere Beteiligungen mitteilen. Diese Zahl ist nicht unwichtig, sie wird für unsere Bewegung von Bedeutung sein. Wir möchten an dieser Stelle noch einmal erwähnen, dass eine Beteiligung an unserer Bewegung neue Ausdrucksformen mit sich bringen wird. Dafür, dass die Geduld der kurdischen Jugendlichen sich ihrem Ende zuneigt und die Wut steigt, bieten sich die Berge als Möglichkeit mehr denn je an.

Gülistan Basutçu: Unsere Bewegung ist sehr verschiedenartig und bunt zusammengesetzt. Studierende, Soldaten, die ihren Wehrdienst verlassen haben, NGO-AktivistInnen, Jugendliche aus politischen Parteien, LehrerInnen, ArbeiterInnen und viele andere haben sich uns angeschlossen. Z. B. haben wir einen Studierenden, der bei den türkeiweiten Aufnahmeprüfungen zur Universität den 14. Platz belegte, oder jemanden, der nach neun Monaten Wehrdienst hierher kam. Die sich uns angeschlossen haben, vertreten einen wichtigen Teil der Gesellschaft. Die Studierenden bzw. die intellektuelle Jugend bilden die Hauptgruppe. Kurz vor meiner Beteiligung nahm ich selbst an den Aufnahmeprüfungen zur Universität teil und erfuhr später, dass ich auch einen Studienplatz habe. Soldaten schlossen sich uns an, nachdem sie das wahre Gesicht der türkischen Armee gesehen und erkannt haben, dass wir im Recht sind. Die Zahl derjenigen aus der Armee nimmt ständig zu. Allen voran rufen wir kurdische Jugendliche auf, die Armee zu verlassen und sich uns anzuschließen. Das alles sind beachtliche Maßstäbe für die Qualität und das Bewusstseinsniveau unserer Aktionen. Alle sind gekommen, um einen Kampf für den Frieden auszutragen. Es muss gesehen werden, dass die Berge die Adresse der sich ständig vermehrenden kurdischen Jugendlichen, die voller Hass und Wut sind, ist.

Wie lange wird eure Bewegung auf diese Weise funktionieren und wie wird sie enden?

Şevket Yıldız: Als wir hierher kamen, hatten wir ganz konkrete Forderungen: Aufhebung der Isolation unserer Führungspersönlichkeit, beidseitiger Waffenstillstand für die demokratisch-friedliche Lösung der kurdischen Frage, Ende der Unterdrückung der Bevölkerung, das waren die wichtigsten Forderungen. Doch verhielt sich der türkische Staat wie immer. Die KKK hat uns mit einseitigem Waffenstillstand (Beendigung der militärischen Aktionen) und friedlicher Haltung geantwortet. Doch das war nicht ausreichend. Entscheidend war das Verhalten des Staates, d. h. auf die Militäroperationen und die Isolation hätte verzichtet werden müssen. Stattdessen hat der Staat, analog zu den Ereignissen von Şemdinli, seine Operationen ausgeweitet und ein kriegerisches und terroristisches Verhalten gezeigt. Er versuchte Massaker an der Bevölkerung. All dies beobachten wir genauestens.

Gülistan Basutçu: Für unseren Friedenskampf sind wir bereit, wenn notwendig, unser Leben zu geben. Wir wissen, dass dieser Prozess nicht einfach sein wird. Wir rufen wiederum die Jugendlichen auf, sich uns hier in den Bergen anzuschließen. In den Bergen haben wir klar gesehen, wie sehr die kurdische Freiheitsbewegung im Recht ist. Gegen die Unterdrückung und die Massaker des Staates kommen immer mehr Jugendliche um teilzunehmen. Dies lässt deutlich werden, dass wir uns auf der richtigen Seite befinden. Unsere Forderungen haben wir gestellt. Wir kündigen an, dass, wenn diese nicht erfüllt werden und die Unterdrückung des Staates zunimmt, wir auch dafür aktiv am bewaffneten Kampf teilnehmen werden. Was immer es auch von uns abverlangt, wir sind in der Verfassung, unseren Kampf zu führen. ♦

Zweiter EU-Fortschrittsbericht zum Beitritt der Türkei

Viele Details – wenig Perspektive

Dr. Elmar Millich

Als am 9. November die EU-Kommission ihren zweiten Fortschrittsbericht bezüglich des EU-Beitritts der Türkei und Kroatien vorlegte, war die wichtigste Entscheidung schon gefallen. Anfang Oktober hatten die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei – nach einem langen durch Vorbehalte Österreichs verursachten Nervenkrieg – bereits begonnen. Entsprechend gering war diesmal auch das Medienecho im Vergleich zum letztem Jahr, als der entsprechende Fortschrittsbericht die Grundlage liefern sollte, ob Beitrittsverhandlungen überhaupt angestrebt werden.

Als Quintessenz liefert der neue Bericht der EU-Kommission, dass der Transformationsprozess in der Türkei weiter voran schreitet, wenn auch langsamer als vor einem Jahr. Insbesondere werden die zahlreich durchgeführten Gesetzesreformen hervorgehoben.

Auf zwanzig Seiten beschäftigt sich der Report mit dem Thema Menschenrechte und dem Schutz von Minderheiten. In diesem Bereich werden die teils gegenläufigen Entwicklungen sehr umfassend und detailliert bis zur Darstellung von Einzelfällen geschildert. Als wesentliche Zusammenfassung liefert die Kommission, dass der gesetzliche Rahmen zum Kampf gegen Folter und Misshandlungen zwar etabliert wurde, Folter aber nach wie vor existiert und die entsprechende Strafverfolgung der Täter verstärkt werden müsse. Auch werden immer noch Personen unter Anklage gestellt, die von ihrem Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit Gebrauch machen. Falls die strenge Auslegung der neuen diesbezüglichen Gesetzesvorschriften durch die Gerichte anhält, wird empfohlen, diese noch einmal zu ändern.

Bezüglich der Minderheitenrechte stellt der Bericht fest, dass es nach wie vor zu gravierenden Einschränkungen bezüglich der Benutzung der kurdischen Sprache kommt. Generell wird die soziale und ökonomische Situation im „Südwesten“ (Kurdistan) als unverändert schlecht beschrieben und auch an der Situation der aus ihren Dörfern vertriebenen Menschen hat sich nichts verbessert.

Der aktuelle EU-Fortschrittsbericht gibt eine detaillierte und realistische Schilderung der Situation in der Türkei, vermeidet aber gänzlich die Frage nach den Ursachen. Ausnahmslos alle geschilderten Einzelfälle bezüglich Folter, extralegaler Hinrichtungen, Verstöße gegen die Presse- und Meinungsfreiheit, Repressionen gegen Parteien und Vereine betreffen die kurdische Frage. Diesen politischen Rahmen blendet der Bericht aber vollständig aus. Entsprechend groß war die Enttäuschung bei den KurdInnen, die sich erhofft hatten, dass die türkische Regierung zu einem Dialog mit der kurdischen Seite aufgefordert werden würde oder zumindest die kurdische Frage als grundlegende Ursache der Menschenrechtssituation explizit im Vordergrund stünde.

Es ist sicherlich bedauerlich, dass die EU-Kommission hier klarere Worte vermieden hat. Nach ihrem eigenen Selbstverständnis sieht die Kommission ihre Aufgabe im Bezug auf den Beitrittsprozess jedoch eher darin, in den Fortschrittsberichten die Entwicklungen darzustellen, um Entscheidungsgrundlagen zu liefern. Politische Initiativen anzustoßen, ist in der Machtverteilung innerhalb der EU dem Rat der Regierungschefs vorbehalten. Die sind nun am Zug, die kurdische Frage gegenüber der Türkei endlich konstruktiv anzusprechen. ♦







Versuch einer Demonstration der LehrerInnengewerkschaft Eğitim Sen in Ankara, 26. Oktober 2005 Foto: DIHA

Innerstaatliche Flucht und Vertreibung als großes gesellschaftliches Problem

In Hakkari herrschen Anspannung und Angst

Neşe Düzel

In der Türkei werden, aus welchem Grund auch immer, einige ernste und grundsätzliche Themen nur unzureichend diskutiert. Das Problem der erzwungenen Migration, die das Leben im Land aktuell beeinflusst und in Zukunft vielleicht eine erhebliche Gefahr darstellen mag, wird kaum erwähnt. Als Resultat dieser Binnenmigration wurden nahezu eine Million Menschen aus ihren Wohnorten vertrieben. Darüber hinaus nehmen die Reaktionen in der Gesellschaft gegen diese Menschen in den Landkreisen und Städten Besorgnis erregende Dimensionen an. Während die städtische Infrastruktur – auf solch starke Zuwanderung nicht vorbereitet – zusammenbrach, nahm auch das Ausmaß der Straftaten, der Arbeitslosigkeit, der Bettelei, der psychischen Krankheiten und der Diebstähle enorm zu. Weil Erwachsene nicht dazu in der Lage sind, sich in das städtische Leben zu integrieren, müssen die Kinder für ihre Familien sorgen. Dies lässt einige Kinder einerseits Straftaten begehen, andererseits werden sie in Werkstätten wie Arbeitssklaven gehalten. Die TESEV (Stiftung für Wirtschafts- und Sozialstudien Türkei) hat mit ihrem Bericht über die Zwangsmigration das Elend einer Million Menschen, die ihrem Dorfleben entfremdet wurden und sich dem Leben in der Stadt nicht anpassen konnten, wie auch die Erschütterungen, die das Leben aller in der Türkei dadurch erfahren hat, sowie die Reaktion des Staates, auf die politische Tagesordnung gesetzt. Ein fünfköpfiges Team – Psychiater, Politikwissenschaftler, Juristin, Bevölkerungsforscher und Soziologe – führte zusammen mit AssistentInnen ein Jahr lang Studien auf diesem Gebiet durch. Die Gruppe, von der vier Mitglieder Dozenten an Hochschulen sind, arbeitete in Diyarbakir, Batman, Hakkari und Istanbul.

Wir sprachen mit der stellvertretenden Dozentin Deniz Yükseker vom Fachbereich Soziologie an der Istanbuler Koc-Universität und Dr. Dilek Kurban, Rechtswesen.

Tayyip Erdogan erklärte in Diyarbakir, die kurdische Frage würde mit mehr Demokratie gelöst werden. Aber genau wie sonst wurde kein Schritt getan. Auf die Versprechungen folgten keine Taten. Die Frage der Rückkehr in die Dörfer, die einen zentralen Punkt der kurdischen Frage ausmacht, findet keine Beachtung. Wie viele Menschen haben in zwanzig Jahren ihre Dörfer verlassen und sind in die Stadt gezogen?

Yükseker: Der Staat erklärt, dass 355 000 Menschen weggezogen seien, weil ihre Dörfer geräumt wurden. Menschenrechtsvereine und zivilgesellschaftliche Organisationen jedoch sagen, dass diese Zahl nicht stimmt. Es ist sicher, dass die vom Staat genannte Zahl zu niedrig ist, denn er zählt nur die von ihm selbst komplett geleerten Dörfer. Diejenigen, die aus Sorge um die eigene Sicherheit ihre Dörfer verlassen mussten, werden nicht hinzugezählt. NGOs stellen zu Recht fest, dass es sich bei allen, die aufgrund der bewaffneten Konflikte ihren Lebensraum verlassen mussten, um zwangsweise MigrantInnen handelt. Ich denke, dass eine Million Menschen davon betroffen sind.

Wohin sind die Menschen gegangen, die ihre Dörfer verlassen mussten?

Yükseker: Meist sind die Menschen aus dem Südosten in das Mittelmeergebiet gezogen. Also Mersin, Adana, Antalya, viele auch nach Istanbul und Izmir. Aber nicht alle haben die Region verlassen. Manche gingen in die Stadt- und Landkreiszentren. In dem Gebiet sind Diyarbakir, Batman und Hakkari die Städte mit den meisten Binnenflüchtlingen.

Wie leben die BinnenmigrantInnen in den Städten?

Kurban: Niemand von ihnen hat ein regelmäßiges Einkommen oder eine regelmäßige Arbeit. Die Männer gehen als Saisonarbeiter nach Mersin, Adana und ans Schwarze Meer. Die Töchter werden im Sommer nach Istanbul in Konfektionsateliers geschickt. Oft sorgen die Kinder für ihre Familien.

Yükseker: Diese Menschen machen in den Städten die unqualifiziertesten Arbeiten, wie beispielsweise Bauarbeiten oder Straßenhandel. Frauen arbeiten in Istanbul in Nähereien ohne Versicherung. Das größte Problem der Binnenmigration ist, dass so Kinderarbeit geschaffen worden ist. Denn erwachsene Männer, die keinen Beruf erlernt haben, finden außer in der Landwirtschaft keine Arbeit.

Welche Arbeiten machen denn die Kinder?

Yükseker: Manche arbeiten auf der Straße. Die Gesellschaft sieht nur dieje-

nigen auf der Straße. Die Medien nennen sie „Straßenkinder". Die meisten von ihnen leben mit ihren Familien zusammen und arbeiten, um dem Familieneinkommen etwas beizusteuern. Ein Teil von ihnen schließt sich den Straßenkindern an, die Straftaten begehen. Denn diese Kinder sind auf der Straße allen möglichen Gefahren ausgesetzt, von sexueller Ausbeutung über Drogenabhängigkeit bis zu Diebstahl. Die Kinderarbeitskraft wird von den Frauen innerhalb der Familien organisiert: „Verkauf heute Taschentücher, geh Schuhe putzen." Kinder, die auf der Straße arbeiten, stellen nur die Spitze des Eisbergs dar. Wahrscheinlich arbeiten genauso viele illegal in Werkstätten.

Ugur Dündar hat in der Fernsehsendung „Arena" unter dem Titel „Kindersklaven" das elende Leben von KinderarbeiterInnen in Fabriken gezeigt. Können dies die Kinder der von Ihnen dargestellten Binnenmigrationsopfer gewesen sein?

Yükseker: Mit großer Wahrscheinlichkeit sind ein Teil von ihnen Kinder von Migrationsopfern. Denn manche der Kinder haben erwähnt, dass sie aus Van oder aus Hozat kommen. Hozat ist neben Ovacik die Kreisstadt in der Provinz Tunceli, in der die meisten Dörfer geräumt und somit die Menschen zur Flucht gezwungen wurden. Wenn wir nun zu Van kommen: Manche Familien, die aus den Dörfern von Hakkari geflüchtet sind, haben sich in Van niedergelassen und schicken ihre Kinder im Sommer zum Arbeiten nach Ankara und Istanbul um durchzukommen. Beispielsweise kommt nach einer Untersuchung von Betül Altintas [Sozialwissenschaftlerin, Buchautorin über Kinderarbeit in Ankara] ein Großteil der Kinder, die in Ankara Müll aufsammeln, aus den von Sicherheitskräften geräumten Dörfern in Hakkari.

Wie sehen die Lebensbedingungen von Binnenflüchtlingen aus?

Yükseker: Am schwierigsten ist die Lage von MigrantInnen, die in den alten Stadtteilen von Istanbul wie Tarlabasi und Balat leben. Es sind schlimme Orte. Denn die Arbeitsmöglichkeiten für die Erwachsenen sind extrem schlecht. Es sind eher die Kinder, die arbeiten. Familien, die sich am Rande der Stadt im Industriegebiet niedergelassen haben, lassen viele Familienmitglieder illegal in Werkstätten arbeiten und versuchen so, ihr Leben in der Stadt fortzuführen.

Kurban: Es ist nicht möglich nachzuvollziehen, wie die Opfer von Binnenmigration leben. Man ist auch am Ende gesellschaftlicher Solidarität angelangt. Armut und Arbeitslosigkeit sind so weit verbreitet, dass keine Verwandten mehr übrig geblieben sind, die sich solidarisch zeigen könnten.

Wie hoch ist die Kriminalitätsrate bei diesen Opfern zwangsweiser Binnenmigration?

Kurban: AnwältInnen von Menschenrechtsvereinen erklären, dass ein Großteil der kriminellen Kinder aus MigrantInnenfamilien stammt. Wenn diese Kinder betteln, stehlen, dann ist dies unser gesellschaftliches Problem. Wenn die Türkei ein sozialer Rechtsstaat ist, internationale Menschenrechts- und Kinderrechtsabkommen unterzeichnet hat, dann obliegt dies der staatlichen Verantwortung. Die Kinder auf den Straßen sind der Beweis dafür, dass der Staat als sozialer Rechtsstaat seinen grundlegenden Aufgaben nicht nachkommt. Außerdem ist dies auch ein Zeichen für unsere fehlende gesellschaftliche Sensibilität. Man kann sich dem Kriminalitätsproblem der Flüchtlinge auf zwei Wegen annähern: einerseits so wie der Nationale Sicherheitsrat, aus der Sicherheitsperspektive. Das bedeutet, dass ein Teil der Gesellschaft als alleiniges Sicherheitsproblem auf die andere Seite gestellt wird.

Und die andere Annäherung?

Kurban: Man kann sich dem Thema auch aus der Menschenrechtsperspektive annehmen. Jedoch können wir in einer solchen Situation mit uns selbst konfrontiert werden. Der Staat, die Regierung und die Gesellschaft müssen endlich akzeptieren, dass ein zwanzig Jahre andauerndes Problem der zwangsweisen Binnenmigration existiert. Erst dann können wir eine Lösung für diese offene Frage finden, die die gesamte Türkei betrifft. Das „Gesetz zur Entschädigung von Schäden aus Terror und Antiterrorkampf" wurde verabschiedet. Doch wird hier nicht über Zwangsmigration gesprochen und darüber, wer diese Menschen sind. Das „Rehabilitationsprojekt zur Rückkehr in die Dörfer" wird angewendet, aber von Regierungsseite fällt kein einziges Wort zu Zwangsmigration und Geschädigten. Die Regierung tritt noch nicht einmal für ein von ihr selbst verabschiedetes Gesetz ein. Denn dieses Gesetz wurde eigentlich ganz pragmatisch auf Beharren der EU, der Vereinten Nationen und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte erlassen, um den Schadensersatzklagen zu begegnen. Bei uns wurde diesem Problem noch kein Name gegeben. Der Premierminister, der einen wichtigen Schritt machte, indem er die kurdische Frage als existent bezeichnete, hat „ein Problem der Zwangsmigration" noch nicht erwähnt.

Wie wird das Leben in den Städten mit Flüchtlingen beeinflusst?

Kurban: Die Kultur und Lebensart der Stadt verändert sich. Die Städte halten die Last der Migrationsopfer nicht mehr aus. In Batman und Hakkari sagen alle: „Wir schämen uns. Bei uns gab es früher keine Bettelei." Die Zuwanderung hat auch die Infrastruktur der Städte zerstört. In Hakkari ist die für 30 000 EinwohnerInnen ausgelegte Infrastruktur zusammengebrochen, als die Einwohnerzahl plötzlich 70 000 betrug. Hakkari ist zu einem Ort geworden, wo Kühe den Müll auf den Straßen fressen, Abwasser in den Gassen fließt und gravierende Gesundheitsprobleme bestehen. Für Diyarbakir gilt dasselbe. Die Zahl der BewohnerInnen ist plötzlich von 300 000 auf 800 000 gestiegen, woran die Stadt dann zusammengebrochen ist.

Können wir sagen, dass sich das Südost-Problem somit aufgrund dieser Migration auf verschiedene Weise in den anderen Regionen widerspiegelt?

Yükseker: Dieses Problem wird manchmal als städtisches, manchmal als Kriminalitätsproblem in der gesamten Türkei erlebt. Die Migration fungierte dafür als Werkzeug der Verbreitung. Deshalb sollen diese Menschen jetzt in ihre Dörfer zurückkehren. Auf der Versammlung des Nationalen Sicherheitsrats hieß es, dass die Ursache der Diebstahlsfälle in den Großstädten an der Migration aus dem Südosten und dem Schwarzen Meer lägen. Das bedeutet doch, dass es innerhalb des Staates die Akzeptanz gibt, dass die Räumung von Dörfern aus militärischer Sicht einige Probleme für eine bestimmte Zeit gelöst hat, uns jedoch jetzt in den Städten als gewaltiges soziales Problem entgegentritt. Die Entleerung der Dörfer, die Migration werden erst jetzt als soziales Problem entdeckt, das alle in der Türkei betrifft.

Da ist auch noch die Frage der Dorfschützer. Tausende waren bewaffnet und angestellt worden. Wie verhält es sich mit den Dorfschützern nach dem Krieg?

Yükseker: Es gibt 58 000 zeitweilige Dorfschützer, die immer noch bewaffnet sind. Sie nehmen zusammen mit den Sicherheitskräften an den Militäroperationen teil und beziehen ein Gehalt.

Was ist mit der Kriminalitätsrate innerhalb der Dorfschützerstruktur?

Yükseker: Von der Brautentführung bis zum Tötungsdelikt, vom Überfall bis zum Diebstahl gibt es Tausende begangener Straftaten.

Ein Teil der Flüchtlinge ist in den Westen gegangen. Wird das Migrationsproblem auch zu einem Problem Europas?

Yükseker: Grund für die aktuelle Migrationsdiskussion in der Türkei ist die Tatsache, dass es zu einem Problem Europas geworden ist. Denn Europa und Nordamerika haben eine bestimmte Herangehensweise an die „Vertreibung“ genannte Thematik. Heute leben dort 25 Millionen Menschen aus 40 Staaten, die aus ihren Heimatländern vertrieben wurden. Die westlichen Staaten wollen, dass diese Menschen in ihren eigenen Ländern bleiben. Ein wesentlicher Grund dafür, dass in den 90er Jahren so viele politische Flüchtlinge aus dem Südosten [Kurdistan] nach Europa gegangen sind, ist die Zwangsmigration. Dies hat die Diaspora in Europa genährt. Die EU will nicht, dass sich diese Fälle von politischem Asyl wiederholen. Hierfür soll der türkische Staat die Verantwortung übernehmen, indem er Schadenersatz zahlt und das Rehabilitationsprojekt zur Rückkehr in die Dörfer anwendet.



Von Şemdinli nach... Foto: DIHA

Die Türkei versucht beide Wege. Sie hat ein Schadenersatzgesetz erlassen und praktiziert seit 1999 das Dorfrückkehrprojekt. Funktioniert das Projekt?

Kurban: Nein. Für die Rückkehr werden Hilfen gestellt, wie Zement, Ziegel und Tiere. Jedoch sind diese unzureichend für den Neustart in ein Leben im Dorf. Außerdem glauben die Menschen, dass die Hilfen an Dorfschützer fließen. Dem Staat wird kein Vertrauen entgegengebracht.

Können diejenigen, die in ihre Dörfer zurückkehren wollen, dies unbehelligt tun?

Kurban: Generell schon. Aber in Hakkari ist die Lage anders. Wegen der nahen Grenzen zum Irak und Iran darf hier in viele Dörfer nicht zurückgekehrt werden. Hakkari hat die schlimmsten

Zerstörungen und Schäden erlitten. Die Lage ist extrem schlecht und hoffnungslos. Die Arbeitslosenquote beträgt 80 %. Es gibt keinen grenzüberschreitenden Handel. Die Viehzucht ist zum Erliegen gekommen. Einzige Quelle für den Lebensunterhalt sind die Kinder. Die Stadt ist nur über Van zu erreichen, dabei gibt es drei, vier Ausweiskontrollen. Der in der Türkei sonst aufgehobene Ausnahmezustand dauert in Hakkari eigentlich noch an.

Führt dieser Ausnahmezustand auch zu außerordentlichen Ereignissen für die Menschen?

Kurban: Ich fotografierte in Cukurca dort, wo Stadtverwaltung und Landratsamt liegen, Kinder, die aus der Schule kamen. Ein Ziviler mit einem Funkgerät in der Hand bedeutete mir, dies sei militärisches Gebiet, fotografieren sei verboten. Ich erwiderte, dass es den Ausnahmezustand nicht mehr gäbe, und fragte, worauf sich das Verbot stütze. Er antwortete: „Der geheimen Anweisung nach ist es verboten." Das, was er als militärisches Gebiet bezeichnete, war Cukurca an sich. Sie haben den gesamten Landkreis zu militärischem Gebiet erklärt. Wir hörten uns von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Stadtverwaltungen und der Bevölkerung in Hakkari sehr ernste Beschwerden an. Es gibt Anzeigen wegen Vorfällen, bei denen maskierte Männer nachts Razzien in Häusern durchführen und tagsüber Menschen kidnappen. Beispielsweise wurde berichtet, dass im August ein Jugendlicher in Hakkari mitten am Tage von maskierten und bewaffneten Männern aus einem Minibus geschleppt worden sei. Am nächsten Tag wurde seine Leiche gefunden. Der Gouverneur erklärte daraufhin, es habe eine bewaffnete Auseinandersetzung stattgefunden. In Hakkari werden seltsame Dinge berichtet, die Angst einjagen. Später dann …

Was dann?

Tagsüber zwingen Maskierte und Bewaffnete wieder jemanden aus dem Bus. Anwälte und Abgeordnete aus Ankara machen Druck, diesmal reagiert der Gouverneur. Der entführte Mann wird am nächsten Tag mit verbundenen Augen in einem sehr schlimmen Zustand gefunden. Man weiß nicht, wer das getan hat. Dies sind ernste Anschuldigungen, die an die schreckliche Phase zu Anfang der 90er Jahre erinnern. In Hakkari herrschen zurzeit große Angst und Anspannung. Auch wenn die Behauptungen sich nicht als wahr erweisen, die Menschen haben Angst und das ist für sich schon ein Problem. Das Parlament muss in Hakkari so schnell wie möglich Untersuchungen anstellen.

Was ist mit den Menschen außerhalb Hakkaris? Kehren alle in ihre Dörfer zurück oder zieht die Mehrzahl es vor, in der Stadt zu bleiben?

Yükseker: Diejenigen, die in den Westen gegangen sind, werden nicht in ihre Dörfer zurückkehren, die in Gebieten wie Diyarbakir und Batman Lebenden werden zurückkehren wollen. Eigentlich möchten Frauen und Jugendliche nicht zurück, erwachsene Männer und Ältere schon. Es ist nicht mehr nur eine Frage der Rückkehr. Zwangsmigration ist zu einem „Städteproblem" geworden.

Können diejenigen, die in ihre Dörfer zurückgekehrt sind, ihr altes Leben weiterführen?

Kurban: Nein. In den Dörfern gibt es das alte Leben nicht mehr. Viehzucht und Ackerbau sind am Ende. Die Familien werden geteilt. Die Jugendlichen bleiben in der Stadt, die Alten kehren zurück. Wir reden von Menschen, die seit zwanzig Jahren nicht arbeiten können. Sie kannten sich nur in der Landwirtschaft aus und sind in die Stadt gezogen. Dort konnten sie nicht arbeiten. Wer in der Stadt groß geworden ist, kennt keine Landwirtschaft und kann weder in der Stadt noch im Dorf arbeiten. Sie sind einfach nur Opfer.

Yükseker: Während der Flucht waren sie von der Bildung ausgeschlossen. Später konnten sie aus finanziellen Gründen nicht zur Schule. Im Moment lebt in den Städten eine große Menge 15–20-Jähriger ohne jede Bildung. Das ist ein bedeutendes soziales Problem. ♦

Forderung nach Gerechtigkeit für die Gleichberechtigung

Wir stehen in allen Lebensbereichen der Gewalt gegenüber

Çiçek Otlu, Mitglied der Union der werktätigen Frauen

Gewalt gegen Frauen ist in nahezu allen Lebensbereichen zum Bestandteil des Alltags geworden. Das reicht von den Kriegsschauplätzen bis hin zum sexuellen Missbrauch durch den Ehepartner innerhalb der Familie. Auf dieser Welt ist die Frau jeden Moment der Gewalt ausgesetzt, was sowohl sexuelle, klassenspezifische als auch nationale Unterdrückung beinhaltet. Das Spektrum der Gewalt gegen Frauen ist breit. Doch immer wurden wir zum Schweigen gebracht, so dass wir in unserem Schweigen erstickt sind.

Aufgrund dessen, dass wir die ersten Sklavinnen der Geschichte waren, werden wir unterdrückt, entwürdigt und als Menschen zweiter Klasse gesehen. Schon als Frau auf die Welt gekommen zu sein bedeutet, sich Eva, der Schwester, anzunehmen. Denn sie hatte vom Apfel der Sünde gegessen. Seither gelten Frauen als Hauptverantwortliche für die Sünde.

Auch ist es uns verboten uns zu verlieben, weil wir für die Familienehre „zuständig" sind. Wir sollen bloß nicht das Maß überschreiten, die Familienehre nicht beflecken, sonst sehen wir dem Tod ins Auge. Dabei geht es um patriarchale Vorstellungen wie Keuschheit und Ehre, öffentliche Moral und gesellschaftliche Tradition, Schande oder unsittliches Verhalten.

Als Folge der patriarchalen Einstellung ist die innerfamiliäre Prügel und Vergewaltigung „legal". Gemäß dem türkischen Sprichwort „Ein Mann darf lieben und schlagen" sind es wiederum Frauen, die immer das gleiche Schicksal zu erleiden haben.

Unterdessen ist uns als Mädchen der Besuch einer Schule untersagt. Denn wir brauchen nun einmal keine Bildung. Und wenn doch: Sollen wir uns den Schulbesuch mit dem Brautgeld, für das unsere Eltern uns an unsere Ehemänner verkauft haben, finanzieren?

Obwohl wir mit den Männern am Arbeitsplatz die gleiche Arbeit leisten, verdienen wir trotzdem weniger als sie. Hier ist man von Gleichberechtigung wahrscheinlich noch ein Jahrhundert entfernt. Außerdem wird die Haushaltskasse nach der Heirat vom Ehemann geführt, der somit seine Frau beim Geldausgeben besser kontrollieren kann.

Insbesondere sticht die Situation der Frauen in Kriegszeiten ins Auge. Sie machen aufgrund ihres politischen Interesses zuerst Gewalterfahrungen – unter anderem die der Vergewaltigung. Egal wo wir uns auf dieser Welt befinden, ob in Afghanistan, Iran oder Irak, wir werden immer als Kriegsbeute angesehen. Ist es nicht immer so gewesen, dass die Schwachen und Schutzlosen – zu denen besonders Frauen gehören – körperliche und psychische Gewalt erleiden mussten?

♦ Heutzutage leiden auf der Welt 50 % der Frauen unter häuslicher Gewalt.

♦ In China werden ca. 1 Million neugeborene Mädchen unmittelbar nach ihrer Geburt getötet. Auf diese Weise sterben jährlich 40–50 Millionen Frauen.

♦ Eine internationale MigrantInnenorganisation berichtete kürzlich über einen grenzübergreifenden Frauenhandel, von dem bis zu 2 Millionen Frauen betroffen sind.

♦ In den USA wird jede 6. Minute eine Frau vergewaltigt.

♦ In England wird jede 7. Frau von ihrem Lebenspartner vergewaltigt.

♦ In Frankreich sterben jeden Monat 6 Frauen wegen innerfamiliärer Gewalt.

Wie man sieht, stehen wir in allen Lebensbereichen der Gewalt gegenüber. Doch wir haben uns mit dem Schweigen zufrieden gegeben. Alles, was wir gegen Gewalterfahrungen unternommen haben, hielt sich in Grenzen.

Besonders war die innerfamiliäre Gewalt lange ein Tabuthema. Niemand wollte darüber sprechen und etwas dagegen unternehmen. Denn das Leben einer Frau spielt sich in ihren eigenen vier Wänden ab. Diese „heilige Welt" soll ihr trotz allem erhalten bleiben. Anstatt eine Trennung in Kauf zu nehmen ist es ihr lieber, bis zu ihrem Tod seine Sklavin zu bleiben.

♦ Wir sind die Frauen, von denen in der Türkei 97 % an Gewalterfahrungen leiden.

♦ Wir sind die Frauen, die sowohl am Arbeitsplatz weniger Geld verdienen als auch vom Arbeitgeber gemobbt werden.

♦ Wir sind die Frauen, die in Adana in Sichtweite der Polizei mit einem Messer erstochen wurden.

♦ Wir sind die Frauen kurdischer, irakischer und persischer Abstammung, die während des Krieges zielgerichtet vergewaltigt und deren Ehemänner und Kinder ermordet wurden.

♦ Wir sind die Frauen, die 17 Frauen, die in Diyarbakır ohne unser Einverständnis zwangssterilisiert wurden.

• Wir sind die Frauen, die keine Schule besuchen durften und die anschließend zwangsverheiratet wurden.

• Wir sind die Frauen, die aufgrund von „Ehrenmorden“ sterben mussten.

• Wir sind die Frauen, die während polizeilicher Vernehmungen vergewaltigt oder vom Militär ohne unseren Willen auf „Jungfräulichkeit“ geprüft wurden.

Auf jeden Fall muss verhindert werden, dass Gewalterfahrungen wie „Ehrenmorde“, Prügel von Vater und Ehemann oder auch Folter Konsumcharakter annehmen. Die Medien sollten allmählich aufhören, mit Gewalt konfrontierte Frauen durch negative Kommentare herabzuwürdigen. Mit der Aussage, die Frau habe angeblich den Mann provoziert, wird versucht, die Schuld den Opfern zuzuschieben. An dieser Stelle nehmen die Schuldigen die Rolle der Opfer an.

Nun ist die Zeit gekommen, die Geschlechterdiskriminierung in der Gesellschaft zu überwinden. Aus diesem Grund soll das von uns gegründete Gericht den Startschuss geben für die Verurteilung von Gewalt. Vor diesem Gericht sollen Gewalterfahrungen aller Art unter die Lupe genommen werden. Das reicht von häuslicher Gewalt, „Ehrenmorden“, Gewalt in Medien über militärische und wirtschaftliche Gewalt bis hin zu Regierungsgewalt. Vor allem sind es hier Frauen, die über den Verfahrenszeitraum bestimmen. Die erwerbstätigen Frauen sollen Paragraphen gegen die Gewalt an Frauen entwerfen.

Außerdem ist unser Vorhaben kein Rechtshilfeprojekt. Damit soll die Gründung von Frauenhäusern oder Beratungsstellen für Frauen angetrieben werden.

Frauen aus allen sozialen Schichten sollte eine Zuflucht geboten werden können. Zumindest sollten sie nach Gewalterfahrungen einen Ausweg in Frauenhäusern finden können, wo sie sowohl auf eine kostenlose Beratung als auch auf psychische und gesundheitliche Unterstützung hoffen können. Das Beseitigen von Arbeitsmarkthindernissen soll den Frauen ihre finanzielle Unabhängigkeit ermöglichen. Zusätzlich sollten ihnen soziale Sicherheit und eine kostenlose Bildung gewährt werden. Durch bessere Unterstützungsangebote sollen sie lernen, wie vom kostenlosen Gesundheitsprogramm profitiert werden kann.

Es soll dafür gesorgt werden, dass die Medien das Thema „Gewalt an Frauen“ nicht missbrauchen.

Um diese Gewalttaten aller Art zu bekämpfen haben wir uns entschlossen, am 27. November 2005 in Istanbul ein Frauengerechtigkeitsgericht einzuberufen.

Frauen, kommt, brechen wir das jahrhundertelange Schweigen!

Frauen, kommt, vereinigen wir unsere Kraft, unsere Stimmen und unsere Herzen in einem Gericht!

Kommt, lasst uns unsere Spaltung überwinden!

Als Frauen werden wir nicht mehr schweigen!

Kommt, verklagen wir gemeinsam die Mörder von Hanim Baran, Semse Allak, Ayse und anderen!

Kommt, geben wir uns die Hände, um unsere Freiheit zu erlangen!

Frauen demonstrieren gegen Gewalt

In Istanbul haben Hunderte Frauen aus Anlass des Internationalen Tages gegen Gewalt gegen Frauen am 25. November demonstriert. Auf Transparenten wurden Frauen zum organisierten Kampf aufgerufen, Solidarität mit Frauen in Semdinli ausgedrückt und gegen die sogenannten „Ehrenmorde“ protestiert. In Redebeiträgen wurde insbesondere auf das Problem der innerfamiliären Gewalt und die Verbindung zwischen Militarismus und Gewalt aufmerksam gemacht. Im Namen der Demonstrantinnen hielt Yüksel Bulut eine Ansprache, in der sie auf die Gewalt gegen kurdische Frauen verwies: „Wir sind vertrieben worden, wir sind von der Polizei gefoltert worden, wir sind sexuell misshandelt und vergewaltigt worden. Wir sind aufgrund von Vergewaltigungen schwanger geworden und aufgrund von Schwangerschaften ermordet oder zum Selbstmord gezwungen worden. Als kurdische Frauen sind wir sowohl sexueller als auch nationaler Unterdrükkung ausgesetzt. Aufgrund unserer politischen Identität sind wir auf offener Straße verschleppt und misshandelt worden.“



Auch in vielen weiteren Städten der Türkei fanden Veranstaltungen und Demonstrationen aus Anlass des 25. November statt.

Quelle: DIHA, 25.11.2005, ISKU

Nachgefragt: NURSEL AYDOĞAN

Unsere wichtigste Forderung ist die nach einer Generalamnestie

Monika Morres im Gespräch mit Nursel Aydoğan

Über die Situation der politischen Gefangenen in der Türkei und der Arbeit der *Vereinigung der Solidarität mit den Familienangehörigen von Gefangenen* (Tutuklu Hükümlü Aileleri Hukuk Davanisma Dernekleri Federasyonu, TUHAD-FED) sprach Monika Morres mit deren Vorsitzenden.
.

Wann wurde Ihre Vereinigung gegründet und was war der konkrete Anlass? Handelt es sich bei den von Ihnen betreuten Familien ausschließlich um Angehörige von politischen oder auch sogenannten sozialen Gefangenen? Arbeiten Sie türkeiweit oder ausschließlich in den kurdischen Gebieten? Was sind Ihre wichtigsten politischen und sozialen Forderungen?

Unsere Vereinigung wurde 1996 in unterschiedlichen Provinzen der Türkei mit der Zielsetzung gegründet, sich um die Probleme von Gefangenen und ihren Angehörigen zu kümmern und nach Lösungen zu suchen. Bis 2003 haben diese Vereine inoffiziell auf der Basis einer gemeinsamen Plattform gearbeitet. Nachdem infolge der EU-Anpassungsgesetze in der Türkei die rechtliche Hürde zur Gründung von Föderationen aufgehoben worden ist, haben wir durch den Zusammenschluss von fünf Vereinen in Diyarbakır die TUHAD-FED gegründet.

Die 1990er Jahre waren dadurch geprägt davon, dass sich in unserem Land aufgrund der Perspektivlosigkeit hinsichtlich einer Lösung der kurdischen Frage zehntausende Menschen in den Gefängnissen befanden. Betroffen davon waren gleichzeitig auch zehntausende Familienangehörige. Die staatliche Politik der Türkischen Republik im Hinblick auf das Gefängnissystem hat sich seit dem Osmanischen Reich bis heute nicht geändert. Das in der Praxis angewandte Vorgehen gegen Gefangene, sie z. B. zur Reue zu zwingen, ihnen ihren Willen und ihre Persönlichkeit zu brechen sowie andere massiven Rechtsverletzungen, haben die Gründung einer solchen Organisierung wie die unsrige unausweichlich gemacht. Parallel zu den Problemen in den Gefängnissen, setzte der Staat die Angehörigen der Gefangenen materiell und moralisch unter Druck. Auch dies bildete die Grundlage für ein organisiertes Vorgehen. Die Familien kamen aufgrund der Repression zusammen, um gemeinsam nach Problemlösungen zu suchen und zugleich die Gefängnispolitik der Türkei in die nationale und internationale Öffentlichkeit zu tragen.

Unsere Arbeit konzentriert sich vorwiegend auf die kurdischen politischen Gefangenen und ihre Angehörigen. Aber aufgrund unseres humanitären Grundanspruchs kümmern wir uns auch um die Familien von nichtpolitischen Gefangenen.

Unsere Arbeit bezieht sich auf die gesamte Türkei. Gegenwärtig haben wir Zweigstellen in den Städten Diyarbakır, Batman, Siirt, Kızıltepe, Adana, Mersin, Van, Muş, Doğubeyazıt, Ankara, Izmir und Istanbul.

Unsere wichtigste Forderung ist die nach einer Generalamnestie, die sich, gebunden an die Lösung der kurdischen Frage, auf demokratisch-friedliche Methoden stützt und Herrn Öcalan mit einschließt. Ferner ist die Demokratisierung der Türkei und die Lösung der Probleme in den Gefängnissen unser Hauptanliegen.

Wir setzen uns ein für eine Verbesserung des Lebensstandards der Familien von Gefangenen, für Bildung und Ausbildung ihrer Kinder und versuchen, ihre ökonomischen Probleme und gesundheitliche Fragen zu lösen.

Wie viele Familien von Gefangenen betreuen Sie zurzeit? Worin besteht Ihre Unterstützung und was sind die größten Probleme, mit denen die Angehörigen zu kämpfen haben?

Gegenwärtig gibt es etwa 2000 kurdische politische Gefangene, um deren Familien wir uns kümmern. Wir versuchen als Föderation mit unseren Mitgliedsvereinen, die Familien unter einem Dach zusammen zu bringen, um sie z. B. durch Veranstaltungen und in Versammlungen aufzuklären. Auf diese Weise wollen wir sie gegenüber ihren eigenen Schwierigkeiten und den Problemen in den Gefängnissen sensibilisieren.

Vor dem Hintergrund der Disziplinarstrafen, die die Gefangenen infolge der Isolationspolitik erhalten, können sie von den Familien im Allgemeinen nicht besucht werden. Ein weiteres Problem: Mitunter liegen zwischen den Gefangenen und ihren Familienangehörigen Tausende von Kilometern – eine Art zweiter Isolationspolitik des Staates. Die Familienangehörigen verfügen zumeist über keinerlei soziale Absicherungen wie beispielsweise Krankenversi-

cherung. Wirtschaftlich gesehen stehen sie in der Gesellschaft auf der untersten Stufe. Deshalb stellen die ökonomischen Probleme, gemeinsam mit den politischen, eine Priorität dar.

Haben sich Ihre Arbeit und die Situation sowohl der Gefangenen als auch deren Familien in den vergangenen Jahren verändert?

Aufgrund der schon erwähnten EU-Anpassungsgesetze von 2003 haben wir in unserer Arbeit rechtlich gesehen keine ernsthaften Probleme.

Allerdings mit den Gesetzesreformen von 2005 und hier vor allem bezogen auf die Strafgesetze, die ebenfalls im Rahmen der EU-Anpassungsgesetze verabschiedet worden sind. Diese Änderungen führten zu einer erheblichen Verschärfung der Haftbedingungen für die politischen Gefangenen, vor allem in den F- und D-Typ Gefängnissen. Gegenwärtig gibt es zum Beispiel starke Einschränkungen seitens der Gefängnisverwaltungen bezüglich der elementaren Menschenrechte. So sind die Gefangenen Isolation und willkürlichen Strafmaßnahmen ausgesetzt, ihre Gesundheitsprobleme werden nicht behoben, ihr Recht auf Presse und Information massiv beschnitten.

Sind die aktiven Mitglieder Ihrer Vereinigung staatlichen Behinderungen und Repressionen ausgesetzt?

Die Repressionen gegen Vereins- und Vorstandsmitglieder wie Festnahmen, Verhaftungen, Verfolgung, Bedrohungen, die bis vor einigen Jahren noch eine Systematik aufwiesen, kommen heute nur noch vereinzelt vor.

Welche Unterstützung erfahren Sie durch die Bevölkerung oder andere zivilgesellschaftliche Organisationen?

Bei unseren Aktivitäten und in finanzieller Hinsicht werden wir in erster Line unterstützt von der Bevölkerung und einigen zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Haben Sie Kontakte mit ähnlich arbeitenden Organisationen oder Initiativen in anderen Ländern, z. B. der EU?



Gefangenentransport Foto: Archiv

Wir pflegen zu einigen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften in europäischen Ländern wie Italien und Frankreich freundschaftliche Beziehungen, weil sie ein Interesse an der kurdischen Frage haben.

Die Lage in den kurdischen Gebieten spitzt sich derzeit gefährlich zu. Erinnerungen an die Schreckenszeit der 1990er-Jahre werden wieder wach und lassen Schlimmes befürchten. Wie schätzen Sie die Situation ein und welche Forderungen und Erwartungen haben Sie an die politisch Verantwortlichen in der EU?

Die gegenwärtigen Entwicklungen sind ein Ausdruck davon, dass das in den 1990er Jahren entstandene Bandentum innerhalb des Staates seine Aktivitäten weiter fortführt. Die Ereignisse in Semdinli Anfang September sind der offene Beweis dafür. Aber eines sollte deutlich gesagt werden: Das kurdische Volk ist nach wie vor für Demokratie und Frieden und setzt sich für die demokratisch-friedliche Lösung der kurdischen Frage ein. Auch die Auffassung der PKK, an einer Lösung mit demokratischen Mitteln festzuhalten, dürfte in der Öffentlichkeit bekannt sein. Dennoch hat die EU in ihrem letzten Fortschrittsbericht behauptet, die PKK habe die Verantwortung für die negativen Ereignisse und Vorfälle im Südosten der Türkei zu tragen. Die Anschläge von Semdinli haben diese Behauptung der EU widerlegt und gezeigt, wer eigentlich für die Gewalt verantwortlich ist. Aus diesem Grunde ist es an der Zeit, dass die EU ebenfalls die Realität sieht. Wenn sie wirklich für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage ist, sollte sie die PKK, die den Weg für eine demokratische Lösung öffnen kann, von der Liste der terroristischen Organisationen streichen. Die EU könnte ohne weiteres eine Vermittlerinnenrolle übernehmen, damit in der Türkei endlich eine friedliche und freie Atmosphäre geschaffen und die kurdische Frage gelöst werden kann.

Wir bedanken uns für das Gespräch

Klage gegen das türkische Militär beim EuMRGH eingereicht

Zum aktuellen Stand der Untersuchungskommission Andrea Wolf (IUK)

„München, später Frankfurt – unsere Freundin Andrea Wolf ist in den 80er/90er Jahren aktiv in der radikalen Linken. 1997 ist sie nach Kurdistan gegangen und wurde am 23.10.1998 zusammen mit anderen KämpferInnen der PKK durch die türkische Armee gefangen genommen und ermordet. Seitdem gilt sie als eine „Verschwundene".

Die türkische Armee behauptet, diese Person nicht zu kennen. Die Internationale Untersuchungskommission IUK hat inzwischen Klage gegen das türkische Militär beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht, um die Umstände dieses Kriegsverbrechens aufzudecken, um die Täter zu finden und gegen die Straflosigkeit anzukämpfen. Dafür brauchen wir eure Unterstützung!"

Mit diesem Aufruf hatte am 16. November 2005 der Freundeskreis Andrea Wolf zu einer Soli-Veranstaltung für die Arbeit der Internationalen Untersuchungskommission Andrea Wolf und Genossinnen in den Jugendtreff Tröpferlbad nach München eingeladen.

Es wurde von den FreundInnen aus ihrer Münchner Zeit ein Rückblick auf die verschiedenen Etappen ihres politischen Engagements gegeben – Mieterdemos und Hausbesetzung gegen Wohnraumspekulation, in Wackersdorf gegen die WAA, Großdemos gegen die Treffen der G7 beim Weltwirtschaftsgipfel, gegen die Startbahn West in Frankfurt als Kriegseinsatzpiste für NATO-Flüge, Briefwechsel mit politischen Gefangenen, Diskussion mit verschiedenen Befreiungsbewegungen und Persönlichkeiten der internationalistischen Linken – in all ihrer Arbeit war der Kampf für Frauenrechte immer dabei! Und dass gerade Andrea, die für eine möglichst breite und offene Diskussion über linke radikale Ideen war, von Staatschutzspitzeln dreimal zu Unrecht beschuldigt wurde und die Repression zu spüren bekam, zeigt auf, wie notwendig es ist, die Debatte um soziale Gerechtigkeit weiterhin mit Power und Öffentlichkeit zu führen.

Andrea ist Ende der 90er Jahre nach Kurdistan gereist, um sich auch dort ein Bild der Frauenkämpfe zu machen. Sie begleitete für eine bestimmte Zeit die Freie Frauenarmee Kurdistans und sammelte Texte für eine Veröffentlichung bei ihrer Rückkehr.

Andrea wird nicht zurückkehren, sie wurde vom türkischen Militär gefangen genommen und ermordet. Aber ihre Texte sind zurückgekehrt, in Form von Tagebuchauschnitten können sie in dem Buch: „Im Dschungel der Städte, in den Bergen Kurdistans" gelesen werden.

„Andrea ist eine von uns und deshalb werden wir gegen die Straflosigkeit dieses Kriegsverbrechens eintreten. Die Täter müssen zur Rechenschaft gezogen werden, weltweit!"

Im September 2000 reichte die IUK in Istanbul im Namen von Lilo Wolf, der Mutter von Andrea, Strafanzeige gegen Unbekannt ein. Im Mai 2002 lehnten es die türkischen Behörden endgültig ab, auch nur Ermittlungen aufzunehmen.

Die Ablehnung ihres Amtshilfegesuchs durch die türkischen Behörden nahm die Frankfurter Staatsanwaltschaft gleich zum Anlass, ihre Ermittlungen bis auf weiteres einzustellen. Bisher hatte sie offiziell „wegen eines Tötungsdeliktes zum Nachteil von Andrea Wolf" ermittelt, so heißt das im Beamtendeutsch.

Nun blieb uns auf juristischer Ebene nur noch die Klage vor dem Europäischen Gerichtshof in Strassburg, die wir im Januar 2003 einreichten. Der Gerichtshof hat uns mitgeteilt, dass für Klagen, welche die Türkei betreffen, mit einer Wartezeit von ca. vier Jahren gerechnet werden muss.

Wir werden die Zeit nutzen, einigen Informationen über aussagewillige Aussteiger des türkischen Militärs, von Dorfschützern und Dorfbewohnern nachzugehen. Solche Informationen wird es in Zukunft wohl öfters geben, denn es fällt erfahrungsgemäß vielen Zeugen nach einigen Jahren immer schwerer, ihr Schweigen zu wahren.

Es gibt zahlreiche Beispiele von vergleichbaren Fällen, in denen es viele Jahre gedauert hat, bevor die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden konnten. Wir wissen, dass wir nicht die einzigen sind, die mit dieser Art von Arbeit den Verantwortlichen für Folterungen und Morde zu verstehen geben, dass sie niemals – auch nach Jahren und Jahrzehnten – sicher sein können, nicht unversehens für längst vergessen geglaubte Verbrechen zur Verantwortung gezogen zu werden.

Es ist uns wichtig, den Tätern beim Militär und bei der Polizei von damals und von heute folgendes zu signalisieren: Auch wenn sie sich heute völlig unantastbar und allmächtig fühlen, so können sich morgen oder in einigen Jahren die politischen und juristischen Rahmenbedingungen so ändern, dass eine Strafverfolgung möglich wird.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord verjähren nicht, die Täter können also auch noch nach Jahrzehnten verfolgt werden. Dafür gibt es weltweit bereits viele Bespiele. Wir geben jedenfalls nicht auf. Die Arbeit hat gerade erst angefangen! Wir gehen weiterhin jedem Hinweis auf Täter und Drahtzieher nach!

Die Arbeit der IUK braucht Geld, etwa 2500,- Euro fehlen noch.... ♦

für Spenden:
Angelika Lex
Rechtsanwalts-Anderkonto
Genossenschaftsbank
Bankleitzahl: 701 694 64, Kontonummer: 32 72 71
Stichwort: IUK
weitere Infos: http://www.libertad.de/andrea/

Internationale Wasserkonferenz in Diyarbakir

Ilisu-Staudamm wieder auf der Agenda

Interview mit Heike Drillisch, Mitarbeiterin bei WEED

Im Rahmen einer Konferenz zu den Auswirkungen des GAP sowie internationalen Vergleichsprojekten trafen sich internationale NGOs mit lokalen NGOs am 29./30.10.2005 in Diyarbakır. Teilgenommen hat auch die Nichtregierungsorganisation WEED.

Bitte stelle doch zuerst WEED vor, was für eine Organisation seid ihr und auf welcher Grundlage arbeitet ihr?

Wir sind eine Umwelt- und Entwicklungsorganisation, die sich für eine gerechtere Globalisierung einsetzt. Wir befassen uns mit den Welthandels- und Finanzmarktstrukturen und deren Auswirkungen auf Entwicklungsländer. Wir fordern eine tiefgreifende Reform des internationalen Finanzsystems und eine Lösung der Schuldenkrise des Südens. Wir setzen uns für eine stärkere Regulierung von Unternehmen ein und beobachten sehr genau die Aktivitäten der Welthandelsorganisation, der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds. Ich selbst beschäftige mich mit Exportkreditagenturen, den so genannten Hermesbürgschaften in Deutschland.

Wie seid ihr dazu gekommen, an der Konferenz in Diyarbakır teilzunehmen?

Wir haben uns schon seit sehr vielen Jahren mit dem Ilisu-Staudamm befasst, da für diesen Staudamm Hermes-Bürgschaften beantragt worden sind. 1999 bis 2002 gab es eine Kampagne, bei der wir sehr intensiv mitgemacht haben. Die internationalen Proteste und die Kampagne, die in vielen europäischen Ländern durchgeführt wurde, bewirkten, dass sich die meisten beteiligten Unternehmen und die federführende Bank, die Union Bank of Switzerland, aus dem Projekt zurückgezogen haben auf Grund der ungelösten ökonomischen, sozialen und menschenrechtlichen Probleme. Von Deutschland aus war Sulzer Hydro beteiligt, das ist eigentlich ein Schweizer Unternehmen, das aber in einer deutschen Niederlassung produzieren wollte und deshalb Hermes-Bürgschaften beantragt hat. Mittlerweile sind sie von VA Tech, einer österreichischen Firma, die sich momentan in Besitz von Siemens befindet, aufgekauft worden. Siemens wurde allerdings vom Bundeskartellamt auferlegt, die Hydro-Sparte, also diesen Teil des Unternehmens, zu verkaufen.

Seit letztem Jahr ist der Ilisu-Staudamm wieder auf der Agenda, nachdem das Projekt zunächst in den Schubladen verschwunden war. Da die Diskussion vor Ort angesichts der politischen Situation in der Region sehr schwierig ist, war unser Anliegen, beizutragen, dass die verschiedenen Gruppen, die sich mit dem Staudammbau beschäftigen, alle an einen Tisch kommen und miteinander reden. Dazu haben wir Betroffene aus der Region vom Ilisu-Staudamm eingeladen, Betroffene aus anderen Regionen, aus Dersim zum Beispiel, Wissenschaftler, die sich mit Staudämmen befassen, auch ehemalige Mitarbeiter, die z. B. Studien für das GAP gemacht haben, und auch die GAP-Verwaltung und die Wasserbehörde.

Also habt ihr die Veranstaltung organisiert?

Wir haben das natürlich zusammen mit lokalen Organisationen und einem Bündnis von europäischen Organisationen gemacht. Das Kurdish Human Rights Project (KHRP) hat sehr viel unternommen. Aber das konnte natürlich nur klappen, weil sich vor Ort einige Leute sehr in die Arbeit gestürzt haben.

Wer waren denn eure Partner?

Die europäischen Organisationen waren, neben KHRP, Corner House aus England, FERN aus Belgien, Erklärung von Bern und eca-watch Österreich. Vor Ort gibt es ja mittlerweile einen Zusammenschluss von Organisationen



und Einzelpersonen zur Ilisu-Plattform, von denen einige teilgenommen haben.

Wo hat die Konferenz stattgefunden?

In einem Stadtteilrathaus von Diyarbakır

Ihr hattet also die Unterstützung der Stadtverwaltung. Wie war es mit der Beobachtung durch die Sicherheitskräfte?

Es war nicht besonders auffällig, aber es war jemand im Saal, der alles auf Video aufgenommen hat. Ich habe es erst nicht gemerkt, da mehrere Kameras im Raum waren, aber es sprach sich herum, dass eine davon dem Geheimdienst gehört.

Hat das die Atmosphäre der Konferenz beeinflusst?

Einige Leute haben trotzdem sehr offen ihre Meinung gesagt und haben auch gesagt, dass sie nicht wüssten, ob sie dafür mit Konsequenzen rechnen müssen. Allerdings waren keine direkt vom Ilisu-Damm Betroffenen dabei. Wir wissen, dass Aktivisten im Vorfeld telefonisch eingeschüchtert worden sind, damit sie an der Konferenz nicht teilnehmen. Einen Tag sind wir nach Hasankeyf gefahren und da ist mir im Unterschied zu vor fünf Jahren schon aufgefallen, dass die Leute mit uns offener redeten als damals. Es hat kleine Fortschritte gegeben, aber politischer Protest und Organisationen vor Ort sind nach wie vor Druck ausgesetzt.

Woher kamen denn die TeilnehmerInnen der Konferenz?

Vor allem aus der Türkei, aber es kamen auch Betroffene von anderen Staudammprojekten weltweit, zum Beispiel sprach eine Frau von den Philippinen, die dort vor Ort mit diesem Problem konfrontiert war. Zu Organisationen in Syrien und im Irak, die ja mittelbar durch das gesamte GAP-Projekt betroffen sind, haben wir noch keinen Kontakt

Worüber wurde denn im Wesentlichen gesprochen?

Im ersten Block ging es um Erfahrungen mit Staudämmen weltweit. Es referierte zum Beispiel ein Mitglied der Weltstaudammkommission. Diese Kommission war besetzt von Vertretern der Industrie, von NGOs und der Zivilbevölkerung, zum Beispiel auch einer Staudammbetroffenen aus Indien, und hat vor fünf Jahren Bilanz gezogen über den Nutzen und die Folgen von Staudämmen weltweit und Empfehlungen für den Bau von Dämmen abgegeben. Die Staudammkommission legt großes Gewicht auf den Planungsprozess der Staudämme, es sollen von Anfang an alle Betroffenen in die Planung einbezogen werden. Ein anderer Schwerpunkt waren die Erfahrungen in der Türkei mit Staudammbauten, und die Situation der schon umgesiedelten Menschen.

Gab es Lösungsvorschläge für die Probleme?

Es gab keine gemeinsame Resolution oder entsprechendes. Der große Nutzen der Konferenz lag darin, dass sich sehr unterschiedliche Personengruppen dort getroffen und miteinander diskutiert haben, dass ein Austausch zustande kam, der noch sehr in den Anfängen steckt. Was extrem bedauerlich war, aber für sich spricht, ist, dass weder von GAP noch von der zuständigen Wasserbehörde jemand anwesend war, obwohl wir sie eingeladen und nachgefragt hatten.

In welcher Sprache wurde auf der Konferenz gesprochen?

Die Konferenzspache war Türkisch, aber es gab eine Simultanübersetzung ins Englische.

Vielen Dank für das Gespräch

weiter Informationen: http://www.weed-online.org/

Hermesbürgschaften:

Hermes-Bürgschaften sind Ausfuhrgewährleistungen der deutschen Bundesregierung. Sie sind ein bedeutender Bestandteil der deutschen Ausfuhrförderungspolitik. Sie schützen die deutschen Unternehmen vor Verlusten durch ausbleibende Zahlungen ihrer ausländischen Geschäftspartner: Zahlt der ausländische Abnehmer nicht, springt der deutsche Staat ein. Sie geben Exporteuren die Möglichkeit, sich sowohl gegen wirtschaftliche (Kundenrisiken) als auch politische Risiken (Länderrisiken) abzusichern. Die Bundesbürgschaft ist notwendig, da sich insbesondere politische Risiken von Exporten in Länder außerhalb der OECD durch private Versicherungen nicht hinreichend absichern lassen.

Im Rahmen der Hermes-Bürgschaften hat der Bund im Jahr 2003 die Gewährleistung für Auftragswerte in Höhe von 16,0 Mrd. € übernommen – dies entspricht rd. 2,7 % des deutschen Gesamtexports. Rd. 95 % der übernommenen Deckungen entfielen dabei auf Exporte in Entwicklungsländer bzw. in Staaten Mittel- und Osteuropas einschließlich der GUS-Länder. Zu Ausgaben führen diese Bürgschaften aber nur in dem Fall, dass der betreffende Kunde ausfällt.

Die Geschäftsführung der Bürgschaften obliegt der Euler Hermes Kreditversicherungs-AG (daher der Name), die die Federführung hat, und der Pricewaterhouse Coopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Über Grundsatzfragen und die Indeckungnahme großer Exportgeschäfte entscheidet ein Interministerieller Ausschuss (IMA), in dem neben dem federführenden Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, das Bundesministerium der Finanzen, das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vertreten sind.

Hermes-Deckungen können gewährt werden, wenn die Exportgeschäfte förderungswürdig sind und die Risiken vertretbar erscheinen. Die Förderungswürdigkeit kann sich aus der Sicherung von Arbeitsplätzen, strukturpolitischen Erwägungen oder außenpolitischen Zielen ergeben. In die Kritik geraten sind Hermes-Bürgschaften teilweise dadurch, dass Exporte von Kernkraftwerken und andere ökologisch zweifelhafte Projekte durch sie abgesichert wurden.

Entnommen aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie im Internet

Wird die Aufklärung des Mordes an dem libanesischen Politiker Hariri den Terror der syrischen Geheimdienste beenden?

Syrien vor Veränderungen

Tariq Hemo

Der syrische Staat ist dabei sich zu verändern. Es besteht eine große Wahrscheinlichkeit, dass der Niedergang des seit 1963 bestehenden Baas-Regimes bevorsteht. Vor der Machtübergabe von Ahfez Assad an seinen Sohn Bashar hatte es in Syrien keine instabilen Situationen gegeben. Jetzt hat sich die Situation im internationalen Umfeld geändert. Deutlichstes Zeichen dafür ist, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen innerhalb kurzer Zeit zwei Resolutionen gegen Syrien durchbrachte, ohne dass die Großmächte oder andere wichtige Nationen Syrien unterstützt hätten.

Es stellt sich die Frage, welche falschen Schritte unternommen worden sind, die zur Isolation Syriens unter der Herrschaft von Bashar Assad geführt haben.

Nachdem der für die Machtübernahme vorgesehene älteste Sohn des syrischen Diktators bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen war, rief Assad seinen damals in England Medizin studierenden jüngeren Sohn nach Hause zurück. Bis dahin war es Bashar Assad nicht in den Sinn gekommen, dass er sich einmal mit Politik beschäftigen müsste. Aber nun wollte es das Schicksal und der Wille des alten Assads, dass Bashar Präsident von Syrien werden sollte und entsprechend wurde die Machtübernahme vorbereitet.

Von 1993 bis 2000 wurde Bashar militärisch und politisch ausgebildet und vor allem von seinem Vater in die Politik und Intrigen um den Politpoker im Mittleren Osten eingeführt. Sinn der innerfamiliären Machtübernahme war es, die Vormachtstellung des Assad-Familienclans und die religiöse Stellung der Aleviten in Syrien zu schützen sowie die Einheit des Landes sicher zustellen. Während der siebenjährigen Ausbildung gelang es dem jungen Assad, sich unter den Syrern den Ruf eines modernen jungen Mannes zu erwerben, der mit moderner Kommunikation, Internet und Globalisierung umgehen konnte und nicht nur die alten Slogans der Baas Partei im Munde führte. Zudem hatte er aufgrund seiner bisherigen Politik-Abstinenz seine Hände nicht mit Blut befleckt und keine staatlichen Gelder in die eigene Tasche gesteckt, wie es in der Machtelite um den alten Assad üblich war. Noch bevor er eine offizielle Funktion hatte, wurde er von Staatspräsidenten wie etwa Chirac in Frankreich offen empfangen.

Nachdem der alte Assad am 10. Juni 2000 starb, setzte das syrische Parlament das für das Präsidentenamt vorgesehene gesetzliche Alter extra von 40 auf 35 Jahre herab, um Bashar Assad die Macht übertragen zu können. Bashar, der vom syrischen Parlament einstimmig gewählt wurde, stürzte sich direkt in die Staatsangelegenheiten. Er versprach vor allem Veränderung und Umwandlung. In seiner Antrittsrede bei der Vereidigung vor dem Parlament erklärte er, dass er Reformen voranbringen würde und alle oppositionellen Mächte die Möglichkeit hätten, ihre Meinung zu äußern. In dem Land war eine fröhliche Stimmung und alle glaubten, dass Syrien nun an einen Wendepunkt gelangt wäre.

Mit anderen Worten: Der 'Damazäner Frühling' begann. Aber diese Epoche dauerte nur einige Monate. Dann gelang es den Geheimdiensten und der alten Assad Clique, welche 'die Alte Garde' hieß, die Reformen zu stoppen und veranlassten den jungen Assad unter Hinweis auf Gefahren für die 'Einheit des Landes' den Damazäner Frühling zu stoppen. Er lies auch einige Symbole dieses 'Frühlings' verhaften und sperrte sie in das Gefängnis von Adraya. Prof. Dr. Arîf Delîla wurde am 9. September 2001 verhaftet und zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Die beiden gewählten Mitglieder des Parlaments, Riyad Sêf und Mamûn Humsî, sind immer noch verhaftet. Alle, die es wagten, offen zu reden und die 'rote Linie' der Baas-Partei und der Geheimdienste zu überschreiten, wurden ins Gefängnis geworfen.

Nun begann die dunkle Periode von Bashar Assads Herrschaft. Er ging ein Bündnis mit den reaktionären Kräften ein, welche um jeden Preis den Status Quo erhalten wollten, und vergaß all seine Versprechungen. Die für Veränderung offenen Teile der syrischen Gesellschaft verloren ihre Hoffnung und sahen nur noch eine Kopie des Herrschaftssystems unter dem alten Assad. In der Innenpolitik blieb die Situation wie früher oder verschärfte sich sogar weiter. Alle 14 Organe des syrischen Geheimdienstes setzten ihre Unterjochung und Unterdrückung über das Volk Syriens und besonders über die KurdInnen im Norden Syriens fort. Die Verhaftungen, Folterungen, Tötungen und ungerechte Gerichtsverfahren vor den Staatssicherheitsgerichten dauerten an wie früher. Diese Lage führte dazu, dass sich der Zorn des syrischen Volkes mehr und mehr gegen Bashar Assad richtete.

Von 2000 bis heute hält der Staatsterror gegen die eigenen Bürger an. Überall in Syrien werden Menschen verhaftet und gefoltert. Besonders die syrischen Kurden wurden als Gefahr für den syrischen Staat gesehen, da nach dem Sturz von Saddam Hussein im Irak die Errichtung eines autonomen kurdischen Staates im Nordirak auf der Tagesordnung stand. Nach dem kurdischen Aufstand

am 12. März 2004 begann der syrische Geheimdienst mit Massakern gegen zivile und unbewaffnete KurdInnen. Dieses geschah unter der Führung von Mahir Assad, dem Bruder des Staatspräsidenten, dem nun auch die Ermordung des ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri zur Last gelegt wird. Etwa 400 Jugendliche wurden ermordet, 300 verletzt und 5000 verhaftet. Während dieser Ereignisse schaute der Staatspräsident weg und begab sich auf eine Reise nach Saudi Arabien. Am 1. Juni 2005 wurde Dr. Sheich Mashuq Xeznawi, eine kurdische religiöse Autorität, auf grausame Weise ermordet. Am 15. August 2005, dem Jahrestag des bewaffneten kurdischen Aufstands in der Türkei, griffen die Sicherheitskräfte in Kobani die KurdInnen an und verhafteten mehrere 'Mitglieder der Partei der Demokratischen Einheit'. Aber auch die Verhaftungswelle gegen arabische Oppositionelle dauert an.

Sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik war die Herrschaft Bashar Assads bisher nicht erfolgreich, sei es durch Unwissenheit oder unter dem Einfluss falscher Berater. Sein größter Fehler war es, sich den Zorn der USA zu zuziehen, als er sich gegen den Einmarsch der US-Truppen im Irak stellte, um durch nationalistische Parolen die arabische Bevölkerung an sich zu binden. Den Hintergrund für die Unterstützung des Iraks bildeten korrupte wirtschaftliche Interessen der syrischen Machtelite. Unter Saddam Hussein belief sich der Erdölhandel mit dem Irak auf annähernd eine Milliarde US-Dollar. Zu weiteren Spannungen mit den USA führte die Unterstützung des syrischen Geheimdienstes für arabische Islamisten, die über die syrische Grenze in den Irak geschleust wurden und Anschläge gegen die US-Truppen und die neue irakische Armee ausführten. Dieses Spiel mit dem Feuer dauerte an, bis US Verteidigungsminister Rumsfeld dem syrischen Staat und Bashars Regierung offen drohte. Deswegen schickte Syrien beide Söhne Saddam Husseins in den Irak zurück und auch dessen Bruder, Berzan Tikriti, ergab sich der US-Armee.

Der andere und wichtigste Grund für die derzeitige Lage in Syrien, ist die seit Jahren bestehende Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Libanons. Jahrzehntelang war der Libanon für Syrien eine lukrative Bank und nichts geschah gegen die syrischen Interessen. Aber Bashar Assad verstand die Veränderungen im politischen Umfeld des Mittleren Osten nicht, vor allem nach dem us-amerikanischen Einmarsch im Irak und dem Sturz von Saddam Hussein. Er fand keine adäquate Strategie, in das politische Spiel nach neuen Regeln einzusteigen, um seine Interessen zu schützen.

Assads Fehler war, dass er gegen alle politischen Kräfte und Gesetze des Libanons, die Dauer der libanesischen Präsidentschaft ab dem 2. Oktober 2004 um drei Jahre verlängerte. Dieses führte zu Protesten der internationalen Gemeinschaft, vor allem seitens der USA und Frankreichs. Der damalige Ministerpräsident Refiq Hariri trat aus Protest zurück und begann die syrische Politik zu sabotieren. Hariri war nicht irgendein Mann, sondern einer der reichsten der Welt, mit tausenden von Anhängern im Libanon. Unter der Bevölkerung genoss er großen Respekt und hatte auch hervorragende außenpolitische Kontakte. Er war ein Freund der Saud Familie, der königlichen Familie Saudi Arabiens, er war auch ein Freund des französischen Staatschefs Jacques Chirac. Syrien hatte Hariri in Verdacht, an der UN-Resolution 1559 vom 2. Februar 2004 mitgewirkt zu haben, die besagte, dass alle fremden Kräfte im Libanon Besatzer seien und sofort das Land zu verlassen hätten und sich in die inneren Angelegenheiten Libanons nicht mehr einmischen dürften.

Wegen des internationalen Drucks war Syrien gezwungen, seine Truppen aus dem Libanon zurückzuziehen und deswegen hatte man angefangen, Hariris Ermordung zu planen. Am 14. Februar 2004 starben Hariri und 22 weitere Menschen in Folge einer starken Detonation. Alle Anzeichen auf die Täter zeigten in Richtung Damaskus. Zumal Syrien schon im Verdacht stand für die Ermordung anderer Personen verantwortlich zu sein, die sich gegen die syrische Präsenz im Libanon engagierten. Unter diesen Personen befanden sich der libanesische Journalist Samir Qasir, der ehemalige Parteichef der Kommunistischen Partei Georg Hawi und die Nachrichtensprecherin des LBC TVs May Shadyaq.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, entschied am 7. April 2005, dass eine Kommission für die Aufklärung des Mordes an Hariri gegründet werden soll. Diese Kommission wurde unter der Führung des deutschen Staatsanwalts Detlef Mehlis gegründet, und fing ihre Aufklärungsarbeit bezüglich des Mordes an Hariri an. Am 20. Oktober 2005 machte die Kommission Syrien ganz öffentlich in ihrem Bericht verantwortlich für den Mord an Hariri. Der Bericht verlangte von Syrien, sechs ranghohe Syrer, darunter den Verantwortlichen der Geheimdienste und Bashars Schwager, Asaf Shawkat, für die Anhörung der Kommission der Vereinten Nationen unter der Leitung von Detlef Mehlis zu übergeben.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen traf sich noch einmal am 2. November 2005 und beschloss die Entscheidung 1636. Diese Entscheidung drohte Syrien mit Sanktionen, wenn es nicht vollständig mit Mehlis und der Kommission kooperiert. Der syrische Staatschef versuchte sich dagegen zu wehren, da die sechs auszuliefernden Personen das Rückgrad seines Regimes bilden. Bashar wollte keinen der Personen, vor allem nicht seinen Schwager, in die Händer der Kommission fallen lassen. Er fürchtete, dass sie wie schon vier hochrangige prosyrische Libanesen festgenommen würden. Ein möglicher befohlener Selbstmord wie gerüchteweise beim syrischen Innenminister Xazi Kanan am 12. Oktober 2005 scheidet aus, da Selbstmord bei sechs Personen wenig glaubwürdig wirkt. Assad hat kein Vertauen, dass die Sechs – einmal der Kommission ausgeliefert – alle Schuld auf sich nehmen würden, sondern fürchtet sich vor umfangreichen Geständnissen.

Wie auch immer, der letzte Akt ist noch nicht gespielt, aber es scheint, dass die USA, Frankreich und andere Alliierte auf der Aufklärung des Falls und der Ermittlung der Mörder Hariris bestehen. Diese Beharrlichkeit und fester Wille können für Syrien und seine Bevölkerung einen neuen Anfang bedeuten, damit sie sich von einem barbarischen und totalitären Regime befreien. ♦

Ein historischer Ausblick

Bolivien – ein Land im Aufstand

Uwe Brust

Fast überall in Lateinamerika sind wir mit einer Welle von Aufständen und Rebellionen gegen den neoliberalen Angriff der herrschenden Klasse konfrontiert. Ob in Mexiko die EZLN oder in Brasilien die Landlosenbewegung; überall bilden die Menschen von Unten neue Organisationsformen. In Bolivien haben es die Menschen zum zweiten Mal nach 2003 geschafft, den Präsidenten fortzujagen. Grund genug, sich genauer mit Bolivien, seinen Menschen und ihrem Widerstand zu beschäftigen und davon zu lernen.

Am Anfang geben wir einen kurzen Überblick über die Geschichte Boliviens seit dem Beginn der Kolonisation 1530. Dann werden wir auf die Proteste und Kämpfe seit 2000 eingehen und am Ende gibt es ein Interview mit einer Genossin, die vor kurzem aus Bolivien zurückkehrte.

Bolivien ist eines der ärmsten Länder Lateinamerikas, obwohl es über einen großen Reichtum an Bodenschätzen verfügt. Es wurden ergiebige Zinn-, Kupfer-, Erdgas-, Eisenerz und Ölvorkommen entdeckt und ausgebeutet. Bolivien, der „Bettler auf dem goldenen Thron"; diese Kennzeichnung von R. Alexander trifft die Situation des Landes von der Kolonialisierung bis heute. Die Ausbeutung der Bodenschätze hat nur einer kleinen Oberschicht erlaubt, sich zu bereichern. Dagegen lebt die Mehrheit des Volkes in fortwährender Armut.

Im 16. Jahrhundert war es die Habgier der Spanier nach Silber, die die Verknechtung der Bevölkerung und die Vernichtung ihrer Kultur zur Folge hatte. Zehntausende Arbeiter in den Silberminen mussten sterben, um das Luxusleben des spanischen und europäischen Adels zu finanzieren. Die Wirtschaftsstruktur wurde von den Spaniern ausschließlich auf den Silberexport orientiert. Als im 18. Jahrhundert der Silberexport stark zurückging, brach nahezu das gesamte Wirtschaftsleben zusammen. Die daraus entstandenen sozialen Konflikte trugen zur Stärkung der Unabhängigkeitsbewegung bei.

Am 6. August 1825 wurde die Republik Bolivien ausgerufen. Simon Bolivar war General der Befreiungsarmee und erster Präsident Boliviens.

Nach der politischen Unabhängigkeit waren jedoch nicht die unterdrückten Bevölkerungsgruppen die Gewinner, sondern die Schicht der Kolonialadministration, die sich auch gegen die Herrschaft der Spanier erhoben hatte. Für die Mehrheit der Bevölkerung änderte sich kaum etwas. Die so genannte politische Unabhängigkeit brachte keine Auflösung der grundlegenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Abhängigkeitsverhältnisse. Spanien wurde abgelöst durch England, dem am stärksten industrialisierten Land Europas. Englische Gesellschaften nahmen umfangreiche Investitionen in Bergbau und Eisenbahnen vor und beuteten die Silber-, Kupfer, und später die Zinnminen aus, bedienten sich großzügig des Guanos, Salpeters und Kautschuks und waren selbst die wichtigsten Abnehmer für Leder und Wolle.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nutzten die ausländischen Gesellschaften für ihre Kapitalinteressen nicht nur die Schwäche der Regierung aus, sondern auch die internen Konflikte verschiedener Caudillos und Bergwerksunternehmer. In der Folge führte Bolivien kriegerische Auseinandersetzungen mit allen seinen Nachbarn. Das Land verlor die Hälfte seines Territoriums. Bei drei der fünf großen territorialen Konflikten ging es um die Kontrolle wichtiger Rohstoffe, die in den umstrittenen Gebieten gefunden worden waren.

Mit dem Zinnboom während des ersten Weltkrieges wurde die Bergbaubourgoisie der rosca minera[1], so stark, dass sie das Land beherrschen konnte. Die drei so genannten Zinnbarone (alle hatten ihren Firmensitz im Ausland) Aramayo, Holschild und Patio waren so einflussreich, dass sie über das Schicksal von Regierungen und Präsidenten entscheiden konnten.

Mit der nationalen Revolution im April 1952 wurde dieses alte traditionelle Machtgefüge zerschlagen. Dies gelang durch die Organisierung der verarmten Arbeiter und Bauern in der MNR (nationalrevolutionäre Bewegung) und der Methode des bewaffneten Volksaufstands. Die Bergwerksarbeiter (mineros) mit ihren bewaffneten Arbeitermilizen spielten eine entscheidende Rolle beim Sieg der Revolution. Viele Bergwerke wurden von den Arbeitern besetzt und militärisch verteidigt. Als eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung wurden die drei großen Bergwerkunternehmen der Zinnbarone verstaatlicht und eine Arbeiterkontrolle eingesetzt. Auch eine Agrarreform wurde durchgeführt. Das Militär wurde als Institution aufgelöst und stattdessen Arbeiter- und Bauernmilizen gebildet. Durch Bürokratisierung, Korruption und weiteren Fehlentwicklungen verschob sich das Machtverhältnis weg von den Arbeiter- und

Bauernmilizen hin zur reorganisierten Rechten.

1964 gelangte die Militärregierung Barrientos durch große populäre Versprechungen und anfangs sogar unterstützt von Gewerkschaften und linken Parteien an die Macht. Doch sie zeigten wenig später ihr wahres Gesicht mit der Auflösung der Milizen, Zerschlagung der Gewerkschaften, offener Repression und dem Aufbau einer traditionellen Armee. Damit war der Weg wieder frei für Ausbeutung und Unterdrükkung.

Im November 1966 entstand die Guerilla von Nancahuazu im Departement Santa Cruz unter Führung von Ernesto Che Guevara. Im März 1967 wurde dort die ELN (Ejército de Liberación Nacional) gegründet.

Das frühzeitige Aufspüren der Guerilla, die sich in der Vorbereitungsphase befand und mangelnde Unterstützung seitens der Bevölkerung führte zu ihrer militärischen Niederlage und zum Tode Che Guevaras. Trotzdem gab es breite Diskussionen um die Möglichkeiten einer Guerilla. Der Höhepunkt dieser Entwicklung wurde am 19. Juli 1970 erreicht. Die Guerilla von Teoponte stürmte die Niederlassung der South-American-Flaces (eine Goldmine) und sprengte diese Anlagen. Durch die Gefangennahme zweier deutscher Techniker konnte die Freilassung von zehn inhaftierten Genossen erreicht werden. Kurz darauf schlug das Militär mit gnadenlosem Bomben- und Napalmbeschuß zurück. Militärintern galt der Befehl: Keine Verletzten, keine Verhafteten, nur Tote. Mindestens 55 AktivistInnen wurden getötet. Die Diskussion um die Guerilla von Teoponte und Nancahuazu führte zu einer politischen Mobilisierung der städtischen Jugend, sowie Teilen der Bergwerk,- und Fabrikarbeiterklasse. Trotzdem wirkte der Schock der zwei militärischen Niederlagen tief in das bolivianische Volk. Heute wird die Möglichkeit des bewaffneten Volksaufstands dem Guerillakonzept vorgezogen.

Seit den 70er Jahren kommt es häufig zu Staatsstreichen und Aufständen (über 200 Staatsstreiche und zahllose Aufstände seit 1825).

1979 kommt es zu Landes weiten Straßensperren aus Protest gegen die Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung. Diese Unruhen erreichen ein Ausmaß wie seit der Revolution 1952 nicht mehr. Sie richten sich gegen die Abwertung des Pesos, die Erhöhung der Preise für Brot, Nudeln Mehl, Zucker und Reis sowie gegen die Verteuerung der Energiekosten. Die wichtigsten Straßen des Landes wurden blockiert und die Brücken mit Dynamit (der Mineros) bestückt. Jede Straßensperre wurde von den Campesinos in Schichtwechsel Tag und Nacht bewacht. Manche Bauern marschierten sechs Tage, um an den Blockaden teilzunehmen. In den meisten Städten des Landes wurden die Nahrungsmittel knapp. Aber erst als die Regierung öffentlich die Rücknahme ihrer Preissteigerungen verkündete, hoben die Protestierenden die Sperren auf.

In den 80er Jahren spielten die Mineros wieder einmal eine besondere Rolle in einem Kampf für ein besseres Leben. Die Mineros waren alle gewerkschaftlich organisiert und kampferprobt. Aufgrund der Heftigkeit der Kämpfe gingen die Bergwerkbesitzer dazu über, komplette Anlagen zu schließen. Dies führte dazu, dass die kampferfahrenen, aber jetzt arbeitslosen Mineros sich andere Arbeitsbereiche suchen mussten. Viele wurden Kokabauern[2], andere gingen in die Städte. Dort bildeten die ehemaligen Mineros neue Formen sozialer Organisierung; wie z. B. Nachbarschaftskomitees in den Städten. Diese sollten in den kommenden Auseinandersetzungen eine wichtige Aufgabe erfüllen.

Unter Präsident Banzer, der schon in den 70er Jahren als Militärdiktator berüchtigt war, kam es in den 90er Jahren zu schweren Konflikten mit den Kokabauern. Mehr als 300 000 Bolivianer leben vom Kokaanbau, der erst seit einigen Jahrzehnten verboten ist. Aufgrund von Abkommen mit den USA (angeblicher Krieg gegen die Drogen) hatte sich Präsident Banzer verpflichtet, Tausende Hektar Anbaufläche zu vernichten. Es kam zu Angriffen des Militärs auf die Bauern, es gab viele Tote und Verletzte. Seitdem sind Tausende Sicherheitskräfte im offiziellen Auftrag dabei, Kokaanbauflächen ausfindig zu machen und zu zerstören.

Anfang 2000 brach in Cochabamba (drittgrößte Stadt Boliviens) der so genannte Wasserkrieg aus. Die Wasserversorgung der Stadt mit ca. 500 000 Einwohnern sollte privatisiert werden. Der Käufer war die private Wassergesellschaft Aguas del Tunari und ihr Hauptanteilseigner die kalifornische Bechtel Corporation. Die Privatisierung hatte sofort zu einer drastischen Steigerung der Wasserpreise geführt. Es war für die meisten Bewohner der Stadt unmöglich, diese Preise zu bezahlen. Es kam zu Demonstrationen, Blockaden und Zusammenstößen mit Sicherheitskräften im ganzen Land. So wurde die Regierung gezwungen, nach einer Woche die Wasserpreise zu senken. Daraufhin zog sich die Bechtelgruppe zurück.

Der Kampf gegen die Privatisierung von Wasser forderte mindestens acht Tote und über 100 Verletzte. Trotzdem wurde der Kampf als Sieg und als Ermutigung betrachtet, den Kampf gegen weitere Privatisierungen aufzunehmen. Dies sollten die Herrschenden in den folgenden Jahren zu spüren bekommen.

Im Oktober 2003 wurde bekannt, dass bolivianisches Gas durch ein internationales Konsortium über Chile in die USA und Mexiko ausgeführt werden sollte. Der bolivianische Staat sollte dabei fast leer ausgehen. Die Wut darüber war überall spürbar. Es bildeten sich Protestzüge in La Paz, und aus allen Landesteilen wurden Protestaktionen gemeldet. ArbeiterInnen, StudentInnen, HändlerInnen und LehrerInnen riefen dazu auf, das Stadtzentrum von La Paz einzunehmen. Aus El Alto (Stadt oberhalb von La Paz) machten sich die BewohnerInnen und ArbeiterInnen auf den Weg. Es kam zu heftigen Straßenschlachten mit der Polizei. Doch Präsident Lozado hielt an seinem Vorhaben fest, das Gas zu verschenken. Er schikkte das Militär und Dutzende von DemonstrantInnen wurden erschossen. Bolivien war am Rande eines Bürgerkrieges, und Präsident Lozado zog es vor, nach Miami zu flüchten.

Nachfolger wurde sein Vizepräsident Mesa. Er versprach ein Referendum

über die Zukunft des Gases und eine verfassungsgebende Versammlung für 2005. Die neoliberale Rechte versuchte weiter ihre Privatisierungspolitik durchzusetzen. Ob Wasser oder Erhöhung der Treibstoffpreise; sie blieb weiter auf Konfrontationskurs. Die Antwort des Volkes war eine immer weiter gehende Verzahnung und Organisierung ihres Widerstandes. Präsident Mesa gerät immer mehr unter Druck, als am 16. Mai 2005 Proteste sich im ganzen Land ausweiten. In La Paz werden öffentliche Bürgerversammlungen durchgeführt mit der Forderung nach Nationalisierung der fossilen Brennstoffe. In El Alto wird ein unbefristeter Streik ausgerufen, und 40 000 Menschen marschieren nach La Paz, um gegen die Regierung zu demonstrieren.

Am 6. Juni 2005 tritt Mesa zurück. Seine Nachfolge will der neoliberale Senatsvorsitzende Vaca Diaz antreten, doch damit zeigen die Menschen sich nicht einverstanden und intensivieren ihren Kampf. Es werden Öl- und Gasfelder besetzt. Die Flughäfen müssen wegen Streiks der Avasa Arbeiter geschlossen werden. La Paz ist komplett lahm gelegt. Die Zahl der Blockaden stieg von 61 am 6. Juni auf 119 am 9. Juni. Vaca Diaz musste sich in einem Hotel unter Militärschutz verkriechen. Er erklärte daraufhin seinen Rücktritt. Jetzt sind Neuwahlen für Ende 2005 angekündigt. Die Streiks und Blockaden wurden beendet.

Diese neue Qualität der Organisierung, wir sprechen z. B. von über 500 Nachbarschaftskomitees nur in El Alto, und die Erfahrungen ihres langen Kampfes haben es möglich gemacht, zwei Präsidenten in zwei Jahren zum Teufel zu jagen. Es entsteht in Bolivien eine neue soziale Bewegung indigener Solidarität mit Rückbesinnung auf traditionelle Werte (Wasser darf keine Ware sein!). Viele verweigern sich allen Parteien, etc. und sind entschlossen, sich nicht an Wahlen zu beteiligen, sondern stattdessen die Organisierung und Vernetzung voranzutreiben. Auf einer Massenversammlung im Juni 2005 wurde beschlossen,

1.- el Alto zur „allgemeinen Kaserne der bolivianischen Revolution des 21. Jahrhunderts“ zu erklären,

2.- als Instrument der nationalen Macht eine von den erwähnten Organisationen[3] geleitete indigene Volksversammlung einzuberufen,

3.- Selbstversorgungs,- Selbstverteidigungs-, Medien- und politische Komitees zu gründen,

4.- den Kampf für die Nationalisierung und Industrialisierung des Erdgases mit aller Kraft zu führen,

5.- Volksversammlungen auf Regierungsbezirksebene einzuberufen,

6.- Wahlen, oder eine verfassungsgemäße Präsidentschaftsnachfolge abzulehnen.

Die Ereignisse in Bolivien vermitteln uns eine bessere Vorstellung davon, welche Erfolgschancen Volksausstände, in diesem Zeitalter des permanenten weltweiten Krieges, haben. Die Bedeutung der Kämpfe in Bolivien geht deshalb über ihre nationalen oder regionalen Schauplätze hinaus, sie ist global. ♦

Quellen:
Unterdrückt, aber nicht besiegt von Liu Kohler; Bolivien- ein Volk im Widerstand von Lateinamerikanachrichten; Unser Reichtum hat immer unsere Armut hervorgebracht von J. Lieser; Wildcat Nr. 72 und Nr. 74; Bolivien Zeitschrift; junge Welt

Fußnoten:

1. Das politische Herrschaftssystem der Zinnbarone
2. Kokablätter dienten im Inkareich dem Sonnenkult und waren heilig. Mit der Zerstörung der Inkakultur durch die Spanier wurde der Anbau und Konsum von Kokablättern unter Strafe gestellt. Die katholische Kirche ächtete die Pflanze als „Blendwerk des Teufels“. Erst später erkannten die Spanier, dass sie die hungerstillende und leistungsteigernde Wirkung für sich ausnutzen konnten. Die indigene Bevölkerung wurde nicht zu zum Anbau gezwungen, sondern auch dazu, das Koka weit weg zu den Minen zu transportieren, wo es den Mineros als Nahrungsersatz und Stimulanzmittel verkauft wurde. Bischöfe und Großgrundbesitzer ließen sich ihre Abgaben in Form von Kokablättern bezahlen. Dadurch weitete sich der Anbau stark aus.
3. die Bergarbeitergewerkschaft (Ende der 90er Jahre wurden einige Bergwerke privatisiert—heute arbeiten wieder ca. 40 000 Mineros), Gewerkschaftsdachverband, Nachbarschaftskomitees, indigene Bauerngewerkschaft.

Kurdisch als Fremdsprache – ein praxisorientiertes Kurmancî-Lehrbuch

... eine schöne Sprache, die zu lernen sich lohnt

Judith Wolf, aus rojava.net, 28.10.2005

Ich bin erstaunt, wirklich sehr erstaunt...

Jahrelang habe ich versucht, mit mehr oder minder schlechtem Unterrichtsmaterial bei verschiedenen Lehrern Kurdisch zu lernen. Meine Kurdischlehrer beherrschten ihre Muttersprache, hatten ein immenses Wissen über ihre grammatischen Strukturen, ihnen lag die Vermittlung des Kurdischen sichtbar am Herzen. Doch bei aller anerkennenswerten Mühe verfügte bis auf zwei Ausnahmen keiner von ihnen auch nur ansatzweise über das notwendige didaktische Können. Etliche Deutsche, die mit mir im Kurdischunterricht saßen, haben es nach diversen ernsthaften, doch tendenziell erfolglosen Anläufen irgendwann aufgegeben.

Diese bittere Lernmüdigkeit spiegelt die Situation der kurdischen Sprache wider, und umgekehrt hat diese Resignation auch eine schwerwiegende Auswirkung auf das Kurdische: Kurdisch wird von außen häufig als eine unnormale, nicht lernbare Sprache wahrgenommen. Das kann kaum zur Förderung der kurdischen Sprache beitragen.

Worüber bin ich nun so erstaunt?

Ich halte so etwas wie ein Kurmancî-Lernpaket in der Hand. Es besteht aus einem Lehrbuch, einem Arbeitsbuch und einer CD. Zum ersten Mal sehe ich Kurdischlehrmaterial, das optisch ansprechend ist und sich in seiner didaktischen Qualität tatsächlich in einer Reihe mit guten Sprachlehrbüchern sehen lassen kann. Nichts für spitzfindige Grammatiker, sondern etwas für ganz normale Menschen, die Lust haben, eine schöne Sprache zu lernen und auch Spaß dabei haben wollen. „Kurdî kurmancî 1“ von Evdila Dirêj richtet sich an Personen ab 14 Jahren, die noch kein Kurdisch können, mit anderen Worten an Anfänger. Es eignet sich weniger zum Selbststudium, sondern ist eindeutig als Lehr- und Lernmaterial im Rahmen des Kurdischunterrichts konzeptioniert.

Interessant ist, dass es vollständig auf Kurdisch verfasst ist. Im Grunde genommen basiert es auf der gleichen Methode wie etwa die Deutschkurse für Immigranten. Wer beispielsweise aus Polen nach Deutschland kommt, lernt Deutsch auf Deutsch von einem deutschsprachigen Lehrer ohne polnische Erläuterung. Einziges Hilfsmittel mit Bezug auf die Muttersprache ist in der Regel ein Wörterbuch. Ich halte diese Methode für sehr sinnvoll, denn je mehr im Unterricht die Muttersprache oder eine andere dem Lernenden bereits vertraute Sprache benutzt wird, um so weniger praktiziert er die zu lernende Sprache. Löst man sich aber beim Lernen vom Denken der vertrauten Sprache und lässt sich mit allen Sinnen auf die zu lernende Sprache ein, nimmt man diese schneller und dauerhafter auf. Man hat einfach nicht die Möglichkeit, in die bisher vertraute Sprache zu flüchten.

In den meisten Kurdischkursen in Deutschland wird nun aber ausführlich auf Deutsch über grammatische Spitzfindigkeiten des Kurdischen diskutiert. Es werden fast ausschließlich lange Texte gelesen, grammatisch analysiert und vom Kurdischen ins Deutsche übersetzt, selten umgekehrt. Dialoge werden kaum oder gar nicht geübt. Man lernt Kurdisch wie Latein – eine Sprache, die nur gelesen, aber nicht gesprochen wird, eine tote Sprache. Bei solchem Lernen verkümmert die Fähigkeit, eine Sprache aktiv zu gebrauchen. Ich kann zwar inzwischen Texte halbwegs gut lesen, kann gelehrte Gespräche über die kurdische Grammatik führen und beherrsche die kurdische Rechtschreibung besser als viele Kurden – aber eigentlich wollte ich nicht Sprachwissenschaftlerin werden, sondern einfach nur mit meinen Freunden Kurdisch sprechen. Und das kann ich bis heute nicht wirklich.

Die Hör- und Sprechfähigkeit, die ich tatsächlich erworben habe, rührt aus den völlig anders konzeptionierten Kursen von Hüseyin Kartal. (Schade, dass ein so guter Lehrer nicht mehr unterrichtet.) Im Unterricht, den er größtenteils dialogisch gestaltet, spricht er ausschließlich Kurdisch. Die Wörter und Sätze wiederholt und spielt er so oft vor, bis alle sie verstanden haben und adäquate Antworten geben bzw. unmittelbar in eigenständigen Dialogen untereinander üben können. Was ich hier gelernt habe, habe ich nicht vergessen. Anders als nur gelesene, analysierte Texte oder abgelesene, stereotyp wiederholte Dialoge, prägen sich bildhafte Handlung, mehrfach Gehörtes und selbständig Gesprochenes unmittelbar ein.

Das zehn Lektionen umfassende Lehrbuch von Evdila Dirêj bezieht diese didaktischen Komponenten ein: Der jeweilige Lernstoff einer Lektion wird unmittelbar in kurdischer Sprache vermittelt. Durch diverse Dialoge und Übungen wird das Sprechen in wechselnden, selbständig kreierbaren Rollen trainiert. Farbliche Hervorhebungen und unzählige Bilder unterstützen die einprägsame Vermittlung des jeweiligen

Stoffes. Lesetexte sind kurz gehalten und keinesfalls ermüdend. Die Grammatik wird in kurzen Übersichten anschaulich dargestellt, wobei die entscheidenden Komponenten farbig markiert sind. Zu jedem Abschnitt des Lehrbuches bietet das vor allem für Hausaufgaben vorgesehene Arbeitsbuch passende Übungen, die das Lesen, Schreiben, Übersetzen und die Grammatik trainieren. Das Lernen mit der CD unterstützt sowohl das akustische Verstehen als auch die Aussprache des Kurdischen. Schön ist hierbei, dass zum Teil versucht wird, zum Beispiel durch Musik eine reale Atmosphäre zu schaffen. Die auf der CD wiedergegebenen Dialoge sind im Lehrbuch jeweils gekennzeichnet.

Die Lektionen behandeln verschiedene Bereiche des Alltags sowie geographische, historische, kulturelle und politische Themen aus Kurdistan, aber auch aus anderen Ländern. Als sehr angenehm empfinde ich es, dass die Texte und Bilder keine Klischees vom ach so idyllischen Landleben in Kurdistan vermitteln, sondern eine weitgefächerte Bandbreite kurdischen Lebens zwischen Tradition und Moderne, Stadt und Land, Kurdistan und Diaspora. Hierbei fehlt es nicht an komischen Momenten. Hinzu kommt ein geradezu kosmopolitisches Flair, indem Persönlichkeiten und Ereignisse aus der kurdischen Kultur und Politik neben solche aus anderen Ländern gestellt werden. In den Dialogen treten neben vielen Kurden auch Joung aus China, Fatîma aus Ägypten, Amadu aus Ghana, Mona aus Italien und andere auf – unter anderem als Touristen in Kurdistan, was angesichts der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Südkurdistans gar nicht mehr so abwegig ist. Dieser Aspekt vermittelt ein ausgesprochen wichtiges Gefühl: Kurdisch ist eine für alle Menschen lernbare und normale Sprache unter vielen anderen Sprachen, eine schöne Sprache, die zu lernen sich lohnt.

Nichtsdestotrotz gibt es einige Mängel, die benannt werden müssen, wobei ich meine Kritik ausdrücklich als konstruktiv verstanden wissen möchte:

In verlagstechnischer Hinsicht fällt auf, dass die ISBN-Nummern fehlen, was den Vertrieb bzw. Erwerb von „kurdî kurmancî 1" über normale Buchläden und ihre Einarbeitung in EDV-gestützte Bibliothekskataloge so gut wie unmöglich macht. Die Leimbindung der Bücher ist leider von so schlechter Qualität, dass sie den Belastungen, denen ein Lehrbuch in der Regel ausgesetzt ist, mit Sicherheit nicht standhalten kann.

Bei genauerem Betrachten wird man etliche, eher kleinere Schreibfehler entdecken – das ist unschön und störend, kommt allerdings in den besten Lehrbüchern für andere Sprachen auch vor. Hier hätte die redaktionelle Bearbeitung einfach besser organisiert werden müssen.

Aus nicht nachvollziehbaren Gründen sind die Kurdisch-Deutsch-Englisch-Listen mit grammatischen Begriffen und Verben am Ende beider Bücher nicht alphabetisch geordnet und somit schlichtweg nicht nutzbar.



Lehr- und Arbeitsbuch mit CD Foto: rojava.net

Die CD hätte definitiv besser gelingen können. Es gibt einige hervorragend gute Sprecher und Sprecherinnen wie zum Beispiel Yasemin Bilgin und Şükriye Doğan, die sehr ruhig, deutlich und gut betont sprechen, was gerade für Anfänger sehr wichtig ist. Einige sprechen jedoch mit schlechter Betonung und erheblich zu schnell, so dass man kaum ein Wort vom anderen unterscheiden kann. Das ist für Anfänger ausgesprochen problematisch: Sätze, deren Wörter man akustisch nicht von einander getrennt wahrnehmen kann, kann man schwerlich verstehen oder nachsprechen. Sicherlich ist es unter den gegebenen Bedingungen so gut wie unmöglich, wirklich professionelle Sprecherinnen und Sprecher zu finden. Doch gibt es durchaus viele Kurdinnen und Kurden, die ihre Sprache so schön lesen können, dass sie für die Aufnahme einer Sprach-CD geradezu prädestiniert sind. Des Weiteren hätte es der CD nicht zum Schlechten gereicht, wenn die Dialoge wiederholt bzw. aktive Übungen eingebaut worden wären. Nichtsdestotrotz halte ich das Verwenden der CD für ausgesprochen sinnvoll, denn in jedem Fall ist das Hören für das Sprechen unerlässlich.

Das didaktische Konzept des Buches verliert durch die benannten Mängel keinesfalls an Wert. Alles in allem und bei aller Kritik ist das Kurmancî-Lehrbuch von Evdila Dirêj einschließlich Arbeitsbuch und CD ein enormer Schritt vorwärts im Bemühen um die Vermittlung der kurdischen Sprache. Es setzt einen Maßstab in der didaktischen Konzeption von Kurdischlehrbüchern, hinter den man auf keinen Fall zurückfallen darf, wenn die kurdische Sprache tatsächlich lernbar und auch für Nicht-Muttersprachler dauerhaft interessant sein soll. Vielmehr sollte es als Ausgangsbasis für weitere Entwicklungen in der Lehre der kurdischen Sprache betrachtet werden. Wenn Kurdischlehrerinnen und -lehrer ihrem Unterricht das didaktische Konzept dieses Buches zu Grunde legen, werden ihre Schülerinnen und Schüler wesentlich mehr Spaß am Lernen und bessere Lernerfolge haben. ♦

Evdila Dirêj 2005: kurdî kurmancî 1: pirtûka xwendinê (Lehrbuch); Farbe ; 155 S. + kurdî kurmancî 1: pirtûka hîndariyê (Arbeitsbuch) ; schwarz-weiß ; 139 S. + kurdî kurmancî 1: CDya guhdarîkirinê (Audio-CD): 57 Gespräche.

Kurdî kurmancî 1 (Lehrbuch, Arbeitsbuch, Audio-CD) ist als Paket für € 25,- zuzüglich Porto € 5,- erhältlich über:
Dilop Verlag, Selim Büsse
Postfach: 302211, 10753 Berlin

Eine Filmkritik

Yazi-Tura – Kopf oder Zahl

Ali Güler

„Yazi-Tura" oder auf Deutsch „Kopf oder Zahl", ist ein Film, der sich anhand dem Leben zweier junger türkischer Soldaten, mit dem langjährigen Krieg der Türkei in den kurdischen Gebieten befasst.

Der Schauspieler, Szenarrist, Regisseur und Produzent Uğur Yücel berührt mit diesem Filmprojekt eine gesellschaftliche Wunde. Der Film lief jetzt in mehreren europäischen Ländern an. Neben dem Krieg in Kurdistan, handelt der Film auch von dem Erdbeben 1999 in der Region Marmaris der Türkei.

Der Film, der nach viereinhalb Jahren fertiggestellt werden konnte, ist äußerst emotional und tragisch. „Kopf oder Zahl" behandelt das Leben junger Soldaten – die unterschiedliche Träume besitzen – vor, während und nach dem Wehrdienst und vermittelt eindringlich in wieweit der Krieg die Menschen von ihren Träumen losreißt.

Der Fußballer Rıdvan aus Göremeli und Cevher aus Istanbul haben große Träume was ihr Leben nach dem Wehrdienst angeht. Aber nach dem Trauma, dass sie während ihrer Militärdienstzeit in Kurdistan durchleben, haben sie nach dem Wehrdienst große Anpassungsprobleme in der Gesellschaft. Ihr Leben nimmt einen entgegengesetzten Verlauf, als ihre Träume ihnen aus den Händen entgleiten. Dem Regisseur ist es gelungen, nicht nur die militärischen Auseinadersetzungen in den kurdischen Gebieten, sondern auch die im Leben der Soldaten danach anhaltenden Auseinandersetzungen zu vermitteln. Der Film erinnert dabei an das „Kriegssyndrom" amerikanischer Soldaten nach dem Krieg in Vietman und zeigt erneut das vernichtendende Gesicht des Krieges. „Yazi-Tura" ist der erste Film, der sich in der Türkei mit diesem Thema befasst. Zwar wurde der 30-jährige Krieg in Büchern behandelt aber kein Regisseur hatte sich je diesem Thema gewidmet. Das ist nun mit dem Film von Uğur Yücel durchbrochen. Neben den politischen und gesellschaftlichen Botschaften, ist auch der technische und visionelle Effekt beeindruckend. Vor allen die ausgewählten Orte und angewandten technischen Objekte wirken sich auf dem Film bereichernd aus.

Der Film setzt sich quasi aus drei Teilen zusammen. Der erste Teil spielt in Kurdistan. Dieser Teil ist beherrscht von Krieg, Tod, Blut und Kugeln. Der zweite Teil spielt sich in einer schönen Kleinstadt in anatolischem Gebiet des Landes ab. Rıdvan lebt in dieser Kleinstadt und ist ein Amateurfußballspieler. Sein einziger Traum besteht darin, nach seinem Wehrdienst erst der Fußballmannschaft Denizli Spor und anschließend Fenerbahce als Profi anzugehören. Aber während seines Wehrdienstes in Kurdistan gerät er in ein Gefecht. In der Tasche einer getöteten Guerillakämpferin wird ein Foto gefunden. Dieses Foto führt ihn in seine Vergangenheit zurück. Auf dem Bild ist er mit seiner Jugendliebe Hülya zu sehen. Hülya wurde damals mit ihrer Familie in den Heimatort von Rıdvan vertrieben, nachdem ihr Dorf in der Folge des Krieges verbrannt wurde. Die beiden lernen sich kennen und kommen sich näher. Aber die kurdische Familie kehrt einige Jahre später in ihr Dorf zurück und Hülya schließt sich der kurdischen Freiheitsbewegung an. Auf tragische Weise treffen ihre Wege im Krieg wieder aufeinander. Ahnungslos versuchen die Hände, die sich seinerzeit suchten und sich zärtlich berührten, nun den anderen zu töten. Die Gefechte halten die ganze Nacht an und enden erst zum Morgenbeginn. Ein türkischer Soldat, der die Taschen der getöteten Guerillakämpferin Hülya durchsucht findet das Foto.

Die Frau, die Rıdvan am Tag zuvor getötet hat, ist seine frühere Liebe Hülya. Der leblose Körper von Hülya liegt nun eisig vor ihm. Sein ganzes Leben verläuft wie ein Film vor seinen Augen. Rıdvan verliert sein Bewusstsein und schießt ziellos um sich. Total außer sich läuft er auf ein Minenfeld zu und es kommt zu einer Explosion. Rıdvan tritt auf eine Mine und verliert sein rechtes Bein und somit auch seinen Traum vom Fußball.

Der dritte Teil des Films spielt in Istanbul. Cevher ist ein Militärkamerad von Rıdvan. Bei der Explosion wird Cevher taub. Er hat ebenfalls Träume, die er nach dem Wehrdienst verwirklichen möchte. Cevher erzählte Rıdvan während ihres Wehrdienstes: „Nach dem Wehrdienst werde ich einen Blumenladen aufmachen, damit die ganze Welt nach Blumen duftet". Aber auch diese Träume verwirklichen sich nicht. Nach dem Wehrdienst gerät Cevher in Istanbul mit Mafia und der Unterwelt in Kontakt. Bei seiner Arbeit für die Mafia wendet er nun dieselben Methoden an, die während seines Wehrdienstes in den kurdischen Gebieten angewandt wurden, wie z. B. das Abtrennen von Körperteilen bei getöteten GuerillakämpferInnen oder Enthauten.

Ugur Yücel bringt bezüglich seinem Film folgende Gedanken zur Sprache: „Einige Kreise wollen bei dem Krieg in den kurdischen Gebieten Profit erzielen. Deshalb wollen sie nicht, dass der Krieg beendet wird. Ich möchte, dass jeder gegen diese Kreise aufmerksam wird. Meine Absicht war es, auf diese Realität zu verweisen."

weitere Informationen: www.yazituafilm.com

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
Fax: (32) 2 647 68 49
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
Fax: (32) 2 647 27 75
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
KNK - Kurdistan National Kongress
Deutschlandvertretung
Scharnhorststr. 25
10115 Berlin
Tel: (49) 30 - 97 00 54 26
Fax: (49) 30 - 97 00 54 27

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
Fax: (49) 211 - 17 11 453
E–mail: yekkom@gmx.net

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
Fax: (43) 1- 5455821
e-mail: feykom@chello.at
http://members.chello.at/feykom/

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
Fax: (41) 22 32 81 983
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0033 1 42 81 22 71
Fax: 0033 1 40 16 47 23
email: knkparis@wanadoo.fr

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
Fax: (39) 06 - 39380273
e-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com/

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 – 61 41 816
Fax: (31) 20 – 61 43 468
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 – 22 89 98
Fax: (45) 33 – 22 59 23
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 – 96 76 72 45
Fax: (61) 2 – 96 76 83 32

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 – 37 42 16
Fax: (357) 2 – 37 44 04
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
e-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ukraine:
Assoziaziya Kurdskich Obšestvanych Organisazii "Midiya"
01033 Kiew
vul. Jilyanskaya 62/64, of. 6
Tel: (38) 044 - 2201906
e-mail: midiya@ukr.net

Ungarn:
Magyarország Kurdisztani Információs és Kulturális Egyesület
Baross u. 86 I. em. 1
1028 Budapest
Tel: (36) 1 - 210 1137
Tel./Fax: (36) 1 - 30 36 650
e-mail: kurdinfo@freemail.hu

AZADI e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600



Aufruf zur Newrozdelegation 2006

Newroz

■■■ **ein "neuer Tag"**

■■■ **ein Feiertag:**

Am 21. März feiert das kurdische Volk Newroz als Fest des Frühlings und des Widerstands gegen Unterdrückung und Verfolgung.

■■■ **ein Trauertag:**

Immer wieder werden Newrozfeierlichkeiten verboten, Teilnehmer sowie Veranstalter verhaftet und verfolgt. Angriffe durch türkische Sicherheitskräfte und Nationalisten mit manchmal Dutzenden Toten und Hunderten Verletzten gehören ebenfalls zur traurigen Realität.

■■■ **eine Grundlage:**

Die Haltung des türkischen Staates anlässlich Newroz ist ein Abbild seiner Herangehensweise an die kurdische Frage, das zentrale Problem der Türkei, und damit ein Barometer für die erforderliche Demokratisierung des Landes. Diese bildet somit auch die Basis des angestrebten EU- Beitritts der Türkei.

■■■ **eine Realität:**

Von einer Lösung der kurdischen Frage ist die Türkei jedoch noch weit entfernt. Trotz der wiederholten Deklarationen und Waffenstillstände der kurdischen Seite für eine politische Lösung verweigern Regierung und Militär den Dialog. Stattdessen: umfangreichste Militäroperationen seit Jahren, Morde an Zivilisten auf offener Straße durch türkische Sicherheitskräfte, starke Repressionen gegen zivil-gesellschaftliche Organisationen, ein neues Anti- Terror- Gesetz, das jedes Recht auf oppositionelle politische Meinungsäußerung und Betätigung außer Kraft setzt...

Delegationsreisen

■■■ **eine Tradition:** Seit 1993 fahren jedes Jahr um den 21. März Delegationen aus Europa in die kurdischen Provinzen, um an den Newrozfeierlichkeiten teilzunehmen und Eskalationen zu verhindern. Setzen Sie diese Tradition fort!

■■■ **eine Notwendigkeit:** Da all die oben genannten Umstände in den europäischen Medien und der Öffentlichkeit weitgehend verschwiegen werden, ist es unerlässlich, dass auch Sie an Newroz nach Kurdistan reisen. Denn Frieden, Demokratie und ein Dialog sind dringend notwendig!

■■■ **eine Möglichkeit:** Neben einem Besuch historischer Stätten besteht die Möglichkeit, Gespräche mit den Vertreterinnen und Vertretern der dortigen Menschenrechtsvereine, Parteien und Organisationen zu führen. Nutzen Sie die Chance!

■■■ **eine Stimme:** Machen Sie sich ein Bild von der Realität und geben Sie der Wahrheit eine Stimme!

■■■ **eine Erfahrung:** Feiern Sie mit Millionen Menschen das Fest des Frühlings, der Hoffnung und des Friedens, das Fest des Aufbegehrens gegen Rassismus und Unterdrückung!

Lassen Sie uns an Newroz 2006 einen "Neuen Tag" begehen für Frieden, Freiheit und Demokratie!

YEK-KOM – Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V., Graf- Adolf- Str. 70A,
40210 Düsseldorf, yekkom@gmx.net, www.yekkom.com, Tel: 0211 / 17 11 452

ISSN 0935-5375